

Bewegungen und Aktivismen in, neben und gegen Soziale Arbeit

Thomas Wagner

... And Justice for all!? Zur schwierigen Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit – oder: wie „staatsbedürftig“ sind eigentlich Kämpfe um soziale „Ge-Rechtigkeit“?

Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble & Sandra Smykalla

Workstattbericht: Konflikte von Hochschullehrenden in der Sozialen Arbeit – Schritte der Selbstorganisation

Maria Bitzan & Sabine Stövesand

Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und Gemeinwesenarbeit

Martina Benz

Zwischen Migration und Arbeit. Die Organisation Prekärer in US-amerikanischen Worker Centers und die (Wieder-)Entdeckung verdeckter Machtrepertoires

Stephan Nagel

Selbsthilfe, Selbstorganisation und politische Mobilisierung wohnungsloser Menschen

Kathrin Aghamiri & Kristina Enders

„Wahnsinn, so kann man das auch sehen“ – oder der Perspektive der Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit Geltung verschaffen

Miniaturen

Forum

Dominik Novkovic

Soziale Arbeit und Bildung – Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung in Zeiten des autoritären Bildungskapitalismus

Barbara Rose

Zum Gedenken an Thea Kimmich



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

42. Jahrgang, September 2022

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedhelm Schütte (Berlin); Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach (Leipzig); Uwe Hirschfeld (Dresden); Anne van Rieën (Düsseldorf); Marcus Balzereit, Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Albert Scherr (Freiburg); Christof Beckmann, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipser (Hannover); Ellen Bareis, Kerstin Herzog (Ludwigshafen); Thomas Wagner, Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May, Arne Schäfer, Marcel Schmidt (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker, Fabian Kessl (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 166 Wir forschen Dich mit: Partizipative Forschung als Vergesellschaftung von Forschung? (Dezember 2022)

Widersprüche 167 Recht(s) belastend – Druck von Rechts und Verhältnisse Sozialer Arbeit (März 2023)

Widersprüche 168 Kritische Soziale Arbeit: Verteidigen – Kritisieren – Überwinden: zugleich! (Juni 2023)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; Student*innenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastr. 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: 069 679984

E-Mail: widersprueche@gmx.de, Internet: <https://www.widersprueche-zeitschrift.de>

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Nevinghoff 14, 48147 Münster, Tel.: 0251 384400-20, Fax 0251 384400-19, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 41700, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 9429314, Fax: +49 (0) 641 94393199, E-Mail: H.Birk@prolit.de

© 2022 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-98634-005-6



Widersprüche

Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

Bewegungen und Aktivismen in, neben und gegen Soziale Arbeit

Zu diesem Heft. 3

Schwerpunkt

Thomas Wagner

... And Justice for all!? Zur schwierigen Beziehung zwischen sozialen
Bewegungen und Sozialer Arbeit – oder: wie „staatsbedürftig“ sind
eigentlich Kämpfe um soziale „Ge-Rechtigkeit“? 11

Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble & Sandra Smykalla

Werkstattbericht: Konflikte von Hochschullehrenden in der Sozialen
Arbeit – Schritte der Selbstorganisation 25

Maria Bitzan & Sabine Stövesand

Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und
Gemeinwesenarbeit 39

Martina Benz

Zwischen Migration und Arbeit. Die Organisation Prekärer in
US-amerikanischen Worker Centers und die (Wieder-)Entdeckung
verdeckter Machtrepertoires 53

Stephan Nagel

Selbsthilfe, Selbstorganisation und politische Mobilisierung wohnungsloser Menschen..... 67

Kathrin Aghamiri & Kristina Enders

„Wahnsinn, so kann man das auch sehen“. – oder der Perspektive der Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit Geltung verschaffen 81

Miniaturen

Gespräch mit Michael Lindenberg – Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg 95

Gespräch mit Madeleine Does (Mado) und Tina Röthig – Poliklinik Veddel 99

Gespräch mit Hannah Wachter: „Drinne und draußen – Wissenschaftlerin und Aktivistin“ 105

Gespräch mit Wilhelmsburg Solidarisch 109

Forum

Dominik Novkovic

Soziale Arbeit und Bildung – Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung in Zeiten des autoritären Bildungskapitalismus..... 115

Rezensionen

Agathe Polcik & Thassilo Polcik

Vom Ende des Kapitalismus

Über: *Christian Oswald: Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft* 129

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Barbara Rose

Zum Gedenken an Thea Kimmich – 5.6.1949 bis 25.3.2022 137

Zu diesem Heft

Das vorliegende Heft schließt an Heft 161 der Widersprüche an, das Konflikte, Konkurrenzen und Kooperationen zwischen Sozialen Bewegungen und der Sozialen Arbeit thematisiert hat. In den Beiträgen wurde „die öfters behauptete Dichotomie“ von Sozialer Arbeit und Sozialen Bewegungen reflektiert sowie „Schnittpunkte und Gemeinsamkeiten“, aber auch „Unübersichtlichkeiten, Konkurrenzen, Grenzbearbeitungen oder verschobene Problemsetzungen“ beleuchtet: Im Spannungsfeld zwischen den klassischen Selbsthilfebewegungen der 1970er und 80er Jahre, etwa Bewegungen um Wohnen, Erwerbslosigkeit, Stadtentwicklung, selbstorganisierter und nicht kommerzieller Gestaltung freier Zeit und der Sozialen Arbeit, ging es immer darum, wer die Definitionshoheit über Bedürfnisse der Menschen und die Beschreibung der Konflikte hat, wer über die Macht verfügt, Begründungen für Eingriffe Sozialer Arbeit zu liefern, wer wessen Interessen artikuliert und repräsentiert. Wichtig waren auch die Auseinandersetzung um Finanzierungsfragen und damit verbundene Einflussmöglichkeiten der Finanzierenden auf die Bearbeitung sozialer Konflikte und Probleme („Staatsknete“).

Aus der Diskussion dieses Heftes auf unserer Redaktionstagung im September 2021 haben sich Fragenkomplexe ergeben, die im vorliegenden Heft vertieft werden: Zum einen interessiert der genauere Blick auf die unterschiedlichen Akteur:innen und deren jeweilige Beziehungen in den sozialen Praxen. Zum anderen gilt es, die theoretische Reflexion von Bewegungsphänomenen zu vertiefen.

Als Akteur:innen sehen wir Soziale Bewegungen, Aktivist:innen, Professionelle (in sozialer Praxis und Lehre) und Träger Sozialer Arbeit, nicht zuletzt die Nutzer:innen/Adressat:innen, aber auch Selbstorganisationen von Menschen, die ihre Interessen an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in die (sozial) politischen Auseinandersetzungen einfordern und einbringen.

Mit Blick auf die theoretische Reflexion interessiert uns insbesondere das Verhältnis von Bewegungen und Aktivismen zu politischen Institutionen der parlamentarischen Demokratie.

Vor allem interessiert uns die Frage, wie die Rolle des Staates als möglicher Garant von Anerkennung, Rechten, Beteiligung und Teilhabe von unterschiedlichen Bewegungen, etwa den „social justice-movements“ und den Bewegungen für

(globale) soziale Rechte, gesehen wird. Denn (sozial)staatliche Regulationen als Ergebnisse von Kämpfen unterschiedlicher sozialer Interessensgruppen markieren den Rahmen, in dem sich die von Bewegungen, Aktivismen *in* und *neben* der Sozialen Arbeit und z.T. auch *gegen* die Soziale Arbeit aufgemachten Konflikte und Widersprüche bewegen – und den sie eventuell auch zu verändern und/oder aufzubrechen trachten.

Auf diese theoretisch wie politisch relevante Fragestellung folgen Texte, die einzelne Felder, in denen es Bewegungen *in*, *neben* und *gegen* Soziale Arbeit gab und gibt, genauer in den Blick nehmen und von den dort jeweiligen Interessen, Konflikten und Entwicklungen berichten. Dabei geht es um Positionen der Professionellen in Praxis und Wissenschaft, der Träger Sozialer Arbeit, der selbstorganisierten Gruppen und der so genannten „Subalternen“ sowie um deren Verhältnisse und Bezugnahmen zueinander und aufeinander. Entsprechend gliedert sich das vorliegende Heft in drei Themenkomplexe:

Der erste verhandelt das Verhältnis zentraler Begriffe wie Politik, Soziale Bewegungen, Aktivismus, (soziale) Gerechtigkeit. Dabei werden die in Heft 161 vor allem von Roland Roth (S. 11-23), Marc Diebäcker und Manuela Hofer (S. 25-39) vorgetragenen Verständnisse von Sozialen Bewegungen und ihrem Verhältnis zu Sozialer Arbeit sowie die Begriffe des Politischen diskutiert. Für die Tradition der Widersprüche ist dies insofern relevant, als wir nach einer Kritik an Sozialer Arbeit als Hilfe und Herrschaft und der kompensatorischen und herrschaftlichen Funktion des Sozialstaats in einem ersten Schritt eine „alternative Sozialpolitik“ gefordert hatten – also letztlich eine antihegemoniale Reform im Rahmen eines klassischen Politikmusters eines Bündnisses, das aus Krisen-Verlierer:innen, durch das konkurrenzorientierte „Modell Deutschland“ Bedrohten sowie reformwilligen sozialen Gruppen in Parteien, Gewerkschaften und der Sozialen Arbeit besteht.

In einem zweiten Schritt der Analyse und Diskussion erarbeiteten wir in Ansätzen die Formulierung einer „Politik des Sozialen“, welche der Alltagspraxis, den Bedürfnissen und Kämpfen der „einfachen Leute“ mehr Gewicht gibt und bemüht ist, das Verhältnis von theoretischer Analyse und Kritik, politisch-normativer Formulierung von sozialstaatlichen, gesellschaftlichen Alternativen und den realen Bewegungen in Bewältigung wie Bekämpfung der beherrschten, unterworfenen Wirklichkeit neu und weniger etatistisch zu bestimmen (vgl. dazu Timm Kunstreich: Die soziale Frage am Ende des 20. Jahrhunderts – Von der Sozialpolitik zu einer Politik des Sozialen, in: Widersprüche 74, 1999, S. 135-156).

Da diese Neubestimmung aktuell herausgefordert ist von Kämpfen und Diskussionen, die die Idee der politischen Gleichheit handelnder individueller oder kollektiver Subjekte tendenziell in Frage stellen und die Anerkennung bisher

unterdrückter, diskriminierter kollektiver Identitäten als emanzipatorischen Akt beanspruchen, stellt sich die Frage nach der Rolle des Staates als Ort des Konflikts, der Regulierung und Vermittlung von (rechtlicher) Anerkennung, Gleichstellung, (politischer) Gleichheit, sozialer Ungleichheit und Verteilung. Kann die Artikulation von intersektionalen Interessen/Perspektiven aus social justice-movements in politischer Gleichheit, in universellen Rechten aufgehoben werden?

Der zweite Themenkomplex beleuchtet Konflikte innerhalb der Sozialen Arbeit. Diese ist ja bekanntermaßen kein homogenes Terrain, weder in ihrer theoretischen Begründung noch in ihrer praktischen Umsetzung. Welche Bewegungen und Begründungen gibt es in der Bearbeitung des institutionalisierten Konflikts von Sozialer Arbeit als Hilfe und Herrschaft? Wir erfahren Aktivitäten von Lehrenden, von Professionellen in der Sozialen Praxis wie von Betroffenen z.B. im Widerstand gegen eine verstärkte repressive und punitive Ausrichtung in der Jugendhilfe, insbesondere im Hinblick auf Geschlossene Unterbringung von als gefährlich bezeichneten jungen Menschen. Wir hören neue Antworten auf die Frage, wie soziale und gesundheitliche Versorgung sozial ungleiche Möglichkeiten in lebenslagen- und stadtteilorientierten Angeboten berücksichtigen kann. Wir können im Blick auf die Geschichte des Arbeitsfeldes der Gemeinwesenarbeit betrachten, wie sich das Verhältnis von Professionellen, Bewohner:innen/Adressat:innen entwickelt hat. Wir diskutieren, ob und wie die Nutzer:innenforschung und -beteiligung als ein Versuch und Beitrag verstanden werden kann, das Hilfe-Herrschafts-Dilemma, das Machtgefälle zwischen Expert:innen und Nutzer:innen/Leistungsberechtigten emanzipatorisch zu bearbeiten und Perspektiven „von unten“ aufzunehmen. Schließlich thematisieren wir auch eine Frage, die für Bewegungen und kritische Praxis in der Sozialen Arbeit wesentlich ist: Welche Akteur:innen stehen derzeit miteinander im Konflikt? Welche Akteur:innen praktizieren Widerstand wogegen, und wer solidarisiert sich/kooperiert mit wem?

Ein dritter Themenkomplex fragt nach Bewegungen, Aktivismen, Konflikten und Kämpfen außerhalb Sozialer Arbeit. Es geht um die vielfach gesuchten Positionen und Aktivitäten der „Subalternen“, die zwar von Sozialer Arbeit und sozialstaatlicher Regulation adressiert werden, aber eben auch Praktiken des Eigensinns, der Widerständigkeit und des Unterschleifs/Unterlebens widriger Lebenslagen und ihrer sozialarbeiterischen Bearbeitung verfolgen.

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Thomas Wagner knüpft an Fragen an, die in den Heften 157 und 161 aufgeworfen wurden: Diebäcker und Hofer charakterisierten in Heft 161 die Soziale Arbeit

als schwache Bündnispartnerin sozialer Bewegungen und betonten, dass diese in die institutionalisierte Praxis des aktivierenden Sozialstaates eingebunden sei. Fabian Kessl wies in Heft 157 auf die Notwendigkeit von Institutionalisierung hin, um Möglichkeiten von sozialer Absicherung auf Dauer zu stellen, wenngleich damit Kriterien festgelegt werden, wer, wann, in welcher Art und Weise welchen Zugang zu sozialen Absicherungen beanspruchen kann. Vor diesem Hintergrund diskutiert Wagner die Staatsbedürftigkeit sozialer Bewegungen und Aktivismen, die soziale Gerechtigkeit für alle durchzusetzen trachten. Im Rückgriff auf Poulantzas Staatstheorie sowie auf Blochs Gedanken zu Naturrecht und menschlicher Würde formuliert er die These, dass Vorstellungen des Gerechten stets in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hervorgebracht werden, in denen es immer auch darum geht, ob und wie über die Formulierung subjektiver Rechte hinaus dieselben allgemeingültig und für alle institutionalisiert und durchgesetzt werden können.

In ihrem „Werkstattbericht“ informieren die Hochschulprofessorinnen *Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble und Sandra Skala* (alle Alice Salomon Hochschule Berlin) über Recherche und erste Ergebnisse von Möglichkeiten politischer Selbstorganisation als Lehrende. Ausgehend von einem Lehralltag, der sich durch eine zunehmende Diskrepanz zwischen verantwortlicher Arbeit und Arbeitsverdichtung charakterisiert, deren Konsequenz Tendenzen von Deprofessionalisierung und Entsolidarisierung sind, durchforsten die Autorinnen das klassische Angebot der vorhandenen Interessensvertretungen, um sich sodann in einem Verständigungs- und Selbstbefragungsprozess ins Verhältnis zu größeren solidarischen Bewegungsthemen und -formen zu bringen. In diesem Prozess der „Bewegung in bewegten Feldern“ verorten sie den Gegenstand ihres Engagements im care-politischen, gewerkschaftlichen Feld, nicht ohne die hier vermachten Interessensebenen und potenziellen Konfliktfelder zu negieren.

Maria Bitzan und Sabine Stövesand spüren den Entwicklungen in der Gemeinwesenarbeit nach und deren prominentem Verhältnis zu sozialen Bewegungen. Sie zeigen, dass nie von „der“ GWA gesprochen werden konnte, da diese sich immer in den gesellschaftlichen und lokalen Konfliktfeldern mit ihren jeweiligen Macht- und Interessenskonstellationen entfaltet hat. Versuche ihrer Systematisierung zu sozialpädagogischen Handlungsprogrammen, aber auch der Existenz und Wirkmacht rechter sozialer Bewegungen haben die Vorstellung einer GWA mit eindeutig emanzipatorischer Zielsetzung in Frage gestellt. Eine Dichotomisierung von kritisch-emanzipativer und harmonisierend affirmativer GWA erscheint den Autorinnen nicht angebracht; ihre Engführung auf „doing community“, im lokalen Kontext gilt es angesichts aktueller gesellschaftlicher

Konflikte um Anerkennung und Umverteilung zu überwinden. Im Zentrum steht heute, so das Plädoyer des Beitrags, die Frage, was GWA benötigt, um sich konfliktorientiert in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen zu können. Dazu gehören nicht nur kritische Gesellschaftsanalyse, finanzielle Ressourcen und kompetente Akteur:innen, sondern auch die Verbindung zu real existierenden emanzipatorischen Bewegungen und widerständigen Aktivitäten.

„Gemeinwesen“/„Community“ ist auch ein zentrales Stichwort im Beitrag von *Martina Benz*, der die Praxis von Workers Centers in den USA analysiert, welche mit Sozialer Arbeit erstmal nichts zu tun hat: Workers Centers sind ein institutionalisiertes Moment in Organisationsprozessen prekärer Arbeiter:innen sowohl auf betrieblichen Ebenen als auch im sozialen und geografischen Kontext von neighborhood und community. Martina Benz beschreibt die mit den Workers Centers verbundenen Hoffnungen auf eine Erneuerung gewerkschaftlicher Kämpfe, insbesondere durch die Selbstermächtigung von Arbeiter:innen als Subjekte in ihrem außerbetrieblichen Alltag. Sie stellt Beispiele solcher Organisirungen von Macht und Ressourcen vor und gewinnt aus den Konfliktgeschichten Kriterien zur Analyse der sozialen Kämpfe an solchen Orten der Alltagspraxis. Der Beitrag konzentriert sich auf Entwicklungen und Diskussionen in den USA, so dass die Frage, inwieweit diese Praxis aus einem anderen gesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Rahmen Anregungen für (Selbst)Organisationsprozesse in Feldern Sozialer Arbeit hierzulande geben kann, zu diskutieren bleibt.

Die Frage der Selbstorganisation behandelt auch *Stephan Nagel* in seinem Text zu Selbsthilfe und Selbstorganisation von Wohnungslosen. Er beschreibt die Schwierigkeiten der Selbstorganisation in einer Lebenslage, die kaum Ressourcen dafür bereitstellt, sondern vielmehr geprägt ist vom alltäglichen Kampf ums Überleben und einer Vielfalt sozialer Biografien. Nagel zeigt, dass sich in den alltäglichen Bewältigungsversuchen durchaus Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation entdecken lassen. Es werden Beispiele politischer Mobilisierung von Wohnungslosen vorgestellt, die sowohl als eigenständige Proteste wie auch als Aktionen im Bündnis mit Organisationen der Zivilgesellschaft und kritischen Professionellen aus dem Wohnungslosenhilfesystem stattfinden. Eine durchgängige Frage des Beitrags ist die nach dem Zusammenhang und Zusammenwirken von Wohnungslosen, kritischen Professionellen, Trägern Sozialer Arbeit und politischen Aktivist:innen sowie die nach der Resonanz solcher Aktivitäten in der politischen und medialen Öffentlichkeit – nicht zuletzt bei denen, die politische Entscheidungsmacht haben.

Dass es – nicht zuletzt auch als Reaktion auf herrschaftliche Funktionalität und expertokratischen Paternalismus – innerhalb der wissenschaftlichen Befas-

sung mit Sozialer Arbeit Versuche gibt, der Perspektive von Nutzer:innen und Adressat:innen eine Stimme zu geben, zeigen *Kathrin Aghamini und Kristina Enders*. Sie berichten von ihren Motivationen und denen anderer Beteiligter, in der AG Nutzerforschung der DGSA mitzumachen. Sie erzählen die Geschichte der AG, die als Bewegung in der Sozialarbeitswissenschaft markiert werden kann, auch wenn sie selbst von einer „sozialen Idee“ sprechen. Deren Genese und Gebrauchswert – insbesondere für die Forschenden – reflektieren sie zwischen eigener wissenschaftlicher und aktivistischer Praxis und dem Befremden gegenüber Programmen, in denen Nutzer:innen/Adressat:innen wollen sollen, was ihnen von den Entwickler:innen der Konzepte als Wille zugeschrieben wird. Damit geben sie zugleich einen Ausblick auf das Schwerpunktthema des nächsten Heftes.

In der Fortschreibung der „Miniaturen“ in vergangenen Ausgaben beinhaltet dieses Heft Interviews mit Repräsentant:innen von Akteur:innen und Aktivitäten innerhalb und außerhalb von Sozialer Arbeit, mit und gegen diese. Für Konflikte innerhalb der Sozialen Arbeit stehen die Interviews mit *Michael Lindenberg* vom Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung sowie mit *Tina Röthig und Madeleine Does* von der Poliklinik Veddel in Hamburg. Für Konflikte außerhalb und gegen Soziale Arbeit stehen die Interviews mit *Hannah Wachter* zum Verhältnis von Wissenschaftspraxis und Aktivismus im queeren Spektrum sowie mit Wilhelmsburg Solidarisch zur Organisation von Solidarität im Alltag eines Stadtteils.

Im Forum breitet *Dominik Novkovic* die sich zuspitzende Bildungsgerechtigkeit detailliert aus und charakterisiert die neoliberale Bildungsreform als eine autoritäre Sozialreform. Vor solchem Hintergrund sieht er die sich als kritisch verstehende Soziale Arbeit zur Frage nach ihrem politischen Mandat herausgefordert und schlägt ihr eine Allianz mit der kritischen Bildungstheorie vor.

In der Rubrik „Eingriffe und Positionen“ erinnert *Barbara Rose* an Thea Kimnich, Gründungsmitglied der Widersprüche, die im März dieses Jahres gestorben ist.

Die Redaktion

Brennende Fichten

Das Elend des deutschen Waldes

Einzelheft 11 €
Im Abo 7,60/6,20 €

9'22

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

**Probeabo
2 Monate
nur 11 Euro**

**Das Elend des
deutschen Waldes**
Susanne Götze und
Annika Joeres

**»Der Kapitalismus
ist kannibalistisch«**
Nancy Fraser

Chile als Avantgarde
Ulrich Brand

Palmöl: Die globale Abhängigkeit
Bee Wilson

Der heilige Krieg der Republikaner
Thomas Greven

Sanktionen: Putins großer Bluff
Michael R. Krätke

**Grün, digital, neoliberal:
Die Ukraine als Versuchslabor**
Anna Jikhareva

Die Armen im Ausnahmezustand
Christoph Butterwegge



blaetter.de



Thomas Wagner

... And Justice for all!¹

Zur schwierigen Beziehung zwischen sozialen Bewegungen
und Sozialer Arbeit – oder: wie „staatsbedürftig“
sind eigentlich Kämpfe um soziale „Ge-Rechtigkeit“?

Mein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu sozialen Bewegungen knüpft an zwei Debattenstränge aus zurückliegenden Widersprüche-Heften an: Zum einen an den Beitrag von Marc Diebäcker und Manuela Hofer (2021), in dem sie in Rückgriff auf die Figur der „social justice movements“ dieses Verhältnis als „schwierig“ markieren. Zu Recht betonen sie strukturelle Unterschiede, die zwischen sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit bestehen, und stellen das verklärende Bild Sozialer Arbeit als „Kämpferin für soziale Gerechtigkeit an der Seite sozialer Bewegungen“ (ebd. 25) in Frage. Als integraler Bestandteil des Wohlfahrtsstaats ist diese nicht per se Verbündete sozialer Bewegungen, und wenn doch, oft nur eine „schwache Bündnispartnerin“, gerade unter den historischen Bedingungen von aktivierendem Staat und New Public Management.

Der zweite Strang ist die kritische Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Institutionen Sozialer Arbeit. Hier sind es insbesondere Fabian Kessls (2020) Überlegungen zu einer Dialektik der Institutionalisierung in pädagogischen Feldern, nach der Prozesse der Institutionalisierung eine „dunkle“ und eine „helle“ Seite besitzen. Um Vereindeutigungen zu entgehen, bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Dimensionen der Begrenzung, der Repression und der Ausschließung. Ebenso bedarf es eines Blicks darauf, was Institutionalisierung ermöglicht (ebd. 101). Im Anschluss an Berthold Vogel spricht Kessl von einer „Staats-“ bzw. „Institutionalisierungsbedürftigkeit“ (ebd. 100), also der Notwendigkeit des Angewiesenseins auf den (Wohlfahrts-)Staat zur Absicherung gegen Notlagen und zur potenziellen Ermöglichung sozialer Teilhabe und politischer Partizipation (Völker 2020).

1 Metallica

Mein Beitrag setzt dort an, wo die Fragestellungen der beiden Beiträge sich kreuzen: der Frage nach der Rolle des Staates. „Staatsbedürftig“ ist die Debatte zum Verhältnis Sozialer Arbeit und sozialer Bewegungen in zweierlei Hinsicht: Zum einen gehe ich von der Notwendigkeit einer staats-theoretischen Fundierung aus, welche nicht dabei stehen bleibt, Soziale Arbeit als Staatsapparat zu verstehen und ihre sozialen Bewegungen idealtypisch gegenüberzustellen, sondern auch soziale Kämpfe aus einer staats-theoretischen Perspektive eingehender zu betrachten.

Zum zweiten geht es mir um kritische Rückfragen an die Perspektive der „social justice movements“, allen voran: Wie staatsbedürftig ist soziale Gerechtigkeit eigentlich? Kann man soziale Gerechtigkeit überhaupt jenseits des Staates denken? Dies wird vor allem diskussionswürdig, wenn wir unter „Staat“ nicht nur den „bürgerlichen“ (National-)Staat im engeren Sinne verstehen und es um die Frage geht, wie soziale Gerechtigkeit wirklich für alle ermöglicht und garantiert werden kann.

Staat als (Kräfte)Verhältnis – die staats-theoretische Position Nicos Poulantzas'

In der Debatte um das Verhältnis von Sozialer Arbeit und sozialen Bewegungen dient „Staat“ häufig als Kontrastfolie zur Abgrenzung eigener Positionen (Diebäcker/Hofer 2021: 56). Interessanterweise ist ein antistaatlicher Impuls auch charakteristisch für viele Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit (Frühauf 2021: 95), gerade wenn sie sich auf Basis durch soziale Bewegungen artikulierter Wohlfahrtsstaatskritik um eine alternative professionspolitische Fundierung und Abgrenzung zum gesellschaftlichen Kontrollauftrag bemühen. Häufig entsteht so der Eindruck, dass sich Soziale Arbeit durch entsprechende fachliche Proklamationen ihrer strukturellen Bedingungen nationalstaatlich verfasster Wohlfahrtsstaatlichkeit entledigen könne. Geht man wie Diebäcker und Hofer vom integralen Staatsverständnis Antonio Gramscis aus, demzufolge der Staat auch zivilgesellschaftliche Organisationen umfasst, sofern sie staatstragende Funktionen wahrnehmen (Opratto 2012), dann operieren Soziale Arbeit und soziale Bewegungen gleichermaßen auf „staatlichem Terrain“. Soziale Arbeit und soziale Bewegungen sind strukturell unterschiedlich in den Staat und das Ringen um Hegemonie sowie deren Reproduktion „verstrickt“. Doch allzu dichotom gedachte Gegenüberstellungen beginnen schwierig zu werden. Eine „sichere Oppositionsposition“ (Kessl/Maurer 2009) muss man wohl aufgeben, wenn man mit der Kritik weiterkommen möchte.

Hier bietet sich m.E. der Anschluss an die materialistische Staatstheorie Nicos Poulantzas an, nach dem „die Kämpfe als vorrangiges Feld der Machtbeziehungen

stets das Primat über den Staat“ (Poulantzas 2002: 75) besitzen. D.h. „die Gesamtheit der Kämpfe“ (ebd.) bildet den analytischen Ausgangspunkt, von dem aus „Staat“ verstanden und analysiert wird. Er wird nicht als monolithischer Block gedacht, sondern „als materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses [...], das sich im Staat in spezifischer Weise ausdrückt“ (ebd. 159). Kämpfe durchziehen den Staat nicht einfach, sie konstituieren ihn in einer von Widersprüchen und Spaltungen geprägten, un abgeschlossenen Form (ebd. 163). Darin drücken sich die Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Konfliktparteien, die von ihnen eingegangenen Bündnisse und Kompromisse aus.

Aus dieser Perspektive wird nachvollziehbar, warum von einer Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit auszugehen ist, da Soziale Arbeit als eine historische „Reaktion auf die Kämpfe und das Engagement sozialer Bewegungen“ (Kessl/Maurer 2009: 91) verstanden werden muss. Soziale Arbeit als Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zu denken, als „institutionalisierten Konflikt“ (Kunstreich 1975), heißt jedoch nicht, dass sich die von sozialen Bewegungen in Kämpfen gestellten Forderungen und Interessen auch in den Programmen, Arbeitsweisen und Einrichtungen Sozialer Arbeit mechanistisch abbilden würden (Karakayali 2008: 39). Vielmehr ist davon auszugehen, dass in ihre Institutionalisierung widersprüchliche Interessen und Logiken einfließen, und dies nicht gleichwertig und ungebrochen. So wirkt Staat auch auf Kämpfe zurück, er „organisiert“ und „desorganisiert“ Gruppen, die auf seinem Terrain miteinander ringen. In der Art und Weise, wie der Staat sich in Reaktion auf Kämpfe herausbildet, kommt es zu Rekuperationseffekten, durch die Forderungen und Interessen desartikuliert (Bojadžijev 2002: 278 ff.) und gerade Kämpfe „von unten“ durch die spezifische staatliche Struktur eingehegt und stillgelegt werden sollen (Chassé 2010). Soziale Arbeit als Reaktion auf soziale Kämpfe zu verstehen, bedeutet insofern, kritisch zu beleuchten, inwiefern über institutionelle Formen Sozialer Arbeit eine pädagogisierende und zugleich entpolitisierende Stilllegung sozialer Konflikte erfolgt (Böhnisch 1982; Anhorn et al 2018), z.B. über individualisierende Problemdeutungen und „monologisierende“ Bedürfnisinterpretationen (Fraser 1994: 240), die soziale Konflikte systematisch entnennen (Bitzan 2021).

Es gibt also durchaus Anlass zur Kritik an Sozialer Arbeit. Sollte man daraus aber den Schluss ziehen, in sozialen Kämpfen per se größtmögliche Distanz zur staatlich verfassten Sozialen Arbeit einzunehmen? Dass anti-etatistische Perspektiven als strategischer Ansatz der Gegenwehr im Neoliberalismus problematisch werden, hat Nancy Fraser in ihrer Auseinandersetzung mit der „Grammatik der real existierenden Kämpfe“ (Fraser 2015: 109) aufgezeigt, wie sie für die Kämpfe „neuer“ sozialer Bewegungen in der Krise des Fordismus kennzeichnend war. Für

die Geschichte dieser Kämpfe konstatiert Fraser eine besondere „Heimtücke“. Da deren Forderungen nach Emanzipation im Paternalismus bürokratisch organisierter sozialstaatlicher Organisationen einen zentralen Angriffspunkt fanden (Fraser 2015: 109 ff.; 2020: 295 ff.), ergaben sich Schnittmengen zu den Forderungen von Kräften, die auf die „Befreiung“ kapitalistischen Wirtschaftens von staatlicher Regulation drangen. In staatlicher Autorität fand sich ein gemeinsamer Gegner (Fraser 2020: 304 f.), und zumindest Teile der auf Emanzipation drängenden Bewegungen gingen Fraser zufolge eine „gefährliche Liaison mit dem Neoliberalismus“ (Fraser 2015: 111) ein und hatten Anteil an dessen Siegeszug.

Aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse im Neoliberalismus und der erfolgten theoretischen wie politischen Verschiebungen ist eine klare Trennung zwischen den durch Kämpfe formulierten Gegenpositionen und neoliberaler Rekuperation nicht mehr möglich (Frühauf 2021: 29 f.). Dies bezieht sich gerade auf den anti-etatistischen Impetus, der dem neoliberalen Roll-Back (materieller) sozialer Leistungen wenig entgegensetzen hat (Fraser 2020: 299 ff.), da ein anti-staatliches Prinzip ein entscheidendes Wesensmerkmal neoliberaler Hegemonie bildet. Unter wettbewerbsstaatlichen Bedingungen, denen zufolge die „Entfesselung“ der (Wohlfahrts)Märkte Ausdruck transformierter Staatlichkeit ist, bildet „Staatsbashing“ folglich ebenso wenig ein sicheres Fundament für eine tragfähige Gegenwehr wie die nostalgische Verklärung einer verlorengegangenen Idylle fordristischer Wohlfahrtsstaatlichkeit. Gerade das gilt es im Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und sozialen Kämpfen mitzudenken.

„In and against the state“ – mit Poulantzas gegen, mit und um Soziale Arbeit kämpfen

Hier lohnt sich der Anschluss an Poulantzas, der trotz seiner Kritik am kapitalistischen Staat kein Verfechter einer anti-etatistischen Strategie im Kampf zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse war. Vorstellungen, wonach der Staat ohnehin „absterben“ werde, bezeichnete er als „anarchistische Illusionen“ (Poulantzas 2002: 184). Er vertrat eine Strategie der Demokratisierung des Staates und sah es für geboten, ihn zur Verteidigung von Kämpfen zu nutzen, die von autonomen Basisbewegungen in Distanz zu staatlichen Institutionen geführt werden (Jessop 2010: 39). Bob Jessop zufolge verweist Poulantzas in seinem Nachdenken über einen demokratisch organisierten Übergang zu einem demokratischen Sozialismus auf die Notwendigkeit einer dreifachen Verbindung „von Kämpfen im Staat, um das Gleichgewicht der Kräfte zu verändern, von Kämpfen für die Transformation des Staates, um ihn zugänglicher für populäre Kräfte zu machen

und die strukturell eingeschriebenen Selektivitäten abzuschwächen, und von Kämpfen in Distanz zum Staat, um die innere Balance der Kräfte zu modifizieren und diese gegenüber einer radikalen Transformation zu polarisieren“ (ebd. 47 f.).

Unter Berücksichtigung der aktuellen historischen Kontexte bietet diese strategische Typologie m.E. einen aussichtsreichen Standort, um über das Verhältnis sozialer Bewegungen und Sozialer Arbeit nachzudenken. Viele konkrete Situationen sind denkbar und auch historisch belegbar, in denen selbstorganisierte Initiativen gut beraten waren und sind, auf relativer Unabhängigkeit, wenn nicht gar auf Opposition gegenüber etablierten Instanzen Sozialer Arbeit zu beharren und deren „Angebote“ bewusst und als Ausdruck von Widerständigkeit nicht zu nutzen. Lässt sich im Kontext des aktivierenden Staats exemplarisch auf die Verweigerung der Teilnahme an Formaten der (Schein)Partizipation z.B. durch Quartiersmanagement (Pigorsch 2021) in urbanen Konflikten verweisen, so bilden aus historiographischer Perspektive gerade die Auseinandersetzungen um die „Heimaufsicht“ im Georg von Rauch-Haus (Kappeler/Liebel 2021) ein gutes Beispiel, eben weil es verdeutlicht, dass trotz der Konflikthaftigkeit der Beziehungen zur Sozialadministration Kontakte zu dieser für das dauerhafte Überleben von Formen der Selbstorganisation wichtig bleiben können.

Zu denken, dass man Selbstorganisation vor einer Einhegung mittels quasi-marktlicher Strategien schützen könne, indem man die Distanz zu Trägerorganisationen Sozialer Arbeit wahrt (Diebäcker/Hofer 2021: 34), schießt folglich über das Ziel hinaus. Wie Margit Mayer (2019: 13 ff.) herausgearbeitet hat, bildet die Einbindung eines erweiterten Kreises zivilgesellschaftlicher Kräfte und Initiativen in Governance-Prozesse – gerade über die Ausschüttung von zeitlich begrenzten Fördermitteln – unlängst ein zentrales Merkmal eines neoliberalen Urbanismus, um lokale Hegemonie punktuell und flexibel herzustellen. Das betrifft Akteur*innengruppen, die von Diebäcker und Hofer (2021) unter dem Label *social justice* betrachtet werden, gleichermaßen wie etabliertere Träger Sozialer Arbeit, die durch diese Regierungstechniken in ein spezifisches, mitunter konkurrierendes Verhältnis zueinander gebracht werden. Auf der Suche nach klugen Antworten auf diese spezifisch neoliberale Variante von „divide et impera“ gestalten sich kategorische Distanzierungen genauso fatal wie die unhinterfragte Vorstellung einer per se „bewegungsnahen“ Sozialen Arbeit.

Gerade hier erweist es sich als richtig, Soziale Arbeit nicht monolithisch zu verstehen, sondern als ein widersprüchliches, konflikthafte und selbst umkämpftes Verhältnis (Schaarschuch 1995: 54).

Soziale Arbeit vorrangig nicht als (einheitliche) Akteur*in, sondern als staatliches Konflikt- und Kampffeld zu verstehen, bedeutet, sich Fragen zur Spezifik der

„politischen Grammatik“ dieses Feldes zu stellen. Teil dieser Grammatik ist, dass wohlfahrtstaatliche Institutionalisierung über die Schaffung spezifischer Arbeitsfelder und Klientelgruppen soziale Kämpfe tendenziell spaltet und desorganisiert, womit dem Begriff der „Transversalität“ (Kunstreich 2013) Bedeutung zukommt: Der Suche nach Strategien, die quer zu offiziellen und institutionellen Kategorien, Zuständigkeiten, Strukturen und Grenzen (Bareis/Wagner 2016) verlaufen und mit denen Akteur*innen über diese Grenzen hinweg kollektiv handeln. Dies impliziert die Frage, wie an den Grenzen zwischen bewegungsnahen Akteur*innen und beruflichen Akteur*innen der Sozialen Arbeit systematisch nach „Ort[en] der Begegnung“ (Kessl/Maurer 2009: 94) Ausschau gehalten werden kann, um diese Grenzen zu bearbeiten. Gerade um dem Ziel einer Demokratisierung Sozialer Arbeit näher zu kommen, braucht es zumindest die Einsicht, dass Impulse sozialer Bewegungen, die einen institutionellen Wandel Sozialer Arbeit herbeiführen könnten, nicht per se in das strategische Feld gelangen, sondern nur über soziale Kämpfe, die auch in diesen Institutionen geführt werden. Bareis, Klee und Cremer-Schäfer (2015) verweisen zu Recht darauf, dass der Sozialstaat (und damit auch „seine“ Soziale Arbeit) zwar viel von den Leuten und ihrem Alltag lernen könnte, aber eben gerade nicht (von sich aus) lernt. Immerhin ist er eine abstrakte, strukturelle Verdichtung und eben kein lernfähiger Akteur.

Staatenlose Gerechtigkeit? Social Justice zwischen Reframingsversuchen und Ideologiekritik

Staat besitzt für die Kämpfe, die das Verhältnis sozialer Bewegung zur Sozialen Arbeit prägen, eine strategische Bedeutung. Dies gilt gerade dann, wenn sich diese Kämpfe auf Fragen der Gerechtigkeit beziehen. Gerechtigkeit ist ein politischer Kampfbegriff, auf den sich alle politischen Akteur*innen „beziehen müssen, wollen sie ihr eigenes Interesse als ein allgemeinverbindliches darstellen und das anderer begrenzen oder zurückweisen“ (Demirović 2017: 391). Er ist zugleich eine ideologische Form, die nahelegt, eine in die Kämpfe der Partikularinteressen eingreifende und regulierende staatliche Instanz vorauszusetzen. Alex Demirović zufolge ermöglicht die Figur der Gerechtigkeit dem Staat, unter „Berufung auf diese universalistische Moral sich selbst [zu] universalisier[en], also ewig und überparteilich [zu] erschein[en]“ (ebd. 399).

Dass Gerechtigkeit einen engen Bezug zu politischen Ordnungen besitzt, wird auch von Vertreter*innen eines „social justice“-Ansatzes gesehen, z.B. von Nancy Fraser (2020: 260 ff.). Demnach lassen sich um Gerechtigkeit geführte Auseinandersetzungen nie auf inhaltliche Bestimmungsversuche begrenzen. Sie

implizieren immer die Frage: Gerechtigkeit für wen und wie? Damit ist *social justice* notwendig auf den Rahmen eines politischen Gemeinwesens verwiesen, innerhalb dessen Gerechtigkeit sowie Bestimmungen politischer Zugehörigkeit (Citizenship) garantiert werden sollen. Der klassische Rahmen dafür ist bislang der nationale Wohlfahrtsstaat, in dessen territorialen Grenzen soziale Gerechtigkeit in einer ganz bestimmten Form verhandelt wird: über nationale Staatsbürgerschaft und daran anknüpfende zivile, politische und soziale Rechte (Marshall 1992). Gerade weil Gerechtigkeit kein staatsferner Begriff ist, entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, wenn „social justice“ als Distinktionsbegriff dazu dient, die besondere Skepsis bestimmter Bewegungsformen gegenüber staatlicher Institutionalisierung hervorzuheben (Diebäcker/Hofer 2021). Die notwendige Bindung von Gerechtigkeit an Formen öffentlicher Regulation ist ein weiterer Grund, diese in ihrer komplexen Widersprüchlichkeit wahrzunehmen, anstatt einem anti-etatistischen Impuls zu erliegen. Staat allein mit den Kategorien von Repression und Ideologie zu verstehen greift zu kurz, weil der für Hegemonie wichtige Aspekt des Konsens eines „materiellen Substrats“ bedarf (Fishan 2016: 382 f.) und der Staat beständig „positive materielle Maßnahmen“ (Poulantzas 2002: 60) übernimmt, die auch subalternen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Gerade wenn es um Bereitstellung der alltäglichen Daseinsvorsorge geht, die Einzelne nicht aus eigener Kraft sicherstellen können und die für das Funktionieren des Zusammenlebens unerlässlich sind, spielen auch unter den Bedingungen des Neoliberalismus staatliche Maßnahmen eine wichtige (dekommodifizierende) Rolle. Sie ermöglichen – in gewissen Grenzen – Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen, die „von allen Bürger*innen, unabhängig von ihrem Privatvermögen, genutzt werden“ (Bärnthaler et al. 2021: 61) können. Die Macht, über soziale Dienstleistungsorganisationen normalisierend Einfluss auf das Verhalten und die Lebensführung von Menschen auszuüben, speist sich nicht allein aus Gewaltmitteln (wie dem staatlichen „Wächteramt“), sondern auch aus der Verwaltung (und der damit gegebenen Möglichkeit der Vorenthaltung) von Ressourcen, die zur Bewältigung des Alltags bedeutsam sind (Hasenfeld 1987; Bareis et al 2015).

Gleichzeitig ist die Rahmung von sozialer Gerechtigkeit durch bestehende politische Ordnungen problematisch, weil sie in den Formen des „National“-Staats und einer darauf bezogenen „nationalen“ Staatsbürgerschaft systematisch soziale Ausschließung hervorbringt (Balibar 2016). Dass sich alltägliche und politische Kämpfe marginalisierter und entrechteter Gruppen um Partizipation somit oft gegen die Ausschlusspraxen institutionalisierter und rechtsetzender Gemeinwesen richten (Bojadzjev/Liebelt 2014: 330), verweist darauf, dass der nationalstaatliche Rahmen der Komplexität sozialer Kämpfe – z.B. aufgrund transnationaler Mig-

rationsbewegungen und Formen der Arbeitsteilung, gerade auch im Sorgebereich – nicht „gerecht“ werden kann. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und nach politischer Zugehörigkeit als Begründung sozialer Rechte bedürfen einer Entkoppelung von territorialen nationalstaatlichen Grenzen (Fraser 2020: 278), sie müssten dringend neu gestellt und demokratisiert werden.

Ernst Bloch und die Frage nach dem Ge-Rechten

In dieser notwendigen Diskussion sind zentrale Elemente zu bestimmen, die eindeutig der Sphäre des Staates zugerechnet werden können und bei diesen Neubestimmungsversuchen nicht verloren gehen dürfen. Dazu möchte ich einige Gedanken von Ernst Bloch aufgreifen, die er in seiner Auseinandersetzung mit der philosophischen Geschichte des Naturrechts gewonnen hat.

Für Bloch war Gerechtigkeit kein herrschaftsfreier Begriff, da er allzu oft als „Gesamtausdruck des Ersatzes“ für den „Ludergeruch der Revolution“ (Bloch 1977: 269) Verwendung finde. Einer Gerechtigkeit „von oben“ stellt Bloch eine Gerechtigkeit von „unten“ gegenüber (ebd. 14; 268 ff.). Diese „wirkliche“ Gerechtigkeit ist demnach zufolge nichts, das von oben paternalistisch-herrschend verteilt und vergolten werden kann, sondern ist die Aufgabe eines „erst zu erkämpfenden Ge-Rechten“ (ebd. 14). Blochs Fokus liegt auf einem Element von Gerechtigkeit, welches wie kaum ein anderes mit staatlicher Institutionalisierung verbunden ist: dem Recht. Damit geht Bloch auf Abstand zur marxistischen Orthodoxie, der zufolge Bürger- und Menschenrechte nicht viel mehr als eine „Löwenhaut“ des Bourgeois darstellen und gemeinsam mit dem bürgerlichen Staat absterben sollen (Fisahn 2011).

Für die hier diskutierten Fragen ist vor allem Blochs These wichtig, wonach die Annahme falsch sei, dass Menschen frei und gleich geboren werden. Nach Bloch (1977: 215) gibt es „keine angeborenen Rechte, sie sind alle erworben oder müssen im Kampf noch erworben werden“. Mit dieser Kritik verbindet sich keineswegs eine Verneinung der Notwendigkeit subjektiver Rechte. Abgelehnt wird lediglich die Vorstellung, es handle sich bei diesem Rechten um etwas „Natürliches“. Damit räumt Bloch den Kämpfen einen Primat über das institutionalisierte Recht ein. Sowohl mit Bloch wie auch Poulantzas müssen existierende subjektive Rechte, seien es Rechte auf Selbstbestimmung, politische Mitsprache oder soziale Absicherung, als Konzessionen der Herrschenden an die Subalternen verstanden werden (Poulantzas 2002: 60): als Ergebnis historischer Kämpfe, die nie abgeschlossen sind.

Die Notwendigkeit einer kritischen Hinterfragung der Vorstellung des Ge-Rechten in Form eines „natürlichen“ und infolge auch „unveräußerlichen“

Rechts eines jeden Menschen zeigt sich vollständig, wenn wir bedenken, dass das Ge-Rechte nicht nur beständig in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen gewonnen und hervorgebracht werden muss. Es kann im Rahmen dieser Auseinandersetzungen genauso verloren gehen. Die Einsicht, dass man viele der durch das Recht des „bürgerlichen Staats“ geschaffenen „formalen Freiheiten [...] erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“ (Poulantzas 2002: 232), plausibilisiert sich in der historischen Erfahrung massenhafter und systematischer Entrechtung im Zuge des Faschismus ebenso wie in den totalitären Entwicklungen des „real existierenden Sozialismus“. Beide bilden wesentliche Elemente der historischen Situation, in der Bloch sich veranlasst sah, nach Wegen zu suchen, die dem Naturrecht entstammende Figur subjektiver Rechte mit einer sozialutopischen Theorietradition in Dialog zu bringen (Bloch 1977: 214; Fisahn 2011: 608 ff.). Dieser Versuch behält aufgrund der Erfahrung, dass soziale Ausschließung unter den Bedingungen einer neoliberalen Produktionsweise zu einem anerkannten „Mittel der Gesellschaftspolitik“ (Steinert 2000: 14) geworden ist, Aktualität.

Auch wenn damit verbundene Ansprüche unter den Bedingungen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung oft fiktiv bleiben, besitzt die Figur subjektiver Rechte „gerade in Ansehung der Erniedrigten und Beleidigten manchen Reichtum“, den es zu beerben gelte, insbesondere mit Blick auf darin „Unabgeholtes“ (Bloch 1977: 214). Dieses galt es Bloch zufolge in einer post-kapitalistischen Gesellschaft in dialektischer Weise „aufzuheben“ als wesentliche Voraussetzung dessen, was er den „auf-rechten Gang“ nannte: zur Garantie menschlicher Würde und Emanzipation. Während der repressive Teil des Rechts überwunden werden sollte, galt es den emanzipatorischen Gehalt subjektiver Rechte zu bewahren und zu entfalten, um so auch neue Formen der Herrschaft zu verhindern (Fisahn 2011: 610).

Was bedeutet dies für das Verhältnis Sozialer Arbeit und sozialer Bewegungen? Es mag hinsichtlich der nationalstaatlich institutionalisierten Form sozialer Leistungen und Dienste sicher vieles geben, was es wert ist, besser früher als später abzusterben; die historische Errungenschaft eines subjektiven und im Konfliktfall auch einforderbaren Anspruchs auf Unterstützung gehört keinesfalls dazu; zumindest solange damit ein Anspruch auf eine hilfreiche Ressource eröffnet wird und kein potemkinsches Dorf.

Viele soziale Bewegungen mögen aktuell damit antreten, neue Formate der Selbstrepräsentation und Partizipation zu erproben (Diebäcker/Hofer 2021). Darin liegt ihr Potential, zu einer Demokratisierung von Gesellschaft und Sozialer Arbeit beizutragen. Denn die Figur eines bedingungslosen und garantierten

Anrechts, das auch das Recht auf eine selbst vollzogene Interpretation der eigenen Bedürfnisse umfasst, ist unter den Bedingungen des aktivierenden Staats in der Sozialen Arbeit alles andere als abgegolten und muss mithin erst erfunden werden. „Erniedrigte“ und „Beleidigte“ produzieren die Institutionen und Programme des aktivierenden Staats zur Genüge.

Doch die nach „Staat“ geradezu riechende Frage nach dem Recht ist keinesfalls unerheblich, wenn es darum geht, bewährte Formate der Selbstorganisation auf Dauer zu stellen und zu institutionalisieren. Darauf, dass alternative Formen der Institutionalisierung mit denselben Tücken zu kämpfen haben wie alle Institutionalisierungen, hat insbesondere Fabian Kessl (2020) verwiesen. Sollen diese Angebote dem Anspruch der „social justice“ genügen, müssen auch sie sich mit der unangenehmen Frage auseinandersetzen, wie denn ein universelles Anrecht tatsächlich für alle gewährleistet werden kann. Denn wenn Rechte nicht natürlich sind, dann werden sie auch nicht von selbst garantiert. Insofern verhindert auch im Kontext der Selbstorganisation kein Naturgesetz, dass durch die Geltungsansprüche der einen „in Form einer Direktübertragung des eigenen Gruppenegoismus in ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis andere ausgegrenzt werden“ (May 2013: 190). Gerade deshalb sollte die Figur der (sozialen) Bürger*innenrechte – und das damit eröffnete Prinzip universeller Gleichheit (nicht zuletzt politischer Gleichheit) – zu jenem bewahrenswerten Unabgegoltenen eines zu erstreitenden „Ge-Rechten“ zählen, trotz aller Verstrickungen, die man sich damit notgedrungen einhandelt.

Vielleicht lassen sich in bewegungsnahen Kontexten Ansatzpunkte finden, um die Gewährung von Rechten jenseits des nationalstaatlich verfassten kapitalistischen Staats zu erproben, wie Fraser vorschlägt. Für Bloch war in einer reziproken Praxis der Rechtsgewährung der zentrale Anker zur Sicherung subjektiven Rechts in einer post-kapitalistischen Gesellschaft jenseits des (bürgerlichen) Staats zu suchen: „Das letzte subjektive Recht wäre so die Befugnis, nach seinen Fähigkeiten zu produzieren, nach seinen Bedürfnissen zu konsumieren; garantiert wird diese Befugnis durch die letzte Norm des objektiven Rechts: Solidarität.“ (Bloch 1977: 252) Dennoch war sich Bloch sehr sicher, dass der Staat noch lange gebraucht werde. Er markierte einen sehr klaren Unterschied zwischen „Absterben“ und „Abschaffen“. Erstes sollte erfolgen, aber erst dann, wenn der Staat zur Sicherung seiner Aufgabe – dem Schutz des subjektiven Rechts – überflüssig geworden sei (Bloch 1977: 258). Seines Erachtens setzte dies Herrschaftsfreiheit voraus. Davon sind wir Lichtjahre entfernt.

Fazit

Ich habe verdeutlicht, dass die Debatte zum Verhältnis Sozialer Arbeit zu sozialen Bewegungen auf eine doppelte Weise „staatsbedürftig“ ist. Einerseits analytisch, um den Staat als das anzuerkennen, was er unter strategischen Gesichtspunkten ist: ein Terrain, auf dem Kämpfe ausgetragen werden, die sich in ihn einschreiben, ihn formen und durch ihn geformt werden, verbunden mit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen von Bündnissen zwischen Akteur*innen aus dem Kontext sozialer Bewegungen und Selbstorganisation und solchen aus der institutionalisierten Sozialer Arbeit.

Zweitens emphatisch: Gerade wenn mit dem Anspruch auf soziale Gerechtigkeit operiert wird – und dieser Anspruch für alle gleichermaßen gelten soll –, bedarf es zumindest bestimmter Elemente, die wir dem Staat zurechnen, allen voran der Figur allgemeiner subjektiver Rechte. Damit lassen wir uns auf Begriffe ein, denen wir nicht blind trauen können. Das hilft sich zu vergegenwärtigen, dass es trotz der (hier immerhin konsequent in Führungszeichen gesetzten) „Bedürftigkeit“ im Nachdenken über die Rolle des Staates im Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und Sozialer Arbeit eines Primats der Kritik über den Staat bedarf, gerade weil wir ihn – in welcher Form auch immer – vermutlich so schnell nicht loswerden. Daher tut Distanz in jeder Beziehung grundsätzlich Not.

Rancière meinte hierzu: „Diejenigen, die sich mit dem größten Nachdruck für die demokratischen Rechte schlugen, waren oft die Ersten, die diese Rechte verdächtigten, nur formal erst der Schatten der wahrhaften Demokratie zu sein“ (Rancière 2002: 105). Außerdem habe man „Generationen von sozialistischen [...] Vorkämpfern sich leidenschaftlich für eine Verfassung, für Rechte, für Institutionen und institutionelle Vorgehensweisen schlagen sehen, von denen sie im Übrigen sagten, dass sie die Macht der Bourgeoisie und des Kapitals ausdrückten.“ (ebd.). Dem bleibt nur die Hoffnung hinzuzufügen, dass es auch in Zukunft bei diesem dialektischen Prinzip bleibt, gerade im Nachdenken über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und sozialen Bewegungen (ob mit dem Ziel „Sozialismus“ oder „social justice“): Sozialstaatlichkeit Verteidigen, Kritisieren und Überwinden zugleich!

Literatur

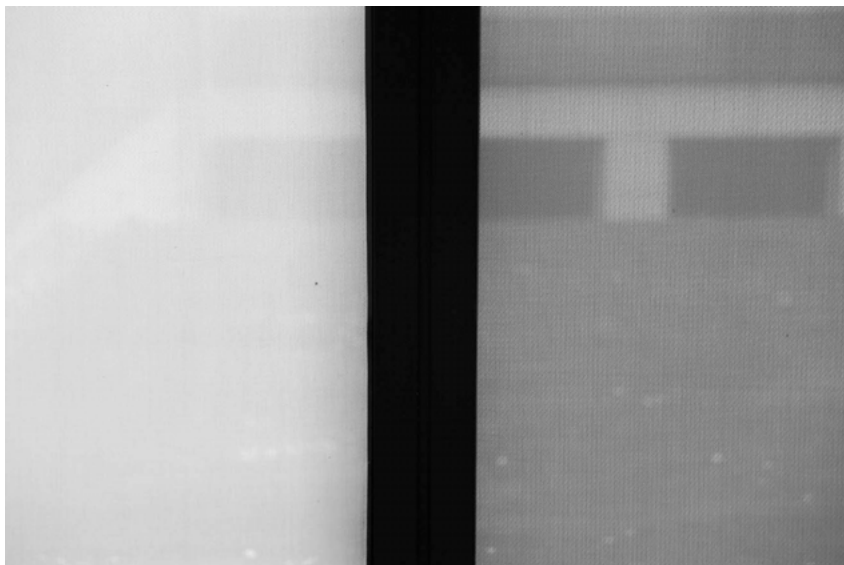
- Anhorn, R.; Schimpf, E.; Stehr, J; Rathgeb, K; Spindler, S; Keim, R (Hg.) 2018: Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens. Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. Wiesbaden
- Balibar, É. 2016: Citizenship. Malden, Mass., Cambridge

- Bareis, E.; Cremer-Schäfer, H.; Klee, S. 2015: Arbeitsweisen am Sozialen. Die Perspektive der Nutzungsforschung und der Wohlfahrtsproduktion „von unten“. In: Bareis, E.; Wagner, T. (Hg.): Politik mit der Armut. Europäische Sozialpolitik und Wohlfahrtsproduktion „von unten“. Münster, S. 310-340
- Bareis, E.; Wagner, T. 2016: Flucht als soziale Praxis – Situationen der Flucht und Soziale Arbeit. In: Widersprüche 141, S. 29-46
- Bärnthaler, R.; Novy, A.; Plank, L. 2021: Umkämpfte Alltagsökonomie: Auseinandersetzungen um ihre Bereitstellung am Beispiel Wien. In: Widersprüche 41 (162), S. 57–69
- Bitzan, M. 2021: Das Geschlechterverhältnis als Strukturelement sozialer Ausschließung. In Anhorn, R.; Stehr, J. (Hg.): Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 533-554
- Bloch, E. 1977: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main
- Böhnisch, L. 1982: Der Sozialstaat und seine Pädagogik. Sozialpolitische Anleitungen zur Sozialarbeit. Neuwied
- Bojadžijev, M. 2002: „Deutsche und ausländische Arbeiter: Ein Gegner – ein Kampf“? Antirassistische Kämpfe – Methodische Fragen, historische Entwicklungen. In: Demirović, A.; Bojadžijev, M. (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster, S. 268-289
- ; Liebelt, C. 2014: Cosmopolitics, oder: Migration als soziale Bewegung: Von Bürgerschaft und Kosmopolitismus im globalen Arbeitsmarkt. In: Nieswand, B.; Drotbohm, H. (Hg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Wiesbaden, S. 325-346
- Chassé, K. A. 2010: Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte. Wiesbaden
- Demirović, A. 2017: Gesellschaftskritik und Gerechtigkeit. In: Prokla 47 (188), S. 389-410
- Diebäcker, M.; Hofer, M. 2021: Social Justice Bewegungen und Soziale Arbeit – eine schwierige Beziehung. In: Widersprüche 161, S. 25-39
- Fisahn, A. 2011: Paschukanis versus Bloch – Sozialutopie und Rechtsform. In: *Prokla* 41 (165), S. 597-617
- 2016: Die Saat des Kadmos. Staat, Demokratie und Kapitalismus. Münster
- Fraser, N. 2015: Dreifachbewegung. Die politische Grammatik der Krise nach Karl Polanyi. In: Michael Brie (Hg.): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Hamburg, S. 100-115
- 1994: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a.M.
- 2020: Fortunes of feminism. From state-managed capitalism to neoliberal crisis. London, New York
- Frühau, M. 2021: Das Begehren der Vielfalt. Bielefeld
- Hasenfeld, Y. 1987: Power in Social Work Practice. In: Social Service Review 61 (3), S. 469-483
- Jessop, B. 2010: Politische Ökonomie, Politische Ökologie und Demokratischer Sozialismus. In: Demirović, A.; Adolphs, S.; Karakayali, S. (Hg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden, S. 35-51

- Kappeler, M.; Liebel, M. 2021: 50 Jahre „Georg von Rauch-Haus“ und die Auseinandersetzung um die „Heimaufsicht“. In: neue praxis 51 (5), S. 369-382
- Karakayali, S. 2008: Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland. Bielefeld
- Kessl, f. 2020: Institutionalisierung – zur „hellen und dunklen“ Seite eines konstitutiven Moments der bürgerlichen Welt; oder: Von der Dialektik der Institutionalisierung am Beispiel der pädagogischen Felder. In: Widersprüche 157, S. 89-104
- ; Maurer, S. 2009: Die ‘Sicherheit’ der Oppositionsposition aufgeben. Kritische Soziale Arbeit als ‘Grenzbearbeitung’. In: Kurswechsel (03/2009), S. 91-100
- Kunstreich, T. 1975: Der institutionalisierte Konflikt. Eine exemplarische Untersuchung zur Rolle des Sozialarbeiters in der Klassengesellschaft am Beispiel der Jugend- und Familienfürsorge. Offenbach
- Marshall, T. H. 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt a.M.: Campus
- May, M. 2013: Soziale Infrastruktur und Politik des Sozialen. In: Hirsch, J.; Brüchert, O.; Krampe, E.-M.; u.a. (Hg.): Sozialpolitik anders gedacht: soziale Infrastruktur. Hamburg, S. 185-191
- Mayer, M. 2019: Bewegung in der unternehmerischen Stadt. Wie sich das Terrain verändert hat. In: Luxemburg (2/2019), S. 12-19
- Opratko, B. 2012: Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. 3., erweiterte Auflage. Münster
- Pigorsch, S. 2021: Miesepetrigkeit Sozialarbeitende in Situationen veranstalteter Partizipation. (Nicht-)Nutzung als alltagsorientierte Kritik an der sozialräumlichen Beteiligungspraxis. In: Widersprüche 159, S. 9-30
- Poulantzas, N. 2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg
- Rancière, J. 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. 7. Aufl. Originalausgabe. Frankfurt a.M.
- Schaarschuch, A. 1995: Das demokratische Potential Sozialer Arbeit. In: Sünker, H. (Hg.): Theorie, Politik und Praxis sozialer Arbeit. Bielefeld, S. 48-70
- Steinert, H. 2000: Warum sich gerade jetzt mit „sozialer Ausschließung“ befassen? In: Pilgram, A.; Steinert, H. (Hg.): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr. Baden-Baden, S. 13-20
- Völker, W. 2020: Auf Freiwilligkeit ist kein Verlass, schon gar nicht im Notstand. In: Sozial Geschichte Online (27), S. 1-16. Online verfügbar unter <https://sozialgeschichte-online.org>

Thomas Wagner

E-Mail: t.wagner@hs-mannheim.de



Ulrike Eichinger, Julia Franz, Barbara Schäuble & Sandra Smykalla

Werkstattbericht: Konflikte von Hochschullehrenden in der Sozialen Arbeit – Schritte der Selbstorganisation

Im Fokus unseres Werkstattberichts steht, wie wir – eine Gruppe von Hochschulprofessor*innen der Sozialen Arbeit, die sich als „Hochschullehrenden-Care-Initiative“ 2020 an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin zusammengefunden hat – uns selbst politisch bewegen und welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten wir in unserer Situation haben.¹ Wir stellen Schritte vor, die wir unternommen haben, um unsere eigenen Handlungsprobleme und -möglichkeiten zu verstehen und uns zu positionieren. Wir möchten mit unserer Praxis an der Hochschule Teil von größeren solidarischen Bewegungen, bspw. der Care-/Reproduktions-, Sozialarbeits- und Frauenbewegung sowie von Bewegungen von Lohnabhängigen und transversal orientierten Professionellen und Nutzer*innen, u.a. in antirassistisch motivierten Kämpfen werden. Unsere Vernetzung ist ein Sich-Bewegen in *bewegten* sozialen Feldern der gesellschaftlichen Selbstorganisation und sozialen Reproduktion. Unsere arbeitsbereichsbezogenen Suchbewegungen und Verständigungsprozesse ähneln dabei methodisch denen einer bewegungsbasierten politischen Selbstorganisation, wie sie in Kontexten sozialer Selbstverständigung (Osterkamp 2008), von bereichsbezogenen Genealogien (Foucault 2016) und Untersuchungen (Knittler 2013), von Consciousness Raising (Firth/ Robinson 1916), De-/Codierung generativer Themen (Freire 1973) sowie in der Bündnisarbeit entwickelt worden sind. Wir greifen in unseren Selbstorganisationsprozessen auf unsere jeweiligen theoretischen Positionen zur Bedürfnisartikulation, Bewusstseinsbildung und zu Organisationen sowie auf unterschiedliche sozialtheoretische Konzepte zurück (vgl. u.a. Eichinger, Schäuble 2022). Wir haben diese nicht systematisch zueinander relationiert, sie schimmern jedoch sicherlich teilweise durch.

1 Dieser kollaborativ erarbeitete Text ist Teil unserer aktuellen Suchbewegungen. Wir danken unseren Kolleg*innen Timo Ackermann, Utan Schirmer und Andrea Nachtigall für ihre Unterstützung.

Wir stellen in diesem Werkstattbericht zunächst eine Analyse unseres Arbeitsbereichs vor, werfen dann unter Bezugnahme auf eine arbeitssoziologische Heuristik (vgl. Mader 2022: 73 ff.) einen Blick auf die verschiedenen Anrufungen an und Interessen von Hochschullehrenden und diskutieren, wie diese akzentuierend in Positionierungen und Handlungsaufforderungen aufgegriffen werden. Wir fragen anschließend danach, wo man sich zu diesen Interessen arbeitsinhaltlich und -formseitig organisieren kann, und begründen, warum wir selbst eine carepolitische und gewerkschaftliche Selbstorganisation mit Hochschullehrenden im sozialen Feld anstreben. Wir enden mit einem bewegungspolitischen Fazit.

1. Ausgangslage und Feldanalyse

Am Beginn unserer gemeinsamen Vernetzung stand der Versuch, zu verstehen, woher unsere beschäftigungsspezifischen Herausforderungen kommen. Der Status Hochschulprofessor*in wird – so unsere Wahrnehmung – durch verschiedene Strukturen, Anrufungen und Identifikationen hergestellt. Dies gilt umso mehr im Kontext von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), sich stark wandelnde Organisationen, im umkämpften Feld der Wissenschaft und der Profession Sozialer Arbeit.

Unser Arbeitsverhältnis als Beamt*innen birgt erhebliche Privilegien in Form von ökonomischer Absicherung und durch die verbürgte „Freiheit von Forschung und Lehre“. Gleichzeitig sind in unsere Tätigkeit Entgrenzungen, eine Diffusität zwischen Lohnarbeit und Engagement sowie breit gefächerte Zuständigkeiten und Verantwortungsübernahmen eingeschrieben. Unser Aufgabenprofil ist zwar durch gesetzliche Rahmenbedingungen wie das Landeshochschulgesetz und eine Lehrverpflichtungsverordnung vorgegeben, die Ausgestaltung unterliegt jedoch weitgehend individueller Verantwortung, informellen Regeln und z.T. wenig transparenten Vereinbarungen.

Eine besondere Bedingung unserer eigenen Hochschule ist dabei ihr SAGE-Profil (Soziale Arbeit, Gesundheit und Erziehung). Neben dem aufgestauten Handlungs- und Reformbedarf von HAWen, dem Druck durch eine leistungsorientierte Hochschulfinanzierung sowie einem erheblichen Aufwuchs von Studienplätzen und einer Neuprofilierung von Studiengängen ist die Lage unserer Hochschule auch durch die „Care-Krise“ geprägt. Neuerungen sind nicht ausreichend finanziert und der SAGE-Bereich systematisch schlechter ausgestattet als die MINT-Fächer.² Das

2 Die ASH Berlin verfügt derzeit im Bundesvergleich über eine schlechte Ausstattung. Im Hochschulvertragszeitraum 2017–2019 sank die Ausstattung im Vergleich des Faches Sozialwesen sogar weiter unter den Mittelwert.

bedeutet, dass wir unter den Bedingungen einer HAW-Professur mit 18 Semesterwochenstunden Lehrdeputat (ohne WiMi-Stellen und Sekretariate, mit lediglich 10 Stunden studentischer Mitarbeit im Monat) zahlreiche aktuelle Hochschulentwicklungsprozesse wie Profil- und Studiengangsentwicklungen, Reformprozesse, die Ausweitung akademischer Selbstverwaltung mit zunehmenden Gremientätigkeiten sowie wachsende Transferaufgaben und Forschungsaktivitäten schultern. Wir nehmen eine enorme Arbeitsverdichtung wahr, wenn wir verantwortungsvoll arbeiten wollen, was uns an Belastungsgrenzen bringt. Ausgehend davon, dass dies nicht aufgrund unseres individuell begrenzten Durchhaltevermögens passiert, vermuten wir, dass der Prozess im Fall seiner Fortsetzung in einen „organisationalen Burnout“ und eine Deprofessionalisierung mit verringerter Praxiskooperation und ein qualitativ reduziertes Studienangebot führt.

2. Interessensebenen differenzieren und akzentuieren – Recherchen zu Anrufungen an und Interessen von Hochschullehrenden

Hochschullehrende finden eine Vielzahl von Anrufungen vor, die eine eigene Positionierung erforderlich machen – sei es als Kolleg*in an der Hochschule, als lehrende Sozialarbeiter*in mit Gewerkschaftshintergrund oder als Fachwissenschaftler*in. Eine Selbstverständigung dazu ist notwendig, um eigene Interessen und Veränderungsziele zu klären und entsprechende Strategien zu entwickeln. Uns ist es wichtig zu entscheiden, welche Interessen wir akzentuieren und von welchen Anrufungen wir uns (temporär) eher abgrenzen wollen. Auch wollen wir die mit unserer Tätigkeit verbundenen Machtverhältnisse und (Reproduktions-)Konflikte freilegen, um diese nicht unbewusst zu stabilisieren. Sie müssen teilweise erst „sicht- und hörbar gemacht“ werden, weil Bedürfnislagen und Sprechpositionen ggf. zuvor verdeckt sind. Hierfür gilt es zunächst praktische Handlungsprobleme, Konflikte, Themen und Mangel Erfahrungen zu markieren.

Unsere soziale Lage u.a. in der Erfahrung kollektiver Errungenschaften, der Erfahrung mangelnder Ausstattung und lediglich individuell ausgerichtete Entlastungsangebote legt verschiedene Akzentuierungen nahe. Dazu gehört sowohl das Verfolgen bloß individueller Interessen als auch eine geteilte Frustration. Denkbar ist aber auch eine geteilte Wunschproduktion. Im Prozess der Verständigung haben wir unser Unbehagen und unsere Wünsche als Bedürfnisinterpretationen ausgedrückt und das wesentliche Gemeinsame ausgehend von zunächst privat erscheinenden Interessen entwickelt. Wir fragen uns: Welche Handlungsmöglichkeiten zur individuellen und kooperativen Bearbeitungsweise in je meiner Situation finde ich bzw. finden wir? Was setzen diese jeweils voraus?

Solche Fragen und die damit verbundenen Consciousnessraising- bzw. Recherche-, Verständigungs- und Selbstregulierungsprozesse entwickeln eine soziale Dynamik: In ihr bildet sich das Soziale. In ihnen kann ich ein Werden erfragen (vgl. Lefèbvre 1977: 17) bzw. mein Handeln strategisch entscheidend ausrichten, versuchen andere gewinnend zu adressieren und mit ihnen gemeinsame Sozialitäten entwickeln. Das bedeutet jedoch auch die dafür förderlichen Systeme, Verbindungen und Voraussetzungen (Formen von Wissen, Öffentlichkeit, Beziehungen, Handlungsformenformen etc.) erst zu entwickeln.

Verständigungsprozesse werden idealerweise durch bestehende demokratische Formen der Interessenbearbeitung unterstützt, insbesondere in gemeinwohlorientierten Organisationen, in unserem Fall einer staatlichen Hochschule mit emanzipatorischem Erbe. Solche Organisationen zielen ihrem Selbstverständnis nach auf Allgemeininteressen. Doch zugleich werden Individualinteressen eingebracht und Konflikte zwischen diesen ausgetragen (vgl. Holzkamp 1980: 5). Daher ist eine Klärung und Akzentuierung von Interessen sinnvoll, was jedoch selten bewusst und explizit geschieht.

Interessensebenen und Konflikte

Um verschiedene Interessen auszuloten, haben wir auf eine Differenzierung von Interessensebenen von Beschäftigten von Mader (2022: 76 ff.) zurückgegriffen und diese für den Hochschulkontext weitergedacht. Die im Folgenden vorgestellte Systematik ermöglicht Orientierung über verschiedene Interessensebenen/-lagen, entlang derer Beschäftigteninteressen sowie die zwischen ihnen verlaufenden, latenten Interessenkonflikte situativ interpretiert werden können. Sie beinhaltet aufgrund ihrer Abstraktheit jedoch notwendig auch Unschärfen.

Interessenebene 1: Orientierung an individuellen bzw. individualisierten Interessen

Die rechtlich verbürgte „Freiheit in Forschung und Lehre“ von Hochschulprofessor*innen birgt Möglichkeiten der vornehmlich individuellen Gestaltung der eigenen Arbeitsbedingungen. Aufgrund der dadurch und auch strukturell wenig regulierten Arbeitsbedingungen entsteht bei Knappheit der organisationalen Ressourcen ein Konkurrenzverhältnis zwischen Kolleg*innen. Die strukturelle Offenheit legt individualisierte Umgangsweisen und die Konkurrenz um unterschiedlich aner kennungsreiche, gestaltungsoffene Positionen, Lehrentlastung und Leistungszulagen nahe. Weitere individualisierte Umgangsweisen mit der

Arbeitslast können sein: Hochschulprofessor*innen ziehen sich zurück oder beantragen familien- oder pflegebedingte Teilzeit bzw. versuchen, sich durch Lehrdeputatsreduktionen Freiraum für Forschungsaktivitäten zu verschaffen. Während damit versucht wird, die Arbeitsbedingungen individuell entsprechend eigener Interessen und Notwendigkeiten passender zu machen, bleiben diese jedoch oft unbefriedigende Notlösungen im weiterhin vermeintlich funktionierenden System. Für die Organisation Hochschule bedeutet dies eine Verknappung des hauptamtlichen Lehrangebots³ sowie einen Mangel an Engagement in der akademischen Selbstverwaltung. Die notwendige Gremien-, Beratungs- und Entwicklungsarbeit verteilt sich auf (noch) weniger Personen.⁴ Das Wettbewerbs- bzw. Konkurrenzverhältnis unter Hochschulprofessor*innen fördert mitunter ein strategisches Engagement und die Ausrichtung auf Tätigkeiten, die gefördert und belohnt werden bzw. dazu beitragen, die eigene Reputation als Expert*in, Forscher*in, Praxisentwickler*in zu erhöhen. Solche Einzelinteressen lassen sich wiederum durch Hochschulleitungen strategisch nutzen, die über Lehrdeputatsreduktionen und Leistungszulagen die (Letzt-)Entscheidung haben.

Eine individualorientierte Positionierung kann dazu führen, dass Hochschullehrende die eigenen Interessen im Gegensatz zu den Einzelinteressen von Kolleg*innen verfolgen (müssen). Doch dies ist keine strukturverändernde, sondern eine begrenzte Option des Umgangs mit organisational produzierten Konflikten. Um Allianzen zu befördern, bedarf es unseres Erachtens anderer, wie der folgenden skizzierten Konfliktbearbeitungen.

Interessenebene 2: Aufmerksamkeitskampf für Einzelthemen innerhalb/ außerhalb der Hochschule

Im Verlauf ihrer Tätigkeit übernehmen viele Hochschulprofessor*innen Verantwortung in Praxis- und Hochschulentwicklungsprozessen und für politische und

3 Die Empfehlung des Wissenschaftsrats von 80% professoraler und hauptberuflicher Lehre (Wissenschaftsrat 2018, S. 32) lässt sich mit dem aktuell für unsere Hochschule geltenden Hochschulvertrag nicht umsetzen.

4 Freiwerdende Stellenanteile werden teils durch Lehraufträge, teils durch Gastdozenten kompensiert. Die Entlohnung/das Honorar beträgt nur einen Bruchteil der professoralen Vergütung. So „spart“ die Hochschule Mittel und befördert prekäre Beschäftigung trotz hoher fachlicher Erwartungen. Wenn Lehrbeauftragte in der akademischen Selbstverwaltung mitwirken, was nicht vorausgesetzt werden kann, zählen sie zur Mitgliedsgruppe der akademischen Mitarbeitenden und nicht zu den hauptamtlich Lehrenden/Professor*innen.

soziale Schwerpunktthemen innerhalb und außerhalb der Hochschule. Darüber geraten sie bzw. wir in (mindestens Zeit-)Konkurrenz zueinander, dies jedoch verbunden mit dem Gefühl, sinnvoll politisch aktiv zu sein. Zeit für die Verbindung der Anliegen bzw. eine Verständigung über deren übergeordnete Klammer bleibt dabei unserer Erfahrung nach kaum. Sichtbar wird dies bspw. rund um diskriminierungskritische Demokratisierungsvorhaben, das Engagement für das Promotionsrecht und auch bei der Fokussierung auf gewerkschaftliche Netzwerke. So tragen bspw. die nicht-geradlinigen Wege in die Hochschulprofessur und die Orientierung auf die Soziale Arbeit bzw. an einer Hochschule mit einem dezidiert emanzipatorischen Profil zu einem vergleichsweise hohen Bewusstsein dafür bei, dass – in unserem Fall die Landförderung, die Arbeiterkindförderung und die Frauenförderung – Bildungskarrieren und teilweise auch den je eigenen Aufstieg überhaupt erst eröffnet haben. Für uns besteht aufgrund der eigenen Biografie, aber auch der sozialprofessionellen Orientierung im Fachgebiet, ein starkes Interesse, zur Demokratisierung der eigenen Organisation beizutragen, sei es im Sinne eines Zurückgebens oder im Sinne transversaler Strategien u.a. im Bereich gender- bzw. rassismusbezogener Antidiskriminierung oder der Stärkung der wissenschaftlichen Mitarbeitenden bzw. der Lehrbeauftragtenposition. Der Einsatz rund um das im Land Berlin gerade errungene Promotionsrecht für HAWs verweist auf ein ähnliches Spannungsfeld.⁵ Auch wir haben uns mit der HSL-Care-Initiative einer spezifischen Thematik zugewandt, in Abgrenzung zu anderen. Durch unseren mit Ver.di organisierten Zusammenschluss und unsere Positionierung in hochschulinternen und öffentlichen Veranstaltungen werden wir als Verbündete und als Gegenüber wahrgenommen, zugleich aber auch als „Einzelinteressen-Verfolgende“ – sowohl mit Begeisterung und Unterstützung, als auch mit Enttäuschung, wenn unsere Initiative bei anderen hochschulpolitischen Vorhaben fehlt. Eine themenbezogene Interessensvertretung bedeutet, einzelne

5 Promovierte fördern die Disziplin und Profession, indem sie zum Diskurs beitragen und langfristig oft selbst Professor:innen werden. Zudem verspricht das Engagement als Promotionsbetreuer*in Meriten und Sichtbarkeit als Vollakademiker*in. Die Einführung des Promotionsrechts und dessen strukturelle Umsetzung erfolgt bei uns derzeit ohne Entlastung auf Basis des Engagements einzelner Hochschullehrender. Damit verknüpft ist die Aufgabe der Förderung der wissenschaftlichen Qualifizierung auch im Zuge eines (Stellen-)Aufbaus zu einem sogenannten Mittelbau. Dies stellt nicht nur eine weitere Verdichtung unserer Arbeit dar, sondern vor allem auch eine Verschiebung von Aufgaben innerhalb der Hochschullehrendenschaft (forschungsstarke Professuren, bzw. durch eingeworbene Drittmittel ermöglichte Freistellungen für Schwerpunktaufgaben vs. Lehrprofessuren – vgl. Interessensebene 1).

Gestaltungsvorhaben und Interessen in Abwägung zu anderen zu verfolgen. Es bleibt eine Herausforderung, Einzel-, Querschnittsthemen und übergeordnete Aufgaben zu verbinden – Anliegen können immer wieder nur begrenzt bearbeitet werden.

Interessenebene 3: Statusbezogene Konkurrenz innerhalb und außerhalb der Hochschule

In der Selbstvertretung der sogenannten Status- oder Mitgliedsgruppen der Hochschule ist ein Konkurrenzverhältnis angelegt: Studierende und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter*innen in Service, Technik und Verwaltung fordern z.B. Teilhabe und Mitbestimmung in Form der Viertelparität in Gremien (dies scheiterte erneut bei der Novellierung des BerlHG 2021). Hier besteht teils eine Interessensallianz zwischen Hochschulprofessor*innen und der Hochschulleitung. Sie findet sich auch bei der Verteidigung einer „Professor*innenmehrheit“ als Grundlage von Beschlüssen, etwa bei Berufskommissionen. Zugleich vertritt die Personalvertretung innerhalb unserer Hochschule nicht die Gruppe der Professor*innen, sondern agiert auch gegen sie, etwa wenn es um die Arbeitsteilung zwischen dem Verwaltungs- und dem Wissenschaftsbereich geht. Da bisher kein Personalrat für Hochschulprofessor*innen existiert, bildet deren bzw. unsere Organisation eine Leerstelle, die auch unsere HSL-Care-Initiative nicht zu füllen vermag, jedoch zu markieren versucht. Es geht darum, die (potentiellen) Arbeitsplatzthemen von Hochschulprofessor*innen einzubringen, wie betrieblicher Gesundheitsschutz, Arbeitszeitregulierung über das Deputat (z.B. im Zuge von Hochschulvertragsverhandlungen und Verordnungsnovellen) und die Umsetzung von Kapazitätsverordnungsnormen (KapVO) im Sinne „guter Lehre“ – sowohl hochschulintern als auch in der Landespolitik.

Eine statusbezogene Akzentuierung (vielleicht insbesondere innerhalb einer SAGE-Hochschule) und gewerkschaftliche Organisation ist bisher nicht selbstverständlich, wobei die (erfolgreichen hochschulübergreifenden) Streiks von studentischen Mitarbeiter*innen hier evtl. Veränderungen andeuten.

Interessenebene 4: Fächer- und Hochschultypus-bezogene Konkurrenz auf Landesebene

Professor*in an einer Hochschule zu sein, bedeutet u.a. eine Identifikationsmöglichkeit als „Arrivierte“ (Bourdieu 1992) (vgl. Interessenebene 3). Eine angesehene Hochschule bietet Hochschulprofessor*innen die Möglichkeit, über ihre

Funktion und den akademischen Nimbus Deutungsmacht zu erlangen, Gehör zu finden und ggf. auch in der Identifikation als besondere Hochschule andere Standorte zu dominieren – bei gleichzeitigem Risiko, am Wissenschaftsstandort „ausgestochen“ bzw. überhört zu werden. Dies gilt auch für die ASH Berlin als SAGE-Hochschule mit ihrer Fokussierung auf ihre Praxisbereiche. In dieser Hinsicht haben Professor*innen an SAGE-Hochschulen mit ihren Leitung(en) ein gemeinsames Interesse gegenüber den Interessen konkurrierender (MINT-) Branchen, wenn es um die Ausstattung der Hochschulen und um politische Repräsentation sowie Anerkennung gesellschaftlicher Funktionsbereiche geht. Die anwendungsorientierten HAW befinden sich zugleich insgesamt im Schatten der (großen Exzellenz-)Universitäten, deren Studienplätze deutlich besser ausfinanziert sind. Daher gilt es in Richtung der eigenen Landesverwaltung, der wissenschaftspolitischen Sprecher*innen der Regierungsparteien, der Landeskonferenz der Rektor*innen und Präsident*innen der Berliner Hochschulen geschickt zu agieren, d.h. mal gemeinsam und/oder im Alleingang. Konkrete Projekte können sein: Eine Novelle der Lehrverpflichtungsordnung, die den Umfang des Lehrdeputats regelt (ggf. gegen oder mit wissenschaftlichen Mitarbeitenden, den MINT-Fächern oder Universitäten).

Interessenebene 5: Branchenorientierung an den Care-Berufen

Im Widerspruch zu Interessenebene 4 kann eine Akzentuierung der Interessen der Care-Berufe als Branche (anstelle einer Orientierung auf die SAGE-Hochschulen) das folgende Motiv haben: Uns für eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur und eine verlässliche Daseinsvorsorge einzusetzen, zusammen mit Studierenden und Praktiker*innen, mit Nutzer*innen und Angehörigen politischer Bewegungen und Gewerkschaften im Care-Bereich. Eine branchenorientierte, care-orientierte Interessensinterpretation kann professionsspezifisch und disziplinär begründet sein. Sie ermöglicht ein recht breites Bündnis. Zugleich können damit andere Interessen aus dem Blick geraten und Verwerfungen übersehen werden, etwa die Position der Hochschulmitarbeiter*innen in Service, Technik und Verwaltung. Herausfordernd für ein Bündnis ist auch, dass die Situation von Hochschullehrenden im Kontext der Care-Berufe derart privilegiert erscheint, dass die eigene Organisierung zunächst irritiert und erklärt werden muss. Hinzu kommt, dass eine carebranchenorientierte Interessensakzentuierung angesichts der unzureichenden gesellschaftlichen Anerkennung Sozialer Arbeit Sorgen von HAW-Professor*innen vor Geringschätzung der eigenen Arbeit in wissenschaftlichen Kontexten nähren kann.

Interessensebene 6: Orientierung an der Klassenlage bzw. gewerkschaftlicher Organisation

Während die hochschulischen Beschäftigten im Sozialwesen durchaus gemeinsame Interessen mit der Hochschulleitung haben (gegenüber anderen Hochschulen), trifft das in einer weiteren Interessenkonstellation nicht zu, nämlich, wenn es um eine solidarische Interessenartikulation und gewerkschaftliche Organisation geht. Zumindest haben es Rektor*innen und Kanzler*innen, die die Hochschulen strategisch aufzustellen und zu managen haben, vermutlich ähnlich schwer wie Führungskräfte innerhalb der Profession, sich gewerkschaftlichen und beschäftigten-solidarischen Forderungen anzuschließen. Sich klassensolidarisch zu verorten ist herausfordernd: Da Hochschulen öffentliche und sich selbstverwaltende Bildungseinrichtungen sind und Hochschullehrende Beamt*innen bzw. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, ist der in postfordistischen Verhältnissen bereits diffuse Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit zusätzlich unscharf. Eine gewerkschaftlich bzw. klassenorientierte Interessensebene sehen wir dennoch, bspw. angesichts der laufenden Ausweitung der Aufgaben sozial- und gesundheitlich ausgerichteten Hochschullehrenden bzw. deren Arbeitsverdichtung als Bearbeitungsweise drängender gesellschaftlicher Probleme, ohne adäquate Umverteilung, um diese Aufgabenstellung ausreichend gesellschaftlich zu finanzieren. Eine beschäftigtensolidarische Positionierung wendet sich von Statuskämpfen ab und akzentuiert Verbindungen, die jedoch auch praktisch verhandelt und eingeholt werden müssen.

Wir haben eine Reihe von Interessenebenen dargestellt, die allesamt Positionierungsmöglichkeiten für Hochschullehrende eröffnen. Uns interessiert darin vor allem das Bündnispotential mit anderen Beschäftigten und Netzwerken und der bewusste Bezug auf die Care-Krise als Hintergrund für die Unterausstattung von Bildungseinrichtungen, insbesondere im SAGE-Bereich.

1. Wie sich organisieren?

Für uns ist es keine Option, die eigene Entlastung auf Kosten der Lehrqualität anzustreben und emanzipatorische Entwicklungen im Sozialwesen stillschweigend zu vernachlässigen. Das alleinige Einfordern individueller Freiheit unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit erscheint uns selbstbezüglich und unsolidarisch. Beispielhaft steht dafür der jüngere Diskurs um eine vermeintliche „Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit“ durch queer, feministisch, antirassistisch und social justice-orientierte Bemühungen, der gerade von Professor*innen offensiv geführt wird. Dahinter sehen wir den Versuch, zum einen mit knapper

werdenden Sach- und Anerkennungsressourcen umzugehen und zum anderen Errungenschaften emanzipatorischer sozialer Bewegungen zu schwächen oder deren Umsetzung zu verhindern.

Anknüpfungspunkte, um mit unseren Arbeitsbedingungen und mit Tendenzen der Deprofessionalisierung und Entsolidarisierung kollektiv und Möglichkeiten erweiternd umzugehen, finden wir arbeitsinhaltlich in Formen der Interessenvertretung in Fachorganisationen. So sind wir teilweise Mitglieder oder aktiv in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA), die einen Rahmen für die fachpolitische Einmischung der Wissenschaft Soziale Arbeit bietet, und in Arbeitskreisen Kritischer Soziale Arbeit (AKS), einem vielstimmigeren Netzwerk. Arbeitsformseitig bietet die arbeitsrechtsbezogenen, Selbstorganisation Mitbestimmungsoptionen. Jedoch gibt es bisher jenseits der hochschulleitungsseitigen Mitverhandlung in wissenschaftspolitischen Zusammenhängen auf Bundes- und Landesebene nur eine eher diffuse Landschaft der Interessenvertretung von Hochschulprofessor*innen an HAWs.⁶ Dies liegt an dem besonderen formalen Status von Hochschulprofessor*innen, aber auch an ihren unterschiedlichen wissenschafts- und professionspolitischen Positionierungen. Zudem wäre eine Mitwirkung in der Personalvertretung naheliegend. Doch Hochschulprofessor*innen sind keine Dienstkräfte im Sinne des Berliner Personalvertretungsgesetzes (PersVG § 3 Abs. 1, 3), sie haben daher kein Wahlrecht und sind nicht wählbar für den Personalrat. Für beamtete Professor*innen gelten zwar grundsätzlich wie für alle Landesbeamt*innen Arbeitsschutzrechte und Arbeitszeitregelungen, doch eine praktische Bezugnahme darauf ist nicht etabliert. Hochschulprofessor*innen können – pauschalisiert eingestuft als Vorgesetzte – in Berlin und vielen anderen Bundesländern nicht Teil der Personalvertretung werden. Dies gilt unabhängig von tatsächlicher Vorgesetztentätigkeit, unterschiedlichen Hochschultypen und Aufgabenprofilen und Umfang der Lehrverpflichtung.

Diese Optionen stellen nun keine ausreichende Antwort auf unsere lokalen Konflikte als Beschäftigte dar. So lag es nahe, sich zunächst kollegial in der Hochschule zu vernetzen und zu organisieren. Die interessenpolitische Verknüpfung mit Care-Thematisierungen und der Fokus auf den Abbau sozialer Ungleichheit bildet für uns zudem die schlüssige Kontur, um uns gewerkschaftlich bei ver.di zu organisieren. So knüpfen wir an eigene Selbstorganisationserfahrungen in und

6 Es gibt den Hochschullehrerbund hlb, der Standesinteressen von HAW-Professor*innen vertritt und bspw. für eine Absenkung des Lehrdeputats auf 12 SWS lobbyiert, den Deutschen Hochschulverband DHV (für Universitätsprofessor*innen), den Verband Hochschule und Wissenschaft sowie die DGB-Gewerkschaften ver.di und GEW.

um Gewerkschaften an, etwa als Lohnabhängige, in Ausbildung, Studium und in der Qualifikationsphase auf dem Weg zur Professur.

Unsere praktischen Aktivitäten als HSL-Care-Initiative konzentrierten sich neben der Selbstorganisation und Selbstverständigung bisher auf die Sensibilisierung hochschul- und wissenschaftspolitischer Akteur*innen und eine Positionierung bei der Novellierung des Landeshochschulgesetzes (BerlHG). Unsere Aktivitäten (Veranstaltungen, offener Brief, Petition, Blog im Aufbau) ermöglichen uns eine interne und kollegiale Selbstvergewisserung bezüglich unserer eigenen Lage, sie machen uns nach außen als Mitgliedsgruppe der Hochschule gegenüber Vertreter*innen der Wissenschaftspolitik und Gewerkschaften sichtbarer und ermöglichen Vernetzung mit ähnlichen Initiativen an anderen Hochschulen.

3. Fazit: In Bewegung kommen

Wer zu emanzipatorischen sozialen Bewegungen beitragen will, kann sich darauf aus unserer Sicht nicht nur solidarisch beziehen, sondern muss sich mit anderen über gemeinsame Interessen und Ziele verständigen, diese akzentuieren und strategische Allianzen bilden. Für uns ist das ein stärkender, weil verbindender Prozess – aber auch ein unbehaglicher, weil auf Entscheidungen und Abgrenzungen beruhender sowie ausgesprochen widersprüchlicher Prozess. Denn unsere privilegierte Position begünstigt immer wieder auch Irritationen und Skepsis, wenn wir unsere Interessen als Beschäftigtengruppe artikulieren. Da wir jedoch auch viel Zustimmung zu unseren Positionierungen erhalten, wollen wir auch zukünftig (ausgehend von diesem aktuellen Werkstattbericht) mit Kolleg*innen weiter über die Interessensebenen und Konflikte sprechen und Akzentuierungen als solche markieren. Dabei ist es unser Ziel, unsere akademischen Privilegien so einzusetzen, dass wir unsere Lehr- und Forschungspraxis verstärkt mit Care-Kämpfen verzahnen, indem wir durch Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit mit dazu beitragen, sich aus den Sorgeberufen heraus zu organisieren und zu vernetzen. Die Gelingensbedingungen für eine „Care-Revolution“, die nicht auf Kosten von anderen und uns selbst baut, müssen im Wissenschaftskontext noch erstritten werden.⁷ Wir freuen uns daher über Kontaktaufnahmen und Hinweise auf für mögliche Gemeinsamkeiten.

7 Bündnispartner*innen sehen wir u.a. in der hessischen GEW-Initiative, vgl. <https://www.gew-hessen.de/bildung/runter-mit-dem-lehrdeputat> [20.06.22].

Literatur

- Bourdieu, P. 1992: Homo academicus. Frankfurt a.M.
- Eichinger, U. Schäuble, Barbara (Hg.) 2022: Konfliktanalysen. Element einer kritischen Sozialen Arbeit. Ein Studienbuch. Wiesbaden
- Firth, R.; Robinson, A. 2016: For a revival of feminist consciousness-raising: Horizontal transformation of epistemologies and transgression of neoliberal time and space, gender and education, S. 343-358 [25.05.2022]
- Freire, P. 1973: Pädagogik der Unterdrückten. Reinbek
- Foucault, M. 2016: Die Geburt der Klinik. Frankfurt a.M.
- Holzkamp, K. 1980: Individuum und Organisation. Werkstattpapier. In: Forum Kritische Psychologie 7, S. 208-225. <https://www.kritische-psychologie.de/files/kh1980a.pdf> [26.05.22]
- Knittler, K. 2013: Wissensarbeit und militante Untersuchung: Zwischen Produktion und Rebellion. Über Möglichkeiten widerständiger Wissensproduktion. In: Kurswechsel, 1/2013, S. 74-83
- Lefebvre, H. 1977: Kritik des Alltagslebens. Kronberg
- Mader, D. 2022: Elemente einer kritischen Sozialtheorie. Frankfurt a.M.
- Osterkamp, U. 2008: Soziale Selbstverständigung als subjektwissenschaftliches Erkenntnisinteresse. In: Forum Kritische Psychologie 52, S. 9-28. <https://www.kritische-psychologie.de/2008/soziale-selbstverstaendigung-als-subjektwissenschaftliches-erkenntnisinteresse>. [26.05.22]
- Wissenschaftsrat (2018): Hochschulbildung im Anschluss an den Hochschulpakt 2020. Positionspapier (Drs. 7013-18), online: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/7013-18.html> [25.05.2022]

Ulrike Eichinger

E-Mail: eichinger@ash-berlin.eu

Julia Franz

E-Mail: julia.franz@ash-berlin.eu

Barbara Schäuble

E-Mail: schaeuble@ash-berlin.eu

Sandra Smykalla

E-Mail: smykalla@ash-berlin.eu



Die Erasmus-Stiftung des großen Humanisten Erasmus von Rotterdam förderte im 16. Jahrhundert Bedürftige unabhängig von Geschlecht, Konfession oder Herkunftshintergrund. Das Buch beschreibt die Vision des Erasmus anschaulich anhand persönlicher Schicksale von Stipendiaten mit ihren Hoffnungen und Ängsten, geraubten Illusionen, täglichen Mühen, existenzbedrohlichen Bedingungen und Elend.

Lucia Felici | **Was Europa kann – Die Vision des Erasmus von Rotterdam** | ca. 352 S. | € 28,00 | Pb. | ISBN 978-3-7410-0278-6
Aus dem Italienischen von Katja Fels | Vorwort von Wolfgang Schroeder



Zur Zeit überlappen sich Krisen von weltweiter Bedeutung – zudem im Kontext ungeklärter Machtfragen, nachdem die Nachkriegsordnung vorüber ist und eine neue Weltordnung noch nicht entstanden ist, begleitet von Erfolgen demokratischer Regression als Gegenmodell zur links-liberalen Moderne.

Der Ernst der Lage: Krieg, Kipppunkte, Kapitalismus | *perspektiven ds* – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik 1/2022
296 S. | Pb. | € 12,80 | ISBN 978-3-7410-0238-0

www.schueren-verlag.de **SCHÜREN**

**DIE
SINNE
SCHÄR-
FEN!!!
JETZT
TESTEN:**

3 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis



Maria Bitzan & Sabine Stövesand

Zum Verhältnis von politischer, sozialer Konfliktorientierung und Gemeinwesenarbeit

„Der Konflikt ist der wesentliche Kern einer freien und offenen Gesellschaft. Wenn man das demokratische Leben als musikalische Partitur abbildete, wäre ihr Hauptthema die Harmonie der Dissonanz“ (Saul Alinsky, 2011: 53).

Gemeinwesenarbeit (GWA) hat historisch eine große Nähe zu sozialen Bewegungen. Dadurch war sie einerseits konfliktorientiert und kritisch-politisch, andererseits wurde genau dies von einigen ihrer Protagonist*innen als Problem für ihre Weiterentwicklung und stärkere Etablierung begriffen. GWA war nie per se ein emanzipatorisches (transformatorisches) Projekt. Dieses Spannungsverhältnis soll im Folgenden beleuchtet werden.

Konfliktorientierung war immer ein wichtiger Antrieb für GWA. Wir verweisen exemplarisch auf Jane Addams und Kolleginnen mit ihrer Integration sozialer Fürsorge, Bildung, Gewerkschaftsunterstützung und politischen Strukturverbesserungen der sozialen Verhältnisse in Chicago, auf Saul Alinsky mit seinen 'rules for radicals', auf den Eulenkopf in Gießen, wo sich in den 1970er Jahren „eine Bürgerinitiative aus Bewohnern, Studenten und Bürgern der Stadt zusammengefounden“ (Schäfer 2021 o.S.) hat und Gemeinwesenarbeiter*innen anstellte, auf die Victor-Gollancz-Stiftung (1948-1975)¹ und die späteren GWA-Werkstätten im Burkhardtthaus (seit 2014 in Eisenach), die seit Jahrzehnten den Ort der politischen Selbstvergewisserung der deutschen GWA darstellen, und auf die aktuellen Auseinandersetzungen um Wohnen, soziale Stadtentwicklung

1 In deren „Konzeptionen für die Entwicklung einer 'nachhaltigen' Gemeinwesenarbeit spielte dabei die Einbindung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen 'vor Ort' eine wichtige Rolle“ (Lützenkirchen: 5 f.).

von unten, inklusive Nachbarschaften, um demokratiefeindliche Haltungen und rechte Organisationen oder um Gewalt gegen Frauen.

Wir begreifen Gesellschaft als Arena von Konflikten im „Kampf um Anerkennung“ unterschiedlichster Bedürfnisse (Fraser 1994) – somit findet Handeln immer im Feld von sozialer Ungleichheit und Dominanzverhältnissen statt, z.B. Rassismus, Geschlechterverhältnissen etc. Konfliktorientierung bedeutet ein Bewusstsein über Konfliktstrukturen und ein Identifizieren der je konkreten Konfliktlinien in dem zu bearbeitenden Feld und der Akteur*innen, mit denen zusammengearbeitet wird (Bitzan 2021). Dabei sind Konflikte unterschiedlich leicht zu erkennen, wirken doch verschiedene Ebenen ineinander: strukturelle Konflikte erzeugen Ungleichheitsverhältnisse, die hineinwirken in Konflikte zwischen Institutionen und Interessenvertretungen (mit unterschiedlichen Machtausstattungen). Für alle sichtbar sind oft aber nur interaktive Konflikte zwischen Personen(gesellschaften), deren Unterlegtheit mit Elementen aus strukturellen Konflikten verdeckt bleibt und nicht selten geleugnet wird (was bereits Teil der Konfliktkonstellation ist). Es könnte sein, dass Konflikte, die in der GWA auszutragen bzw. zu gestalten sind, sich zunächst auf dieser Ebene darstellen – die Herausforderung wäre, die Verbindung zur strukturellen Ebene transparent zu machen. Kritische Konfliktorientierung will daher (auch) verdeckte Seiten eines Konflikt(verhältnisse)s zum Vorschein bringen, um sie bearbeitbar zu machen. So hat(te) eine politische GWA immer das Ziel, Konflikte in den Lebenslagen der Bevölkerung und im sozialen Miteinander in den Stadtteilen/ Gemeinwesen in diesem Sinn zu politisieren.

Die Entstehung von Konflikten und insbesondere die Form ihrer Austragung (und ggf. Beendigung) ist eng mit Machtkonstellationen verbunden. Macht ist in der Regel ungleich verteilt bzw. die Machtquellen von einzelnen, Gruppen und Organisationen ('Playern') unterscheiden sich. Von daher kommt die Beschäftigung mit Konflikten nicht ohne die Klärung der „Machtfrage“ aus. Saul Alinsky (2011), der Pionier des Community Organizing, ging im Wesentlichen von zwei Quellen von Macht aus, der Macht des Geldes und der Macht der Vielen. Da die Verfügung über großes Kapital nicht gerade das Kennzeichen Sozialer Arbeit und ihrer Adressat*innen ist, muss sie die Chance nutzen, sich zu vernetzen, Bündnisse einzugehen und Organisationsmacht aufzubauen. Darum sind für kritische Konzepte einer GWA nicht zuletzt Soziale Bewegungen (als gesellschaftliche kritische Zusammenschlüsse und politische Akteur*innen) von Bedeutung. Allerdings waren und sind diese nicht generell genuiner Partner für eine transformatorische GWA, zumal das Spektrum breiter und teilweise rechtslastiger geworden ist.

Es folgen zunächst kurze Anmerkungen zum schwierigen Bezug auf soziale Bewegungen (1.), dann ein Blick auf Entwicklungen der Konfliktorientierung in der GWA (2.) und zuletzt die Frage nach den Chancen der Politisierung sozialer Fragen (3.).

1. Das linke zivilgesellschaftliche Emanzipationsprojekt hat seine Unschuld verloren

Soziale Bewegungen haben in den letzten 30 Jahren in der Bundesrepublik große Veränderungen durchlaufen. Waren es in den 1960er und 70er Jahren linke sozialkritische Strömungen sowie die Frauenbewegung(en), die einen kritischen Schub in die Professionsdebatten der Sozialen Arbeit brachten (Wagner 2009), so existieren solche Strömungen nicht mehr in der gleichen Verve und Eindeutigkeit (Roth 2021). *Neue Soziale Bewegungen* waren in den 1970er bis 90er Jahren primär links bzw. systemkritisch orientiert und zielten auf mehr Beteiligung, das Geltendmachen von (Bürger)Rechten, soziale Umverteilung, auf Abrüstung, Umwelterhaltung, selbstbestimmtes Wohnen sowie die Anprangerung von und Schutz vor Gewalt in jeder Hinsicht (sexistische, rassistische, ...). Die Zusammenarbeit von GWA mit Akteur*innen aus diesen Bewegungen lag nahe. Heute ist das Feld der sozialen Bewegungen heterogener und reicht von linker Ökonomiekritik (Attac u.a.) über Klimaschutz (FFF), sexuelle Orientierungen und Identitäten (queer), das Recht auf Stadt bis hin zu Querdenker*innen, international agierenden Anti-Genderinitiativen und rechten Gruppierungen in Nachbarschaften bzw. Blut- und Boden-Ideologie in sozialen Gemeinschaften (kritisch bspw. Bringt 2021).

Das bedeutet, Soziale Bewegungen stehen nicht mehr *automatisch* für das emanzipatorische Projekt (obwohl sie häufig mit den gleichen Vokabeln hantieren: Partizipation, Anerkennung, Freiheit, Frauenrechte...), vielmehr sind einige auch zu Treibern sozialer Probleme geworden (wenn z.B. Emanzipation nur für Deutsche gefordert wird, oder Selbstbehauptung für rechte Gruppen oder ALG II Empfänger*innen gegen Migrant*innen oder Geflüchtete ausgespielt werden ...).

Was Roth allgemein für die Veränderungen der eher emanzipatorischen sozialen Bewegungen beschreibt – aktuell breite Anerkennung der Themen und Mobilisierungsformen, institutionelle Ergänzungen des politischen Gefüges (von Frauenbüros zu Umweldezernaten) –, gilt u.E. auch für Formen der GWA. „Mit schwindender Frontstellung und der Ausweitung eines intermediären zivilgesellschaftlichen Bereichs zwischen Bewegungen und den klassischen Institutionen des politischen Systems [...] drohen die Konturen der Bewegungen selbst zu verschwimmen“ (Roth 2021:17). Nicht zuletzt mit der Bürokratiekritik gingen Teile

der Bewegungen eine „gefährliche Liaison“ mit dem Neoliberalismus“ (Fraser 2013) ein. Diese bereits in den Widersprüchen 161 angesprochene Entwicklung ist auch an der GWA nicht spurlos vorbeigegangen.

Das bedeutet für die GWA, sehr viel genauer nach den ‘richtigen’ Bündnispartnern zu schauen. Z.B. kann es manchmal wichtig sein, zusammen mit den kommunalen Sozialverwaltungen gegen Rechts einzutreten, aber mit Mieter:inneninitiativen gegen ebendiese Sozialverwaltung in Frontstellung zu gehen. Es gilt noch mehr als früher, konkret und vor Ort zu schauen, wer hier für was eintritt und was das mit den großen Grundkonflikten (gender, race, class) zu tun hat. Wie zeigt sich staatliche Repression, wie zeigt sich aber auch Bewegungs„repression“? Wie zeigt sich die Verwaltung von Armut und Abweichung vor Ort, für was steht die konkrete Soziale Arbeit? Ist sie eher Beförderin (und damit mögliche Kooperationspartnerin) oder zeigt sie sich als Blockiererin, Anpasserin – und wird damit zum zu bearbeitenden Gegenüber für eine konfliktorientierte GWA?

2. GWA in Deutschland – Entwicklungen

Früher wie heute lässt sich nicht von *der* GWA sprechen. Von Beginn an bewegte sich GWA in ihren konzeptuellen Ansätzen zwischen konfliktorientierten, gesellschaftskritischen klassenkämpferischen bzw. transformatorisch-emanzipativen und eher harmonisierenden affirmativ-integrativen Ausrichtungen (z.B. Bringt et al.i.E.). Dabei hat sie sich über die Jahre auch verändert. So nahm die Nähe zu sozialen Kämpfen und Bewegungen mit ihrer Professionalisierung und Verfälschung ab. Zu beobachten ist aber auch, dass GWA dort, wo gesellschaftliche Auseinandersetzungen stattfinden, sowohl neue Impulse in Richtung konfliktorientierter Basisarbeit erhält als auch selber solche gibt (Bringt 2021; Stövesand 2019, 2022, Gesemann u.a. 2021). Alles in allem ergibt sich kein einheitliches Bild.

Bereits in den 1960er Jahren zeigten sich wichtige Spannungsverhältnisse. GWA galt, ähnlich wie Sozialraumorientierung heute, als *die* innovative Strategie zur Modernisierung und Rationalisierung der kommunalen Sozialarbeit (Buck 1982: 8). Hintergrund waren gestiegene Anforderungen aufgrund zunehmender Komplexität von Problemlagen bei gleichzeitigem Einspardruck und anhaltender Kritik von der sozialarbeiterischen Basis (Oelschlägel 2017). Es bestand (schon damals) die Hoffnung, mit Hilfe von GWA „könne nicht nur der brüchig gewordene Kontakt zwischen den Bürgern und den offiziellen Gremien erneuert und schlecht funktionierende Verwaltungen reformiert, sondern zudem auch bestehende gesellschaftliche Demokratiedefizite behoben werden“ (Oehler/Drilling 2016: 21).

Damit verbunden war gleichzeitig die Gefahr der staatlichen Instrumentalisierung von GWA und ihrem Anliegen der Partizipation, ausgedrückt in der Erwartung, dass „sich das Volk mit den Entscheidungen seiner politischen Führer identifiziert“ (Weismann und Rilling 1969, S. 487 zit.n. Boulet et al. 1980, S. 48). Dieses Thema ist aktuell geblieben (Stoik 2018).

Schon in frühen Zusammenfassungen (Victor-Gollancz-Stiftung 1974) finden sich die wichtigsten, durchaus radikalen Prinzipien der in der Bundesrepublik neu erstarkten GWA: Partizipation, Selbstorganisation und der Blick auf das Gemeinwesen als Ermöglichungs- oder Verhinderungsstruktur, an der gearbeitet werden sollte mit der Perspektive, diese Strukturen zu verändern. In der GWA waren von Beginn an die Menschen nicht „Klient*innen“, sondern handelnde Akteur*innen in bestimmten Lebensverhältnissen – für die Soziale Arbeit eine strukturelle Veränderungsperspektive. Solidarität war, neben Selbstorganisation ein zentraler Begriff.

„Widerstand, Betroffenenbeteiligung, Veränderung von Verhältnissen, Organisation von Gegenmacht [...] waren Vokabeln, die das etablierte Bürgertum, aber auch die dadurch geprägte bürgerliche Soziale Arbeit (nicht nur damals) nachhaltig irritierten. Gemeinwesenarbeiter/-innen initiierten Mieterinitiativen, Demonstrationen und Stadtteilstefte, sie skandalisierten unzumutbare Wohnverhältnisse, infrastrukturelle Mängel, unsinnige Prestigeprojekte oder korrupte Funktionsträger, sie organisierten öffentliche Foren und Pressekampagnen“ (Hinte 2017: 90).

Ab Mitte der 1970er Jahre stand dabei zunehmend nicht (mehr) die Orientierung am Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, sondern am Alltag, an der Lebenswelt der Menschen im Vordergrund. In diesen Jahren wandelte sich das gesellschaftliche Reformklima, der ‘Deutsche Herbst’ zeigte, dass die kapitalistische Industriegesellschaft kriselte.

In der Folge hatten es auf strukturelle Konflikte bezogene Ansätze schwer (auch angesichts der ‘psychologischen Wende’ in der Sozialen Arbeit). Die in den 1980er Jahren aufkommende Lebensweltorientierung wurde zu harmonistisch rezipiert – gleichwohl sie in ihrer konfliktorientierten Absicht der GWA „zum Standhalten gegenüber den sozialstaatlichen Vereinnahmungen [...] und [...] dazu, dass BewohnerInnen selbst mehr Kontrolle über ihre eigenen Lebensverhältnisse gewinnen“ (Bitzan 2013: 118) Rückhalt geben konnte.

Mittlerweile ist GWA einerseits eingegangen in moderne Konzepte einer sozial-räumlichen Sozialen Arbeit (Becker 2020) – das kann als Erfolg oder als Verlust bewertet werden (Stoik 2011). Andererseits versammeln sich ganz unterschiedliche Handlungsansätze und Institutionalisierungen unter dem Label der GWA (oder

Quartiersarbeit), wie der jüngst veröffentlichte Atlas der GWA in Deutschland/Österreich/Schweiz verdeutlicht².

Ambitionierte Versuche, kritische GWA ein- bzw. abzugrenzen, betonen die Bedeutung struktureller Lebensbedingungen und Änderungsansätze, die implizit oder explizit eine politische und soziale Konfliktorientierung beinhalten (etwa Schreier 2011). Geht es um (theorieleeres) doing community, das Gemeinschaftshandeln und Hilfe in allen Lebenslagen ermöglicht, oder sind transformative Elemente zu erkennen, die „das Politische“ an dieser Arbeit zeigen? Schreier hebt hervor, dass „Gemeinwesen“ weder Territorien darstellen noch singular zu fassen sind: „Gemeinwesen‘ sind stets plural, heterogen und zudem oftmals äußerst widersprüchlich“ (Schreier 2011: 2). Konfliktorientierung ist die logische Konsequenz.

„Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen [...], infrastrukturellen [...] und immateriellen [...] Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet“ (Stövesand/Stoik 2013: 21).

Eine strikte Gegenüberstellung von konfliktorientiert/kritisch und harmonisierend/affirmativ ist also nur theoretischer Art. Eher ist GWA als ein Dach zu verstehen, unter dem transformative Arbeit geleistet werden kann und teilweise geleistet wird. Sie ist auf jeden Fall als Versuch zu werten, Lebenssinn und soziale Anerkennung in Zeiten individualisierender neoliberaler Zumutungen (wieder) zu geben, wo sie aus den Strukturen des Erwerbs- und Bildungssystems nicht (mehr) zu erlangen sind. So kann Vergemeinschaftung/Harmonisierung (ggf. als Befriedung von Konflikten) durchaus mit subjektiven Gewinnen der Beteiligten verbunden sein, wie etwa die Integrationsarbeit in Stadtteilen mit hohem Migrationsanteil oder in der Arbeit mit Geflüchteten zeigt (Professionelle gewinnen Anerkennung im Mainstream, Adressat*innen Anerkennung/Integrationserfolge – GWA als „Kümmerin“).

Zugleich warnen zum Beispiel van Dyk und Haubner (2021) vor den Verführungen eines *Community Kapitalismus*, der die gemeinschaftsfördernde Care-

2 <https://www.ost.ch/de/forschung-und-dienstleistungen/soziale-arbeit/ifsar-institut-fuer-soziale-arbeit-und-raeume/oeffentliches-leben-und-teilhabe/atlas-der-gemeinwesenarbeit-deutschland-oesterreich-schweiz>

Einen Schub bekam GWA letztlich durch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt seit 1999.

Arbeit an die Stelle des Kampfes um soziale Rechte setzt und somit die Folgen der „strukturellen Sorglosigkeit des Kapitalismus“ (S. 79) abfedert, statt diese zu politisieren. Sie lehnen allerdings nicht jede integrative Aktivität ab, sondern suchen nach Kriterien der Identifizierung/Unterscheidung kritischer Ansätze. Politisch problematisch wird es für sie da, „wo zur Bearbeitung der Krise der sozialen Reproduktion eine ‘Gesellschaft der Fürsorglichkeit’ etabliert werden soll, in der die Gabe an die Stelle des sozialen Rechts tritt und die Regierung von Gemeinschaft (als Zielgrösse) sowie die Steuerung im Modus von freiwilliger Selbstregulierung und (schuldhafter) Gemeinschaftsbildung dazu dienen, nicht entlohnte (Sorge-)Arbeit zu rekrutieren und auszubeuten“ (ebd.: 40).

Im aktuellen Kontext, in dem die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik sich neu formiert und langsam versucht, sich aus den sturen neoliberalen Dogmen zu befreien, findet eine neue Anrufung der GWA statt – sowohl unter der Sehnsucht und dem politischen Kalkül der Mobilisierung der Zivilgesellschaft für Sinn und Gemeinschaft (vgl. die bemerkenswerten Förderungen bspw. in Baden-Württemberg mit dem Programm Quartier 2030³) als auch unter dem ehrlichen Versuch, mehr Demokratie (als Stabilisierung gegen die Aushöhlung von rechts) zu wagen. Hier gibt es staatliche Förderungen für Forschung, Praxis und auch die Strukturbildung der GWA in noch nie dagewesenem Ausmaß. Bedeutsam hierfür sind sicherlich auch das jahrelange, beharrliche Engagement und die eigene Vernetzung und Organisation innerhalb der GWA-Szene, z.B. in der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und GWA. Die institutionalisierte Handlungsfähigkeit, z.B. in Form von Landesarbeitsgemeinschaften, erzeugt auch Beziehungen in die Ministerien, in die Politik, und damit einerseits Abhängigkeiten, aber sie stärkt der GWA auch den Rücken als sichtbarer Player und hilft, Ressourcen zu erschließen.

3. Chancen der Politisierung sozialer Fragen – Spannungsfelder der Konfliktorientierung

GWA ist also wieder gefragt. Sie wird als Partner kommunaler Verwaltungen anerkannt und zugleich durch diese ‘eingehegt’, wenn sie als ‘Konflikthankeizer’ identifiziert wird. Auch im Selbstverständnis der GWA-Akteur*innen hat sich das, was ‘politisch Sein’ meint, verändert, ausdifferenziert und kleinteiliger konkretisiert. Mit Blick auf die Adressat*innen geht es nicht mehr um Revolution,

3 <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/soziales/quartier-2020/>

sondern eher um individuelle Revolte(n), nicht um die große systemkritische Bewegung, sondern um das Zusammenbringen einzelner Menschen, die „Nein“ sagen (Camus 2006), z.B. in der Verteidigung demokratischer Prinzipien (Demokratiebildung) vor Ort.

Weder ermöglicht die Frage nach dem politischen Gehalt und insbesondere nach dem Verhältnis zu sozialen Bewegungen heute eine eindeutige Zuordnung noch erscheint sie abstrakt als sinnvoll, sondern sie macht eher eine Diskussion der jeweils konkreten Verortung in aktuellen Spannungsfeldern notwendig. Einige Beispiele⁴:

Es hat im Zusammenhang mit der großen Flüchtlingsbewegung 2015 Veränderungen in der GWA-Praxis gegeben. Die GWA hat neue Aufgaben erhalten und wurde ausgeweitet, ein neues Zusammenspiel mit der Zivilgesellschaft, mit alten und vielen neu entstandenen Flüchtlingsinitiativen hat sich entwickelt. Dabei ist zu beobachten, dass die Strategien von GWA tendenziell indirekter als früher sind. Sie tritt nicht unbedingt selbst konfrontativ auf, sondern nimmt über Bündniszusammenhänge Einfluss. Aber es gibt auch Beispiele dafür, dass Initiativen aus diesen Netzwerken direkten Druck auf Politik, z.B. auf Stadtverordnete, ausgeübt haben. Überregionale Zusammenschlüsse der GWA erarbeiteten deutliche Positionierungen quasi als politischen ‘Kompass’ für die Arbeit für Geflüchtete (Riede/Noack 2020.; DGSA et al. 2016; die LAGs veranstalten bis heute workshops zu dieser Arbeit⁵).

- Die Gesellschaft und damit die Adressat*innen sind diverser als früher. Es gibt mehr Konflikte auch unter marginalisierten Gruppen, aktuell zum Beispiel die „Zwei Klassen Gesellschaft von Geflüchteten“, d.h. die Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine und denen aus Syrien oder afrikanischen Ländern. Mehr denn je ist auch die GWA gefordert, Diversität zu berücksichtigen und in ihren Reihen abzubilden – eine Herausforderung, die in allen Feldern der Sozialen Arbeit noch wenig eingelöst ist.
- Nicht nur die Gesellschaft, auch die Akteur*innen in der GWA-Praxis haben sich verändert. Wie konfrontativ/‘aggressiv’ (wie früher gesagt wurde) die GWA in ihren Strategien ist, scheint zum einen eine Generationenfrage zu sein und zum andern eine Trägerfrage. Es gibt die eigenständigen Stadtteilvereine mit einer langen GWA-Tradition, oft noch aus den 1970ern oder 80ern, deren

4 Die folgenden Einschätzungen beruhen teilweise auf Gesprächen mit Vertreter:innen verschiedener GWA Landesarbeitsgemeinschaften im Mai 2022 und der GWA Sektion der DGSA.

5 Vgl. auch LAG Niedersachsen und Hessen; Potz u.a. 2020

Mitarbeitende in dieser Zeit politisch sozialisiert wurden. Dort scheint es weniger Angst vor offener Positionierung oder politischen Konflikten zu geben. Bei kommunalen Trägern (und noch nicht so lange im Feld Arbeitenden) läuft das häufig verdeckter und auch über Bande. Nach Selbstaussage jüngerer Kolleg*innen läuft das Politische in der Arbeit eher über das Organisieren öffentlicher (Fach-)Foren, über Stellungnahmen und Gespräche, eher kooperativ als konfrontativ, aber durchaus selbstbewusst.

- Ein Konfliktfeld, das in den vergangenen Jahren zunehmend im Kontext von GWA aufgegriffen wurde, ist das der Gewalt im Geschlechterverhältnis. Ausgehend von der GWA St. Pauli und der HAW Hamburg wurde mit „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ ein Konzept entwickelt, das mittlerweile in 28 Stadtteilen und Kommunen in Deutschland und Österreich umgesetzt wird. Auch hier zeigt sich ein Spannungsverhältnis von Anpassung als Hilfsleistung und solidarisch-transformatorischem Aktivismus (Stövesand/Wachter 2021).
- Ein zentrales und alltägliches Thema ist der Kampf gegen Rechts geworden. Dabei verlagern sich die Konflikte mehr *in* die Leute, – als Gefühle von Ohnmacht, Wut, sie werden affektiv vor Ort ausagiert, sind viel kleinteiliger und finden vermehrt auf der oben genannten interaktiven Ebene statt. So werden in der GWA täglich Auseinandersetzungen geführt mit rechtspopulistischen Haltungen, mit Aggression, mit Wut. Darin geht es gegen ‘den’ Staat, aber dieses ‘Querdenken’ ist nicht emanzipatorisch, sondern abwehrend, egoistisch, auf die eigene kleine ‘Freiheit’ beschränkt. In der praktischen Arbeit muss immer wieder ausgelotet werden, wo die Grenzen des Gesprächs sind, wer das Stadtteilzentrum nutzen darf oder wer grundlegende, menschenrechtliche Positionen verletzt. GWA ist dann eben (bewusst) nicht für alle da.
- Auch die Coronapolitik beinhaltete neue Herausforderungen, die die spannungsvolle öffentliche Anfrage an die GWA abbilden. Wünsche der Ordnungsbehörden zur Mithilfe bei der Durchsetzung der Kontakteinschränkungen kulminierten vereinzelt in der Bitte, „Streife laufen“ und dem ‘Zugeständnis’, ordnungsrechtliche Verweise aussprechen zu „dürfen“. Auch bei der Durchsetzung der Impfeempfehlungen wurde auf die GWA-Kontakte zu schwer erreichbaren Menschen gesetzt. Zugleich konnte GWA eine wichtige Rolle subjektiver Stärkungen und Aufrechterhaltung von Gemeinwesen spielen: Verbindungen zu den Menschen halten, kreativ gegen Vereinzelung angehen.

So bleibt die Einschätzung der Aktivitäten ambivalent: zwischen Instrumentalisierung und Emanzipation.

Diese beispielhaften Spannungsfelder verdeutlichen, dass Konfliktlinien nicht (mehr??) eindeutig verortbar und greifbar sind, sondern immer wieder neu und direkt herausgearbeitet werden müssen. Ein Blick in die Literatur zur GWA zeigt heute eine starke Ausdifferenzierung der Themen zwischen Empowerment, Quartiersarbeit, Partizipation, Ehrenamt und Migration. In der politischen Vergewisserung der GWA geht es folglich weniger um grundlegende kapitalismuskritische Analysen, es werden eher Fragen der konkreten Machbarkeit demokratiefördernder emanzipatorischer und vor allem partizipatorischer Vorgehensweisen durchdekliniert. 'Die' politische GWA kann sich in der gegenwärtigen bundesdeutschen Gesellschaft nicht (mehr) als Gegenpart verorten, sondern als kenntnisreicher, unterschiedliche Interessen analysierender Akteur im öffentlichen (kommunalen) Aushandeln von Bedürfnissen und politischen Prioritäten. So ist die Frage weniger, ob GWA noch konfliktorientiert ist, sondern eher, wie GWA das zur Verfügung hat, was sie braucht, um sich konfliktbereit einmischen zu können: eine kritische Gesellschaftsanalyse als Rahmen, finanzielle Absicherung, Eigenständigkeit und Konfliktkompetenz. Letzteres zu fördern in Zeiten, in denen der Anpassungsdruck hoch ist (Follower! Likes!) und man sich sehr schnell massive mediale Shitstorms einhandelt, wenn man sich öffentlich positioniert, ist eine wichtige Aufgabe – nicht zuletzt für die Hochschulen.

Ob GWA dabei das transformative Potenzial gegenüber der Instrumentalisierbarkeit aufrechterhalten kann, lässt sich nicht pauschal klären, sondern hängt mit der „Unabdingbarkeit konkreter Orte für die Möglichkeit sozialer Kämpfe“ zusammen (Maurer 2019: 1). Dabei braucht sie den Schulterchluss mit kritischer Sozialer Arbeit *und* mit feministischen, antirassistischen und ökologischen Bewegungen. So kann sie in den Anforderungen, Angeboten und Zumutungen von öffentlicher Hand, aber auch von sich lautstark artikulierenden Bevölkerungsgruppen unterschiedlichster Couleur einen Kompass für konkrete, jeweils passende Strategien im Sinne von Solidarität (mit den sich weniger leicht Artikulierenden) und Kritik finden, die auch weiterhin fruchtbar sein werden für eine Politik des Sozialen.

Literatur

- Alinsky, S. 2011: Call Me a Radical. Organizing und Empowerment – Politische Schriften. Bornheim
- Becker, M. (Hg.) 2020: Handbuch Sozialraumorientierung. Stuttgart
- Bitzan, M. 2021: Konfliktorientierte geschlechterreflektierende Perspektiven. In: May, M.; Schäfer, A. (Hg.): Theorien für die Soziale Arbeit. Baden-Baden, 183-205
- 2013: „... damit die Menschen Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse bekommen ...“ Lebensweltorientierung und Gemeinwesenarbeit. In: Stövesand, S.; Stoik, C.; Troxler,

- U. (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Opladen – Berlin – Toronto, 110-121
- Bringt, f. 2021: Umkämpfte Zivilgesellschaft – Mit menschenrechtsorientierter Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Opladen – Berlin – Toronto
- Bringt, f.; Fischlmayr, A.; Schletti, B.; Stövesand, S.; Stoik, C.; Zychlinski J. 2022, i.E.: Gemeinwesenarbeit als Demokratiewerk. Von transnationalen Erfahrungen mit Recht, Konsens und Konflikt. Opladen – Berlin – Toronto
- Buck, G. 1982: Gemeinwesenarbeit und kommunale Sozialplanung. Untersuchung zur sozialpolitischen Funktion und historischen Entwicklung eines Handlungsfeldes der Sozialarbeit. Hofgarten, Berlin
- Camus, A. 2006 [1951]: Der Mensch in der Revolte. Reinbek
- DGSA, Sektion GWA, Arbeitsgruppe GWA und Flucht 2016: Diskussionspapier Gemeinwesenarbeit und Geflüchtete – Inklusive Gemeinwesenarbeit in neuen Nachbarschaften. https://www.lag-nds.de/system/files/dateianhaenge/2016_gwa-dgsa_diskussionspapier-gemeinwesenarbeit-gefluechtete.pdf [26.5.2022]
- Dyk, S. van; Haubner, T. 2021: Community-Kapitalismus. Hamburg
- Fraser, N. 1994: Der Kampf um die Bedürfnisse. In: dies.: Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt a.M., 249-290
- 2013: Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison. In: Blätter 12/2013, S. 29-31, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2013/dezember/neoliberalismus-und-feminismus-eine-gefuehrliche-liaison> [09.06.2022]
- Gesemann, f.; Riede, M.; Freudenberg, L.; Seidel, A.; Groschke, A.; Bruno, A. 2021: Potenziale der Gemeinwesenarbeit für lokale Demokratie. Abschlussbericht. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/DESI-Schriftenreihe-Band-4_final.pdf [09.06.2022]
- Hinte, W. 2017: Von der Gemeinwesenarbeit zum sozialräumlichen Handeln. In: Kreft, D.; Müller, C. W. (Hg.): Methodenlehre in der Sozialen Arbeit. Konzepte, Methoden, Verfahren, Techniken. 2., üb. und erw. Aufl. München – Basel, 88-98.
- Lützenkirchen, H.-G. 2018: Ein guter Mensch zur rechten Zeit. Anmerkungen zu Victor Gollancz' Einfluss in Deutschland. <https://luetzenkirchen.files.wordpress.com/2018/01/gollancz-text1.pdf> [09.06.2022]
- Maurer, S. 2019: Soziale Bewegung als strukturierendes Element des Sozialraums. In: Kessl, f.; Reutlinger, C. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Grundlagen für den Bildungs- und Sozialbereich. (Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit). Wiesbaden, 2. Aufl., 359-380
- Oehler, P.; Drilling, M. 2016: Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklung. Eine theoriegeschichtliche Spurensuche. In: dies. (Hg.): Soziale Arbeit und Stadtentwicklung. Forschungsperspektiven, Handlungsfelder, Herausforderungen. 2. Aufl. Wiesbaden, 13-43
- Oelschlägel, D. 2017: Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit. Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Heft 4/2017. Vhw. Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung. 171-175.

- Potz, P.; Güntner, S.; Rosenow, Roland; Zimmer-Hegmann, R.; Matzke, f. 2020: Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt. Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit. Endbericht. Im Auftrag des BBSR im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin
- Riede, M.; Noack, M. (Hg.) 2020: Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Mitarbeiten. skript Nr. 11, Verlag Stiftung Mitarbeit Bonn 2020, https://www.mitarbeit.de/publikationen/shop/gemeinwesenarbeit_und_migration/ [26.05.2022]
- Roth, R. 2021: Spannungsreiche Beziehungen: Soziale Bewegungen und Soziale Arbeit. In: Widersprüche (161), 11-23
- Schäfer, R. 2021: „Sozialräumliche Ausgrenzung wird in Gießen aufgearbeitet.“ Nachrichten der Stadt Gießen v. 8.3.2021, https://www.mittelhessen.de/lokales/stadt-giessen/nachrichten-giessen/sozialraumliche-ausgrenzung-wird-in-giessen-aufgearbeitet_23285101 [09.06.2022]
- Schreier, M. 2011: Gemeinwesenarbeit (re-)politisiert!? In: sozialraum.de Ausgabe 1/2011. URL: <https://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-re-politisiert.php> [25.05.2022]
- Stövesand, S. 2022: Von den Kämpfen um die „Esso-Häuser“ – Organisieren, Erfinden und die Stadt verändern! In: Krenkler, C.P (Hg.). „2,6km2“ – Buy Buy St. Pauli. Hamburg (i.E.)
- 2019: Gemeinwesenarbeit [online]. socialnet Lexikon. Bonn: socialnet, 28.01.2019. <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit> [29.01.2019]
- Stövesand, S.; Stoik, C. 2013: Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung, in: Stövesand, S.; Stoik, C.; Troxler, U. (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Reihe Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit, Bd. 4, Opladen – Berlin – Toronto, 14-36
- Stövesand, S.; Wachter, H. 2021: Beim Organizing gestartet, beim Helfen gelandet? „STOP“ – Gemeinwesenarbeit im Spannungsfeld von Privatisierung und Politisierung. In: Widersprüche 161, 41-56
- Stoik, C. 2011: Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung – Ein „entweder – oder“ oder ein „sowohl – als auch“?. <http://www.sozialraum.de/gemeinwesenarbeit-und-sozialraumorientierung.php> [13.06.2022]
- 2018: Auf der Spurensuche nach einer emanzipatorischen Gemeinwesenarbeit in Wien. Ein Thesenpapier. Soziales Kapital 19/2018. <https://soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/download/571/1030.pdf/0> [18.05.2022]
- Victor-Gollancz-Stiftung, Arbeitsgruppe GWA (Hg.) 1974: Reader zur Theorie und Strategie von Gemeinwesenarbeit. Frankfurt a.M.
- Wagner, L. 2009: Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen, Wiesbaden

Maria Bitzan

E-Mail: maria.bitzan@hs-esslingen.de

Sabine Stövesand

E-Mail: sabine.stoesand@haw-hamburg.de

PROKLA. Seit 1971

ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT



Einzelheft:

ca. 176-204 Seiten
€ 15,- [D] / € 15,40 [A]
ISSN 0342-8176

SCHWERPUNKTTHEMEN

- Nr. 203: Die USA vor, mit und nach Trump (2/2021)
- Nr. 206: Corona und die Folgen (1/2022)
- Nr. 204: Vergessenes Land? (3/2021)
- Nr. 207: Gesellschaftskritik und sozialistische Strategie (2/2022)
- Nr. 205: Gesundheit mit System (4/2021)
- Nr. 208: StaatsKapitalismus (3/2022)

Probeheft anfordern!

PROKLA | redaktion@prokla.de | www.prokla.de

Bertz + Fischer | prokla@bertz-fischer.de | www.bertz-fischer.de/prokla

BERTZ + FISCHER





Martina Benz

Zwischen Migration und Arbeit

Die Organisation Prekärer in US-amerikanischen Worker Centers und die (Wieder-)Entdeckung verdeckter Machtrepertoires¹

Worker Centers sind Organisationen prekärer ArbeiterInnen im Niedriglohnsektor und in der informellen Ökonomie. Sie entstanden in den USA seit den späten 1970er Jahren, parallel zur Krise der traditionellen gewerkschaftlichen Organisation, häufig aus der Selbstorganisation von Migrant*innen. In ihren Organisationen stützen sie sich neben der Betriebsebene auf informelle Netzwerke in den Communities als Ansatzpunkt der Mobilisierung und Machtressource. Damit erweitern Worker Centers gewerkschaftliche Machtrepertoires und operieren in einem widersprüchlichen Feld zwischen der Ermächtigung prekär Beschäftigter und der Reproduktion von Machtverhältnissen in NGO-Politiken.

Ausgehend von den städtischen Einwanderungsmetropolen New York, Chicago und Los Angeles entstanden in den USA seit den 1970er Jahren bis heute rund 200 Worker Centers in nahezu allen Teilen des Landes (vgl. Fine 2011). Diese Worker Centers zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Organisation am Arbeitsplatz mit einer Organisation in informellen Netzwerken und Communities verbinden. Dadurch ermöglichen sie es Migrant*Innen und anderen Prekären trotz ihrer gesellschaftlichen Marginalität, Arbeitsrechte einzuklagen und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen.

Die Erfahrungen der Worker Centers bieten Impulse für die Debatte um eine Erneuerung gewerkschaftlicher Strategien (Moody 2007; Tait 2005): Dies gilt insbesondere für die Organisation von Migrant*innen und prekär Beschäftigten und demonstriert, dass diese Arbeiter*innen wichtigen Akteur*innen in der (Wieder-)Entdeckung gewerkschaftlicher Machtrepertoires sind (Gordon 2007; Ontiveros

1 Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen meiner Dissertation über Worker Centers in den USA (Benz 2014).

2008). Gleichzeitig sind Worker Centers Community-Organisationen, die beispielhaft für neue Formen von Gemeinwesenarbeit stehen. Als solche ermächtigen sie marginalisierte Akteur*innen und loten ihnen innerhalb widersprüchlicher Strukturen Möglichkeiten von Handlungsfähigkeit aus.

Die Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit von Worker Centers ist erklärungswürdig, da nicht nur die in ihnen organisierten Akteur*innen marginalisiert sind, sondern auch die Ausstattung der Worker Centers selbst prekär ist. Dies gilt v.a. im Vergleich zu den Gewerkschaften in den USA, die Organizing als Mittel zur Revitalisierung einsetzen, jedoch mit einer ungleich größeren Ressourcenausstattung. In den industriellen Beziehungen werden Worker Centers kaum untersucht. Teilweise werden sie als Konkurrenz zu Gewerkschaften wahrgenommen, teilweise als vielversprechende Bündnispartner in sogenannten Community-Labor-Koalitionen.²

Darüber hinaus stellt sich aber auch die Frage des Charakters der Worker Centers selbst als hybride Organisationen zwischen sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisation und Gewerkschaft. Worker Centers entstanden im Umbruch traditioneller Interessenvertretung und agieren in einem widersprüchlichen Feld zwischen Selbstorganisation und Empowerment Prekarisierter und der Gefahr eine Reproduktion von Machtverhältnissen durch Stellvertreterpolitiken. Dies wird im Folgenden anhand von zwei Fallbeispielen untersucht und dargestellt: Dem Restaurant Opportunity Center und Make the Road New York³.

Beispiel 1: Das *Restaurant Opportunities Center New York*

Das *Restaurant Opportunities Center New York* (ROC-NY) entstand aus der Selbsthilfe ehemaliger Angestellter des *Windows of the World*, einem Restaurant im 107. Stock des World Trade Center. Infolge der Anschläge 11. September 2001 kamen dort 73 von 300 Angestellten ums Leben. Die Überlebenden und Familien der Opfer verloren nicht nur ihr Einkommen, sondern gerieten in vielen

2 In den deutschen ebenso wie US-amerikanischen industriellen Beziehungen wird seit Jahren diskutiert, wie Gewerkschaften angesichts ihres schwindenden gesellschaftlichen Einflusses wieder Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit zurückgewinnen könnten (für die Diskussion in Deutschland siehe z.B. Brinkmann et al. 2008). Worker Centers entstanden im Windschatten der Krise in den Gewerkschaften, teilweise aus gescheiterten gewerkschaftlichen Kampagnen, aus der Selbstorganisation von Migrant:innen und anderen prekären Beschäftigten, die von den Gewerkschaften nicht vertreten wurden.

3 Beide Fallbeispiele basieren auf eigenen Interviews, die zwischen 2008-2010 geführt wurden (Benz 2014).

Fällen als Migrant*innen aus islamischen Ländern ins Visier der Anti-Terrorismus-Fahndung (Sen 2009: 45; Jayaraman 2006: 225f.).

Unterstützung fanden sie bei ihrer Gewerkschaft *Hotel Employees and Restaurant Employees International Union* (HERE). Aus der akuten Nothilfe entwickelte sich bald der Wunsch und die Notwendigkeit, eine neue wirtschaftliche Perspektive zu entwickeln. Angesichts der Arbeitsbedingungen in der Gastronomie gründeten die ehemaligen Angestellten des *Windows of the World* das ROC-NY als Organisation, die es sich zum Ziel setzte, die Gastronomiebranche grundlegend zu transformieren (Jayaraman 2005; Mamdouh/Sen 2008).

Arbeitsbedingungen und Segmentierung in der Gastronomie

Noch Mitte des 20. Jahrhunderts gehörten mehr als 50.000 Restaurantarbeiter*innen der Gewerkschaft HERE an und viele der Restaurants in Manhattan waren gewerkschaftlich organisiert. Mit der Umstrukturierung des Sektors seit den 1980er Jahren schrumpfte auch die Zahl der Betriebsgewerkschaften (vgl. Cobble 1991). Im Jahr 2010 waren gerade einmal ein Prozent oder 1500 New Yorker Restaurantarbeiter*innen Gewerkschaftsmitglieder.

Seit den 1980er Jahren haben in der Gastronomie massive Umstrukturierungen stattgefunden. Parallel zum Niedergang der zuvor zahlreichen Betriebsgewerkschaften verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen in der Gastronomie (vgl. ebd.; Sen/Mamdouh 2008).

Zeitgleich änderte sich die Zusammensetzung der Belegschaften: "[T]he industry has become more Asian, Latino, African, Afro-Caribbean, and that's occurred coincidentally, or not so coincidentally, during the same time the wages have deteriorated, working conditions have deteriorated, and the union is almost nonexistent in the sector" (Jayaraman 2006: 227). Die Arbeitsverhältnisse in der Gastronomie sind nach Hautfarbe und Geschlecht segmentiert und hierarchisiert (Bernhardt et al. 2009). Migrant*innen arbeiten überwiegend als Hilfsarbeiter*innen und in Bereichen, die in der Branche als *Back of the House* bezeichnet werden: in der Küche und in Lagerräumen. *Front of the House*, im direkten Kundenkontakt und im Management, sind dagegen meist in den USA geborene, 'weiße' Mitarbeiter*innen beschäftigt (ROC-NY 2005).

Entsprechend variieren die Löhne: laut einer 2005 vom ROC-NY durchgeführten Befragung verdienten 13 Prozent der Restaurantarbeiter*innen 5,15 US-Dollars und weniger pro Stunde, während 20 Prozent dagegen 13,47 US-Dollars oder mehr erhielten (ebd.: 11). Die Arbeitszeiten sind häufig unregelmäßig und von den Arbeiter*innen wird ein hohes Maß an Flexibilität erwartet. Urlaub

oder Krankentage sind unbekannt und viele Beschäftigte gehen trotz Krankheit zur Arbeit, aus Furcht, ihren Job zu verlieren (ebd.: 12-14). Gleichzeitig sind Jobwechsel auch seitens der Beschäftigten eine Möglichkeit, sich gegen die Risiken ihre prekären Arbeitsbedingungen zu wehren.

Klassische gewerkschaftliche Organisationen sind in einem solchen Umfeld sehr schwierig. Gewerkschaften müssen in Anerkennungswahlen auf betrieblicher Ebene von mindestens 50% der Beschäftigten gewählt werden. Das aufwändige Verfahren lässt dabei Arbeitgeber*innen zahlreiche Optionen, diese Wahlen zu beeinflussen. In diesen Rahmenbedingungen sind die Gastronomiebeschäftigten gegenüber ihren Arbeitgeber*innen strukturell in einer schwachen Verhandlungsposition. Wie ist es möglich, dennoch Handlungsfähigkeit zu entwickeln?

Um mit den Beschäftigten in Kontakt zu treten, bietet das ROC Weiterbildungen und Beratung an. Viele Beschäftigte in der Gastronomie wünschen sich, sich beruflich weiterzukommen; reguläre Weiterbildungsangebote sind aber meist sehr teuer. In den Bildungsangeboten des Centers werden neben Fachwissen auch Kenntnisse über die industriellen Beziehungen in der Branche vermittelt und die Beschäftigten über ihre Rechte am Arbeitsplatz aufgeklärt. Ein weiterer Zugang ist das Angebot von Rechtsberatung und konkreter Unterstützung im Konfliktfall.

Das Worker Center schafft damit eine Infrastruktur, im Rahmen derer Betroffene sich gemeinsam organisieren können. Strategisch zentral ist für das ROC dabei, der betrieblichen Segmentierung entgegenzuwirken, indem über betriebsinterne Hierarchien hinweg unterschiedliche Gruppen von Arbeiter*innen organisiert werden und mit strategischen Kampagnen über die jeweils akuten Arbeitsrechtsverletzungen hinaus strukturelle Verbesserung erzielt werden sollen.

In ihren Kampagnen gelingt es dem ROC-NY mit einer Kombination aus rechtlichen Schritten, betrieblicher Organisation und öffentlichem Protest, Verhandlungen mit den Arbeitgeber*innen durchzusetzen.

Dies lässt sich am Beispiel der Kampagne gegen die Fireman-Gruppe darstellen (Benz 2014: 89 ff.): Ausgegangen war die Auseinandersetzung von einer Studentin, die in einem der Restaurants jobbte. Sie beschwerte sich über die Praxis, Trinkgelder der Kellner*innen einzubehalten und wendete sich damit an ROC-NY. Gemeinsam mit dem Worker Center beriet sie neben den rechtlichen Möglichkeiten das weitere Vorgehen: Zunächst thematisierte sie das Problem mit anderen Kellner*innen, später sprachen sie auch mit anderen Beschäftigte aus Küche. Dabei traten weitere Themen zu Tage, insbesondere die betriebsinterne Hierarchie und die damit verbundene Diskriminierung. Gemeinsam forderten die Beschäftigten den vollen Anspruch auf ihre Trinkgelder, höhere Löhne und effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen und unterstrichen diese Forderungen mit

Protestmaßnahmen, wie Public Shaming-Aktionen, in denen die Öffentlichkeit und Restaurantbesucher*innen über die unmoralischen und illegalen Geschäftspraktiken aufgeklärt wurden. Parallel reichte das ROC-NY eine Klage gegen die Restaurantbetreiber*innen gegen die Unterschlagung der Trinkgelder ein. Mit dieser doppelten Strategie übten die Beschäftigten und das ROC so lange Druck auf die Arbeitgeber aus, bis diese schließlich Verhandlungen zustimmten, an deren Ende neben erheblichen Lohnrückzahlungen, Maßnahmen gegen rassistische Diskriminierung und sexuelle Belästigung erzielt wurden (Greenhouse 2008).

Damit gelingt es dem Worker Center, die Rolle einer Gewerkschaft einzunehmen, indem es sich nicht an die rechtlichen Vorgaben hielt, die für eine Beschäftigtenvertretung gelten würden: Anstatt Gewerkschaftswahlen anzustreben, organisierte das Worker Center die Kampagne mit denjenigen Beschäftigten, die dazu bereit waren – selbst wenn dies zunächst eine Minderheit war. Als Non Profit-Organisation kann das Worker Center Beschäftigte außerdem unmittelbar vertreten, anders als dies für die US-Gewerkschaften innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen möglich ist.

Dieses Vorgehen ist jedoch nicht frei von Risiken: Nonprofit-Organisationen laufen häufig Gefahr, Machtgefälle zwischen Expert*innen und Betroffenen zu reproduzieren. Obgleich das Empowerment der Restaurantbeschäftigten ein wichtiges Ziel des ROC-NY ist, lässt sich kritisch fragen, inwiefern diese in den Kampagnen des ROC letzten Endes einen Machtzuwachs erfahren oder nicht vielmehr sich die Abhängigkeit von geschickt agierenden Anwält*innen oder der Zugang zu Medien ausschlaggebendes Element der Kampagne war und sich damit Ohnmachts- und Abhängigkeitserfahrungen reproduzieren. Dies kritisiert beispielsweise Steve Jenkins, wenn er einwendet: „Whenever a legal strategy is a component of a campaign, the priorities of the legal process will dominate that portion of the campaign” (Jenkins 2002: 87). Man müsse deshalb fragen, wie diese juristischen Machtmittel die soziale Macht der Beschäftigten und Worker Center-Mitglieder tatsächlich stärke und diese nicht zu Objekten einer von Expert*innen dominierten Kampagne herabgestuft würden.

Andererseits müssen Worker Centers eine Antwort auf die Frage entwickeln, wie besonders verletzte Beschäftigte vor wirtschaftlichen und sozialen Risiken geschützt werden können. Die Tatsache, dass sie möglicherweise nicht selbst an vorderster Front kämpfen müssen, sondern durch solidarische Alliierte vertreten werden, kann eine Antwort auf diese Frage sein.

Der Kritik von Jenkins steht dann auch der Charakter der Worker Centers als Selbstorganisationen entgegen, die sich auf das Engagement der Einzelnen innerhalb einer Community stützen. Worker Centers knüpfen an bereits

existierende Solidaritätsnetzwerke an und erweitern damit ihre Kapazität, Bündnispartner*innen und Unterstützer*innen zu werben.

Gegenüber den US-Gewerkschaften haben Worker Centers drei zentrale Vorteile: Worker Centers sind, erstens, nicht an die Betriebsebene gebunden, sondern können ihre Organisation auf der Ebene der *Community* verankern. Diese *Community* kann dabei ein bereits bestehender externer Solidarzusammenhang sein oder erst durch die Organisation im Worker Center entstehen.

Das ist vor allem deshalb wichtig, da viele Beschäftigte im Niedriglohnsektor häufig ihren Job wechseln. Außerdem ist eine Organisation, die auf mehreren Ebenen verankert ist, weniger angreifbar. Verlieren Beschäftigte ihren Job, können sie trotzdem Mitglied im Worker Center bleiben, das ihnen möglicherweise sogar hilft, eine neue Arbeitsstelle zu finden.

Zweitens können Worker Centers ihre Mitglieder durch Beratungs- und Bildungsangebote unmittelbar unterstützen. Kampagnen können dann zunächst ausgehend von einer kleinen Gruppe von Arbeiter*innen schrittweise entwickelt werden. Beschäftigte unterschiedlicher Betriebe unterstützen sich dabei. Wenn Kampagnen scheitern, bieten Worker Centers ihren Mitgliedern trotzdem eine Infrastruktur, die sie weiter nutzen können.

Drittens schließen Worker Centers an bestehende Selbstorganisationen und Konflikte an, während die meisten Gewerkschaften es ablehnen, sogenannte *Hot Shops*, d.h. Betriebe mit akuten Konflikten zu organisieren, da dies als riskant und schwer kontrollierbar erachtet wird. Worker Centers suchen Wege, Beschäftigte in solchen akuten Konflikten zu unterstützen und gleichzeitig strategische Kampagnen zu führen (Fine 2007).

Von diesen strategischen Vorteilen der Worker Centers können Gewerkschaften profitieren. In der Allianz zwischen Gewerkschaften und Worker Centers können sich die jeweiligen Vorzüge beider Organisationsformen zum Nutzen der Beschäftigten ergänzen. Dies zeigt die Zusammenarbeit zwischen der New Yorker Community-Organisation *Make the Road* (MRNY)⁴ und der Gewerkschaft *Retail, Wholesale, Department Store Union* (RWDSU).

⁴ *Make the Road New York* (MRNY) entstand 2007 aus einer Fusion von *Make the Road by Walking* einer Organisation, die 1997 im New Yorker Stadtteil Brooklyn gegründet wurde (Friedman in Kasmir 1998), und dem *Latin American Integration Center*, einer seit 1991 bestehenden migrantischen Community-Organisation im Stadtteil Queens. *Make the Road* beschäftigt sich mit einer Vielzahl politischer und sozialer Themen: Neben der Organisation von Arbeiter:innen im *Workplace Justice*

Beispiel 2: Die Zusammenarbeit zwischen *Make the Road* und der Gewerkschaft RWDSU. Die Kampagne *¡Dispierta Bushwick!*

Im Jahr 2005 initiierte MRNY gemeinsam mit der RWDSU die Kampagne *¡Dispierta Bushwick!*⁵. Grundlage der Kampagne war eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Bushwick, einem besonders armen Stadtteil Brooklyns, in dem überwiegend Immigrant*innen aus Mexiko, der Dominikanischen Republik, Ecuador und Puerto Rico leben. Die geographisch basierte Studie enthüllte die Missstände im Stadtteil. Vor allem die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel, einem der wichtigsten Arbeitgeber im Stadtteil, wurden in der Untersuchung offengelegt und angeprangert (vgl. MRNY/RWDSU 2005).

Der Großteil der 175 Einzelhandelsgeschäfte auf der Knickerbocker Avenue, der Einkaufsstraße des Stadtviertels, sind Filialen von Handelsketten. Die Angestellten berichteten von Stundenlöhnen unter dem Mindestlohnsatz und katastrophalen Arbeitsbedingungen: In so gut wie keinem Fall waren die Arbeiter*innen krankenversichert, wurden Überstunden als solche bezahlt oder Urlaub gewährt. Wer krank wurde, riskierte den Job, schwangere Frauen wurden einfach entlassen und manche Arbeiter*innen ganz um ihren Lohn betrogen (vgl. ebd.; Kasimir 2008).

Mit der Kampagne *¡Dispierta Bushwick!* gelang es der Gewerkschaft RWDSU und dem *Workplace Justice Project* von *Make the Road*, nicht nur die Arbeitsbedingungen in einigen Geschäften auf der Knickerbocker Avenue zu verbessern, sondern auch die dort Beschäftigten gewerkschaftlich zu organisieren. Wie sind die Aktivist*innen dabei vorgegangen?

Um die Unterstützung im Stadtteil zu mobilisieren, gingen MRNY-Organizer*innen von Haus zu Haus und informierten die Anwohner*innen über die Kampagne. Gemeinsames Thema der Anwohner*innen war es, gegen unfaire Arbeitgeber*innen vorzugehen, um gute Erwerbsmöglichkeiten im Stadtteil zu erhalten. Erste gemeinsame Aktion war eine gemeinsame Unterschriftenliste gegen einen lokalen Supermarkt, der durch zahlreiche Arbeitsrechtsverstöße aufgefallen war. Mehr als 6.000 Anwohner*innen unterstützen den Boykott. Die Eigentümer wollten als Reaktion darauf den Supermarkt schließen. Dies verhinderten

Project existieren innerhalb von MRNY auch Projekte zu den Themen Wohnungs-, Bildungs- und Gesundheitspolitik. MRNY organisiert außerdem Jugendliche und junge GLBTs (Gay, Lesbian, Bisexual, Transgender). MRNY hatte im Jahr 2009 etwa 4.000 Mitglieder, die in fünf Komitees organisiert waren. Etwa 40-50 Personen nehmen an den wöchentlichen Komitee-Versammlungen teil.

5 Spanisch für „Wach auf, Bushwick!“

MRNY und RWDSU durch eine Anzeige gegen den Supermarktbetreiber beim *Labor Bureau* der New Yorker Staatsanwaltschaft und erhielten Recht: Das Unternehmen war gezwungen, wiederzueröffnen, die ehemaligen Mitarbeiter*inneniedereinzustellen und musste 70.000 US-Dollars ausstehende Löhne erstatten (Thompson 2006).

Auf diesem ersten Erfolg aufbauend, entwarfen RWDSU und MRNY in einem zweiten Schritt ein *Good Business Community Agreement*, das sie lokalen Unternehmen vorlegten. Bestandteil dieser Vereinbarung war das Tolerieren gewerkschaftlicher Organisationen in den Betrieben im Stadtteil. Im Fall, dass Betriebe diese Vereinbarung nicht unterzeichneten, drohten Gewerkschaft und Worker Center mit weiteren Boykotts und Protesten.

Eingeschüchtert durch die vorherigen Kampagnenerfolge unterzeichnete das Management der Schuhgeschäfts-kette *Footco* das Abkommen mit *Make the Road/RWDSU* und erklärte sich damit bereit, Mindestlöhne zu zahlen, allen Beschäftigten eine Krankenversicherung zu bezahlen und eine gewerkschaftliche Organisation zu tolerieren. Darüber hinaus erstattete das Unternehmen 410.000 US-Dollar an ausstehenden Löhnen. Einige Monate später gewann die Gewerkschaft RWDSU die betriebliche Anerkennungswahl bei *Footco* und vertritt seitdem die beinahe 100 Beschäftigten aller zehn New Yorker Filialen der Kette, wodurch alle Beschäftigten neben dem gesetzlichen Mindestlohn, bezahlte Urlaubs- und Krankentage, geregelte Pausen und eine Krankenversicherung erhielten (Friedman/Axt 2010: 594).

Am Beispiel der Kampagne *¡Dispierta Bushwick!* wird ersichtlich, wie sich die Organisation in Worker Centers, die Mobilisierung von Solidarität im Stadtteil und eine gewerkschaftliche Organisation, erfolgreich ergänzen können (Greenhouse 2006). Die *Footco*-Kampagne demonstriert, wie die Mobilisierungsfähigkeit einer in der Nachbarschaft verankerten Community-Organisation als Druckmittel gegenüber Arbeitgeber*innen wirkt: Schon allein die Androhung von Protest führte zur Unterzeichnung des Abkommens. Dieses beinhaltete nicht allein verbesserte Standards, sondern auch die Zustimmung zu einer gewerkschaftlichen Organisation des Betriebes. Durch den Protest im Stadtteil gelang es, einer gewerkschaftlichen Organisation den Weg zu ebnen.

Im Anschluss an Wrights und Silvers Unterscheidung verschiedener Quellen von „Arbeitermacht“ (Wright 2000: 962, Silver 2005: 30 ff.) kann man diese Community-basierte Gewerkschaftsstrategie auch als Erweiterung gewerkschaftlicher „Organisationsmacht“ interpretieren. Diese erwächst laut Silver aus der Kollektivität der organisierten Beschäftigten und ihrer Allianzen und bietet eine Alternative zur „strukturellen Macht“, die aus der „Stellung [der Beschäftigten]

im ökonomischen System“ herrührt. Vor allem für Arbeitskämpfe und Organisations im Niedriglohnsektor, die oft kaum auf strukturelle Machtpotentiale⁶ zurückgreifen können, ist das Potential der Organisationsmacht entscheidend. Dies zeigt außerdem, dass ein Mangel an struktureller Macht keineswegs mit einem generellen Machtdefizit gleichgesetzt werden kann (Silver 2005: 145; Chun: 183 ff.).

Während bspw. Janice Fine argumentiert, dass Worker Centers aufgrund ihres Mangels an „economic power“ – gemeint sind sowohl strukturelle Macht als auch finanzielle Ressourcen – der Unterstützung mächtigerer Individuen und/oder Institutionen bedürften (Fine 2005: 156), zeigen die Aktivitäten der Worker Centers, dass Protestformen wie Boykotts oder das Veröffentlichen unlauterer Geschäftspraktiken in Kombination mit Gerichtsverfahren effektiv Druck auf Arbeitgeber*innen ausüben können.

Dabei greifen sie auf strategische Repertoires zurück, die seit den 1930er Jahren für Gewerkschaften eingeschränkt oder verboten wurden. Aktionsformen wie politische Streiks und Boykotte wurden durch den Taft Hartley and Landrum Griffin Act illegalisiert. „Unions bound by no-strike clauses were now responsible for containing work stoppages during the life of contracts, and with strikes thus restricted, employers could more easily build up inventories to weather stoppage without losses“ (Piven/Cloward 2000: 419 f.). Dadurch büßten Arbeiter*innen wichtige Machtpotentiale ein und orientierten sich weniger als zuvor in Richtung potentieller Alliierten (ebd.).

In der Wiederentdeckung einer breiten Palette möglicher Protestformen unterschiedlicher Machtrepertoires liegt die Stärke der Worker Centers und anderer Community-basierter Ansätze. Entgegen der Einengung auf den Betrieb bedeutet dies eine Ausweitung der Auseinandersetzungen um Arbeitsverhältnisse in den Bereich der Gesellschaftspolitik (ebd.; Silver 2005: 32).

Fazit

Worker Centers ermöglichen im Niedriglohnsektor und in der informellen Ökonomie beschäftigten Migrant*innen, sich jenseits der etablierten Gewerkschaften kollektiv zu organisieren, ihre Arbeitsrechte zu verteidigen und auszuweiten.

6 Wright unterscheidet weiter zwischen Markt- und Produktionsmacht: Marktmacht rührt aus einem knappen Angebot an Arbeitskräften her, Produktionsmacht erwächst auf Grundlage einer strategischen Stellung innerhalb der Produktion (Silver 2005: 31).

Dass sie sich dabei nicht an das strenge Regulariensystem der US-amerikanischen industriellen Beziehungen halten müssen, erweist sich als strategischer Vorteil.

Indem sie nicht an den Gewinn von Anerkennungswahlen und die betriebliche Ebene gebunden sind, können Worker Centers ihre Organisation breiter in den Netzwerken und Communities der Beschäftigten verankern. Angesichts der Machtverhältnisse im Niedriglohnsektor ist diese Mobilisierung von Organisationsmacht aber auch notwendig, um es zu ermöglichen, Druck auf Arbeitgeber*innen auszuüben.

Die Ausweitung der Arbeitskonflikte auf die Ebene der Community erweitert auch die Themen der Organisationen in Worker Centers: Arbeitsverhältnisse werden nicht losgelöst, sondern im Zusammenhang ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen thematisiert.

Die Benennung gesellschaftlicher Konflikte ermöglicht Solidarität und mobilisiert verdeckte Machtressourcen. So zeigt sich, dass Prekäre und marginalisierte Beschäftigte keinesfalls pauschal machtlos sind, sondern, wie meine Fallbeispiele zeigen, im Gegenteil in ihrer Organisation das Potential liegt, gesellschaftspolitische Fragen neu auf die Agenda zu setzen (vgl. Chun 2008).

Aus Sicht der Gewerkschaften eröffnen Worker Centers und andere Organisationen von Prekären so die Möglichkeit, nicht nur neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch ihren gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch neu zu begründen.

Im Vergleich zu Gewerkschaften liegen die Grenzen der Worker Centers vor allem in ihrer finanziellen Abhängigkeit von externen Geldgeber*innen, denn aufgrund ihrer geringen Mitgliedsstärke und der wirtschaftlich prekären Lage ihrer Mitglieder können sich Worker Centers nicht vorrangig über Mitgliedsbeiträge finanzieren. Meist erhalten sie Unterstützung durch private Stiftungen, Spenden oder aus staatlichen Fördergeldern. Die Abhängigkeit von diesen Mitteln führt dazu, dass sie kaum in der Lage sind, die Probleme im Niedriglohnsektor alleine zu lösen.

Kooperieren Gewerkschaften und Worker Centers, können dagegen beide Seiten von der Zusammenarbeit profitieren: Gewerkschaften, indem sie Beschäftigte erreichen und organisieren, zu denen sie ansonsten kaum Zugang haben, und Worker Centers, indem sie einen institutionell und finanziell starken Partner gewinnen und ihre Organisationserfolge durch gewerkschaftliche Tarifverträge absichern können. Anders ausgedrückt, können Gewerkschaften durch eine Zusammenarbeit mit Worker Centers ihre Organisationsmacht erweitern, während Worker Centers von der „institutionellen Macht“ (Brinkmann et al. 2008:25) der Gewerkschaft profitieren können.

Literatur

- Benz, M. 2014: *Zwischen Arbeit und Migration. Worker Centers und die Organisierung prekär und informell Beschäftigter in den USA*. Münster
- Bernhardt, A.; Milkman, R.; Theodore, N. et al. 2009: *Broken Laws, Unprotected Workers. Violations of Employment and Labor Laws in America's Cities*. New York 2009. In: www.nelp3.cdn.net/1797b93dd1ccf9e7ed_sdm6bc50n.pdf (6.5.2011)
- Chun, J. 2009: *Organizing the Margins. The Symbolic Politics of Labor in South Korea and the United States*. Ithaca, London
- Cobble, D. S. 1991: *Dishing it Out. Waitresses and Their Unions in the Twentieth Century*. Urbana, Chicago
- Fine, J. 2011: *New Forms to Settle Old Scores. Updating the Worker Center Story in the United States*. In: *Relations Industrielles/Industrial Relations*, Vol. 66, Nr. 4, 2011
- Fine, J. 2007: *Why Labor Needs a Plan B. Alternatives to Conventional Trade Unionism*. In: *New Labor Forum*, Vol. 16/2007, Nr.2, S. 35–44
- 2006: *Worker Centers. Organizing Communities on the Edge of a Dream*. Ithaca
- 2005: *Community Unions and the Revival of the American Labor Movement*. In: *Politics & Society*, Vol. 33, Nr. 1, S. 153-199
- Friedman, A.; Axt, D. 2010: *In Defense of Dignity*. In: *Harvard Civil Rights – Civil Liberties Law Review*. <https://harvardcrcl.org/wp-content/uploads/sites/10/2009/06/577-6001.pdf> (14.6.2022).
- Greenhouse, S. 2008: *Judge Approves deal to settle over Wage Violations*. In: *New York Times*, 19.6. 2008
- 2006: *In Modern Rarity, Workers Form Union at Small Chain*. In: *New York Times*, 2.5.2006
- Gordon, J. 2007: *Suburban Sweatshops. The Fight for Immigrant Rights*. Cambridge 2005.
- Jayaraman, S. 2006: *Making Movement. Communities of Color and New Models of Organizing Labor*. In: *Berkeley Journal of Employment and Labor Law*, Vol.27/2006, Nr.1, S.223–233
- 2005: *‘ROC’ing the Industry. Organizing Restaurant Workers in New York*. In: Dies., Immanuel Ness (Hg.), *The New Urban Immigrant Workforce. Innovative Models for Labor Organizing*. Armonk, London 2005, S. 143-151
- Kasimir, S. 2008: *New Community Organizing of low-wage workers. A Conversation with Andrew Friedman of Make the Road New York*. In: *Regional Labor Review*
- Piven, F. F.; Cloward, R. 2000: *Power Repertoires and Globalization*. In: *Politics & Society*, Vol. 28, Nr. 3, S. 414–430
- ROC-NY 2005: *Behind the Kitchen Door. Pervasive Inequality in New York City's Thriving Restaurant Industry*. New York www.urbanjustice.org/pdf/publications/BKDFinalReport.pdf (15.3.2011)
- Sen, R. 2009: *Front of the House, Back of the House. What a campaign to organize New York Restaurant Workers tells about immigrant integration*. In: *National Civic Review*, Vol. 98/2009, Nr. 1, 43-51

- Sen, R.; Mamdouh, f. 2008, The Accidental American. Immigration and Citizenship in the Age of Globalization. San Francisco
- Silver, B. 2003: Forces of Labor. Arbeiterbewegung und Globalisierung seit 1870. Berlin, Göttingen
- Thompson, E. 2006: Immigrants Rising in Brooklyn. In: The Independent, 10.5.2006, www.maketheroad.org/article.php?ID=91 (19.4.2011)
- Wright, E. O. 2000: Working-Class Power, Capitalist-Class Interests, and Class Compromise, in: American Journal of Sociology, Vol. 105, Nr.4./2000, 957–1002.

Martina Benz

E-Mail: mlbenz@gmx.net

VSA: 50 Jahre Analysen & Alternativen

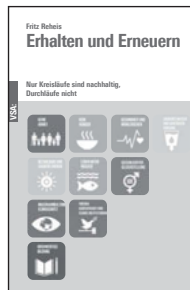
mehr aus unseren Jubiläumsprogrammen unter www.vsa-verlag.de



Felix Jaitner
Russlands Kapitalismus
Die Zukunft des »System Putin«
208 Seiten | EUR 16.80
ISBN 978-3-96488-162-5



Christine Morgenstern
Gleichstellung
Impulse aus der Frauenbewegung und 25 Jahren Frauenpolitik
256 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-96488-161-8



Fritz Reheis
Erhalten und Erneuern
Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht
144 Seiten | EUR 12.80
ISBN 978-3-96488-163-



Andreas Engelmann und andere (Hrsg.)
Streit ums Recht
Rechtspolitische Kämpfe in 50 Jahren VDJ
256 Seiten | EUR 19.80
ISBN 978-3-96488-145-8

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

HEFT 2 / 2022 — 62. JAHRGANG — SWS-RUNDSCHAU.AT

Jugend im Kontext gesellschaftlicher Dynamiken

DANIEL / DEUTSCHMANN
Fridays for Future:
Veränderungen fordern –
nachhaltiger leben?

ATZMÜLLER / ZARTLER
Jugendliche kontern
Online-Hass

FRIEDERSDORF / LUGER / WEIKOPF
Jugendpolitik in Dornbirn

GAMBLER / WETZELHÖTTER
Demokratie-Lernen und
Partizipation als Grad-
messer für Demokratie-
bildung

FRANDNER
Zukunftserwartungen
junger Österreicher*innen

- * Publiziert werden thematisch offene Hefte und Schwerpunktausgaben
- * Interdisziplinäre Forschungsbeiträge aus dem deutschsprachigen Raum
- * Sprachliche Allgemeinverständlichkeit der Beiträge
- * Buchbesprechungen zu aktuellen Fachpublikationen
- * Ca. 120 Seiten je Ausgabe

Jüngste Hefte:

2/22: *Jugend im Kontext gesellschaftlicher Dynamiken*

1/22: *Offenes Heft*

4/21: *Digitale Transformation als gesellschaftlicher Wandel*

Kommende Ausgaben 2022/23:

3/22: *Stadtleben in Wien: Bedingungen, Akteur*innen, Befunde*

4/22: *Offenes Heft*

1/23: *Ernährung - aktuelle Analysen und Debatten*

Die SOZIALWISSENSCHAFTLICHE RUNDSCHAU ist eine vierteljährlich erscheinende österreichische interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Zeitschrift, die vom Verein für interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Studien und Analysen (VISSA) in Wien herausgegeben wird.

Kontakt:

Web: www.sws-rundschau.at

Mail: [redaktion\[at\]sws-rundschau.at](mailto:redaktion[at]sws-rundschau.at)

Tel.: +43 (0) 660 3173127



Stephan Nagel

Selbsthilfe, Selbstorganisation und politische Mobilisierung wohnungsloser Menschen

Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte im letzten Jahr eine Protestchronik Deutschlands von 1949 bis 2020 (Langebach 2021). Auf 467 Seiten werden in dieser Publikation übergreifende Themen, Persönlichkeiten und vor allem beispielhaft mehr als 90 Protestereignisse und Bewegungen in Ost und West skizziert – Proteste von Wohnungslosen bzw. zum Problem der Wohnungslosigkeit sind nicht verzeichnet. Erklärlich ist dies, weil politische Mobilisierung und Proteste zum Thema Wohnungslosigkeit in der Bundesrepublik nicht häufig auftreten, meist lokal begrenzt und kurzlebig sind. Die Nöte, Themen und Protestanlässe wohnungsloser Menschen können oft nur schwer an allgemeine gesellschaftliche Themen und die vorherrschenden Protestmilieus anknüpfen.

Wohl kaum eine Gruppe hat größere Schwierigkeiten bei der politischen Mobilisierung und Selbstorganisation zu überwinden als wohnungslose Menschen. Verarmung, Ausgrenzung und die Erfordernisse der Organisation des täglichen (Über)Lebens, ob in städtischer Unterkunft oder auf der Straße, lassen wenig Platz für Organisationsprozesse. Es mangelt dafür an wesentlichen Ressourcen: Geld, Räumen, politischer Erfahrung, Zugang zu Bündnispartnern und zum politischen System. Weiterhin sind Lebenslagen und Herkunft wohnungsloser Menschen diverser denn je: Die Gemeinsamkeiten von langjährig auf der Straße lebenden Menschen etwa mit jugendlichen, jugendkulturell geprägten Wohnungslosen, mit geflüchteten Familien, mit wohnungslosen EU-Bürger:innen, die häufig einer Lohnarbeit nachgehen, oder Frauen in Frauenhäusern sind eher gering. Die Unterschiede aufgrund von Nationalität, Dauer der Wohnungslosigkeit, Lebensalter und Familiensituation (alleinstehend oder Verantwortung für Kinder) erschweren gemeinsame Handlungsansätze erheblich. Gruppen, die aufgrund von verbindender Herkunft, Hautfarbe, Behinderung, sexueller Orientierung/Identität diskriminiert werden, können sich leichter in Hinsicht auf diese Merkmale organisieren, denn sie können oder wollen diese Merkmale nicht hinter sich lassen. Sie können

Anerkennung, Versorgung, Gleichberechtigung und Emanzipation aufgrund oder trotz dieser Merkmale erstreiten. Bei der Wohnungslosigkeit hingegen sollte es nicht darum gehen, Anerkennung, Würde und Unterstützung in der besonderen Lebenssituation zu erreichen, sondern Wohnungslosigkeit sollte so schnell wie möglich beseitigt werden. Insgesamt sind also die Artikulations-, Mobilisierungs-, Organisations- und Durchsetzungsfähigkeiten (Willems/Winter, 2000: 14) wohnungsloser Menschen und Gruppen gering. Für sie ist es schwierig, gemeinsame Deutungsrahmen (Snow et al. 1986) zu entwickeln, der Zugang zum formalen Interessenvermittlungssystem der Parteien und Parlamente ist kaum gegeben. Die „politischen Gelegenheitsstrukturen“ sind insgesamt ungünstig (Tarrow 1982).

Und doch gibt es trotz aller Schwierigkeiten Selbsthilfe, Selbstorganisation und Protestmobilisierung von und mit wohnungslosen Menschen in Deutschland; es gibt Projekte von und unter Beteiligung wohnungsloser Menschen und Partizipationsansätze in Projekten Sozialer Arbeit.

Selbsthilfe, Selbstorganisation und die Organisation des Überlebens

Gemeinhin selten wahrgenommen und anerkannt sind die vielfältigen vor allem informellen Formen der Selbsthilfe und Selbstorganisation armer Menschen. Wenn „erfindungsreiche Strategien alltäglicher Subsistenzsicherung“ (Preußner 1989: 58) kollektiv in der Wohnungslosigkeit das Überleben, das Einkommen, die Unterkunft und Sozialleistungen teilen, erstreiten, organisieren oder erbetteln, dann entstehen Formen des Aktivismus und der Selbstorganisation, die oft übersehen, abgewertet, diskriminiert oder gar sozial-, ordnungs- bzw. strafrechtlich sanktioniert werden.

Verstärkt seit den rot-grünen Reformen der Grundsicherung („Hartz IV“) sind die Zugänge in das soziale Sicherungssystem erschwert und abschreckend, oft auch beschämend, gestaltet worden. Hohe Anforderungen an Flexibilität und Initiative, das Prinzip „fördern und fordern“ und die an Arbeitsmarkintegration ausgerichtete Existenzsicherung haben viele wohnungslose Menschen von der Grundsicherung ausgeschlossen. Die engen und auch prozedural weiter erschwerten Zugänge für EU-Bürger:innen in das soziale Sicherungssystem haben diese Armut und auch absolute Armut in Deutschland verschärft. Historisch marginalisiert geglaubte Phänomene wie Armenspeisungen, Lebensmittelvergabe, Kleiderkammern und Betteln erleben eine Renaissance. In Hamburg zum Beispiel hat sich die Zahl der obdachlos auf der Straße lebenden Menschen zwischen 2009 und 2018 auf 1.910 Personen fast verdoppelt. Der Anteil der Obdachlosen, die Sozialleistungen oder Rente bezogen, hat sich auf nur noch 28,3% halbiert.

14,3% der Befragten verfügten über gar kein Einkommen. Prekäre Einkommen aus Tätigkeiten wie Flaschensammeln, Betteln, Verkauf von Straßenzeitungen, Prostitution oder Unterstützung durch ihr soziales Umfeld sind für insgesamt 37,1% der Befragten Obdachlosen das Haupteinkommen.¹ Die Ergebnisse dieser Befragungen belegen, dass prekäre Überlebens- und Reproduktionsstrategien von obdachlos auf der Straße lebenden Menschen erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

Gegenseitige Unterstützung bei der Durchsetzung von Sozialleistungen durch Beratung und Begleitung, gemeinsames „Platte machen“, der Bau von Zelten, Verschlagen und Unterständen als Witterungsschutz, die Versorgung in Nischen auf dem grauen Wohnungsmarkt, die Organisation in Gruppen zur preiswerteren Pendelmigration, gegenseitiger Schutz und Unterstützung beim Betteln, Austausch und Unterstützung auf inoffiziellen Tagelöhnermärkten, Beteiligung an Straßenzeitungsverkauf; all dies sind kollektive Formen der Selbsthilfe und Überlebenssicherung, die teilweise diffamiert und kriminalisiert werden als: „Bettelmafia“, „Horrorhäuser“, „Schrottimmobilien“, „Sozialhilfebetrug“², „Arbeiterstich“ (dazu Riedner 2018), „Schwarzarbeit“, „Menschenhandel“ oder „Schandfleck“.

Politische Proteste und Mobilisierung

Bislang ist eine umfassende Aufarbeitung, Analyse und Würdigung politischer Proteste und Bewegungen wohnungsloser Menschen in Deutschland nicht erfolgt. Eine unsystematische Sichtung politischer Protestaktionen wohnungsloser Menschen zeigt, dass diese oft an akuten Missständen in der unmittelbaren Lebenswelt anknüpfen und sich häufig an der staatlichen Repression einfachen Überlebenshandelns entzünden.

-
- 1 Kämper; Ratzka 2018: 34f. Arbeitslosengeld I, II, Sozialhilfe, Rente als Haupteinkommensquelle sind bei Obdachlosen von 58,0% in 2009 auf 28,3% in 2018 zurückgegangen. Betteln als Haupteinkommensquelle nahm in diesem Zeitraum von 6,6% auf 9,3% zu.
 - 2 Die Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit „Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch im spezifischen Zusammenhang mit der EU-Freizügigkeit“ sieht zum Beispiel fehlerfrei ausgefüllte SGB II Anträge trotz schlechter Sprachkenntnisse als Hinweis auf Sozialbetrug. (Bundesagentur für Arbeit 2022: S. 4)

Es finden sich Proteste gegen die Räumung von Schlafstätten obdachloser Menschen³, politische Mobilisierung für ein Bleiberecht von „Obdachlosensiedlungen“⁴, Proteste gegen Vertreibung von „Straßenszenen“ und gegen restriktive Straßensondernutzungsregelungen⁵, gegen die Verhängung von Ordnungsstrafen wegen Nächtens im öffentlichen Raum⁶, für einen offenen Zugang zur Notunterbringung oder für bessere Standards in Notunterkünften⁷. Aber auch weiterreichende Themen wie Versorgung mit Wohnraum, Wohnungspolitik, eine Verbesserung des Hilfesystems⁸ oder Zugang zu Arbeit⁹ sind Anlässe bzw. Ziele dieser Proteste. Kundgebungen, Demonstrationen, Mahnwachen, Sleep-Outs sind die überwiegenden Aktionsformen, aber auch Aktionen Zivilen Ungehorsams und begrenzter Regelverletzungen, wie Störung von Sitzungen eines Kommunalparlamentes und Hausbesetzungen, finden statt. Dabei gibt es sowohl Proteste, die weitgehend allein von wohnungslosen Aktivist:innen initiiert und getragen wurden, als auch solche, die stärker durch politische Unterstützer:innen aus der kritischen Öffentlichkeit und des Wohnungslosenhilfesystems erfolgten und die von „Betroffenen“ unterstützt werden.

Selbsthilfe und Projekte

Sei es auf Initiative Betroffener oder aus dem professionellen Wohnungsnotfallhilfesystem heraus, es ist eine Fülle von Projekten entstanden, die wohnungslosen und armen Menschen eine Stimme geben (Straßenzeitungen), Überlebenshilfen organisieren (Treffpunkte, Kleider- und Trödelkammern) und Arbeitsplätze für wohnungslose Menschen geschaffen haben (Gartenarbeit, Umzugshilfen, Kleintransporte). Manchmal konnten einigermaßen geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente von Trägern sozialer Arbeit oder aus Selbsthilfeinitiativen dafür unterstützend genutzt werden. Seltener mit der Schaffung von Erwerbsmög-

3 Z.B.: Proteste in München (Riedner 2018); in Berlin z.B. Tiergarten 2017, in Hamburg „Zaunkonflikt“ im September 2011 (Schmidt 2018: 270 - 272)

4 In: Berlin Rummelsburger Bucht 2020/21, in Hamburg Stresemannstr. (2013)

5 Protestaktionen, Demonstration und Klage von Punks gegen eine „Trinkersatzung“ in Elmshorn 1989 (Nagel; Rieckmann 1999)

6 Dortmund 11/2018; Düsseldorf 2/2019

7 München 3/2016; Hamburg 30.10.2014, 9.2.2019; Hamburg 13.1.2021

8 Berlin 1/2019, Hamburg 2/2019, aber nicht nur in Großstädten, sondern z.B. auch Mönchengladbach 9.3.2018

9 München 2016, 2018

lichkeiten verbunden sind Projekte der ermächtigenden Gemeinwesenarbeit, der politischen Bildung (Obdachlose als Führer durch „ihre“ Stadt, Radioprojekte), der Soziokultur (Musik und Theaterprojekte).¹⁰ Beispiel für ein ermächtigendes und therapeutisches Kulturprojekt ist eine von Gerd Arland getragene Theatergruppe, deren Grundsatz es war, „eigen Erlebtes in schauspielerischer Form auf die Bühne zu bringen“ (Güra 2006: 93). Die Theatergruppe „Obdach!-Fertig! – Los!“ hatte ab 1994 zunächst unter der „fördernden Obhut der Einrichtung, dann als eingetragener Verein“ (ebd.) in 20 Jahren mit einer Gruppe von Wohnungslosen, ehemals Obdach- und Wohnungslosen, Trinkern und Hartz-IV-Empfängern in wechselnder Besetzung mit etwa 15 Amateurschauspieler: innen sieben Theaterstücke entwickelt und auf die Bühne gebracht.

Partizipation

Über Partizipation, verstanden als Beteiligung der von Wohnungslosigkeit Betroffenen „an Entscheidungen über die Planung und Dienstleistungserbringung sozialer Dienste“ (Specht 2010: 58), ist in den Wohnungsnotfallhilfen verstärkt in den vergangenen 10 Jahren diskutiert worden. Dabei sind die programmatischen Beiträge vergleichsweise zahlreich¹¹, während eine befriedigende Umsetzung der diskutierten Ansätze in die Praxis schwierig und nicht allzu häufig zu sein scheint (Gerull 2017, 2018). Obwohl für die Partizipation „gewichtige philosophische, politische und rechtliche Gründe geltend gemacht werden können, scheitert Partizipation bisher oft an einem traditionellen Hilfeverständnis und an den unterschiedlichen Milieubindungen der Beteiligten.“ (Szynka 2014: 84) Hürden bilden mangelnde Aufgeschlossenheit bei den Professionellen, unpassende Formate, hohe Fluktuation der Nutzer:innen v.a. in Beratungsstellen und niedrighschwelligen Einrichtungen. Erfahrungen mit den vorgeschlagenen Ansätzen bleiben nicht selten hinter den Erwartungen zurück. Die professionellen Unterstützer sind in Gefahr, die Partizipation mit Ansprüchen zu überfrachten oder für ihre organisationsbezogenen oder politischen Ziele zu funktionalisieren.

10 Maik Eimertenbrink (2012) hat eine Fülle von Praxisbeispielen zusammengestellt. Siehe auch den Bericht von Herbst und Schneider (2003) über den Berliner Verein „mob e.V.“.

11 Für das Agendasetting in der Wohnungslosenhilfe in diesen Jahren sind v.a. die Beiträge von Rolf Bünger, Stefan Gillich, Doris Kölz, Roland Saurer, Stefan Schneider, Peter Szynka in der Zeitschrift wohnungslos und anderen Publikationsorten hervorzuheben.

Wichtige Marksteine für die allmähliche Etablierung der Partizipation in den Wohnungsnotfallhilfen in Deutschland waren die Vertretung eines Mitglieds der „Bundesbetroffeneninitiative“ (Rolf Bünger) im Vorstand des bundesweiten Fachverbands BAGW seit den 1990er Jahren, die Veröffentlichung einer Empfehlung (BAGW 2015), Fachtagungen, die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Partizipation in der BAGW 2015 sowie die Einrichtung eines „Fonds zur Förderung und Unterstützung der unabhängigen Teilnahme aktuell oder ehemals von Wohnungslosigkeit betroffener Menschen“ im Jahr 2019, finanziert über zusätzliche Mitgliedsbeiträge (Jordan 2019).

Bundesweite Selbstvertretung Wohnungsloser

Nach dem Ansatz der „Bundesbetroffeneninitiative (BBI)“ seit Anfang der 1990er Jahre ist die „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ (SWM) der zweite Versuch, eine Interessenvertretung wohnungsloser Menschen mit bundesweiter Ausstrahlung zu entwickeln. Seit 2016 fanden sechs „Wohnungslosentreffen“ in wechselnden Einrichtungen der stationären Wohnungshilfe in Deutschland statt, die bundesweit wohnungslose Menschen in Kontakt und Austausch brachten. Ausgehend von einem kleinen Kreis Aktiver, die teilweise aus bereits bestehenden Zusammenhängen stammten (Armutsnetzwerk e.V., Berberinfo, HOPE) und einer Initiative der Wohnungslosenhilfe Freistatt (Bethel) trafen sich in diesen Jahren jeweils um die hundert wohnungslose bzw. ehemals wohnungslose Menschen zum Austausch, zur Vernetzung, zu politischer Bildung und Debatte und auch zur Freizeitgestaltung.¹² Von dem Ansatz eines einwöchigen Treffens haben sich verstärkt Nutzer:innen stationärer Einrichtungen oder anderer Wohnprojekte der Wohnungslosenhilfe ansprechen lassen. Jüngere, Frauen, nichtdeutsche Wohnungslose und akut obdachlos auf der Straße lebende wohnungslose Menschen waren unterrepräsentiert (Benz/Toens 2022: 16).

Ermöglicht hatte diese Treffen zunächst das Projekt „Teilhabe und Selbstorganisation“, angesiedelt in Freistatt. Unter anderem mit Mitteln der Aktion Mensch wurde eine „Koordinierungsstelle der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen/Wohnungslosentreffen“ geschaffen, die die großen jährlichen „Wohnungslosentreffen“ und die dazwischen stattfindenden Arbeitstreffen des aktiven Kerns vorbereitete. In der Koordinierungsstelle wurden drei Personen beschäftigt,

12 Die Programme, Arbeitsergebnisse, Erklärungen zum Selbstverständnis, die weiteren Vorhaben etc. können auf zwei Websites eingesehen werden: <https://www.wohnungslosentreffen.de/>; <https://wohnungslosentreffen.org/>

zwei Betroffene und ein von Wohnungslosigkeit nicht betroffener Sozialwissenschaftler.¹³ Im Jahr 2019 wurde ein Verein gegründet, um eine Weiterarbeit mit dem Ziel des Aufbaus einer „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ mit bundesweiter Bedeutung und Ausstrahlungskraft auf eine rechtlich sichere Grundlage zu stellen. Toens und Benz sehen in ihrer Analyse der Selbstvertretung wohnungsloser Menschen als „prägende Elemente“ der bisherigen Praxis die „Vermittlung von 'Expert*innen aus Erfahrung' in Gremien, Medien, Anhörungen, partizipative Lehr- und Forschungsprojekte“ (ebd.: 18). Durch den Zusammenschluss in einer Gruppe und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen, können sich wohnungslose Menschen „auf einen Raum beziehen, der größer ist als ihre individuell biographische Erfahrung“ (Schneider 2021: 126) und dadurch im besten Fall politisch handlungsfähig werden.

Verflechtungen: Selbsthilfe, Selbstorganisation und Projekte der Wohnungsnotfallhilfen

Die unterschiedlichen Formen kollektiven Handelns wohnungsloser Menschen sind oft miteinander verschränkt, gehen in einander über bzw. entwickeln sich von der einen zur anderen Form. Und sie sind häufig eng mit Initiativen aus dem professionellen Wohnungsnotfallhilfesystem verknüpft. Neben der oben skizzierten Entstehung der „Selbstvertretung wohnungsloser Menschen“ ist die Geschichte der Selbsthilfegruppe „Oase“ dafür ein Beispiel im lokalen Rahmen: Im Nachgang zu hamburgischen Aktivitäten im Kontext der bundesweiten von der BAG Wohnungslosenhilfe im Jahr 1993 initiierten „Nacht der Wohnungslosen“¹⁴ gründete sich die Selbsthilfegruppe „Oase“, der bald 18 Personen angehörten. Sich gegenseitig Unterstützung zu geben, Begleitung und Beratung von Betroffenen, Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Anmietung von Wohnraum formulierte die Gruppe als ihre Ziele (Müller/Orban, 1993: 49). Im September 1993 forderte die Selbsthilfegruppe in einer öffentlichen Stellungnahme u.a. ein besseres Winternotprogramm in Hamburg sowie Wohnungen für wohnungslose Menschen

13 Aus der Perspektive des bis 2/2022 Projektverantwortlichen (Schneider: 2021) gibt es eine kompakte und instruktive Übersicht über die Geschichte, den Assistenzansatz, die Arbeitsmethoden und auch die Konflikte der Arbeit der Koordinierungsstelle Selbstvertretung wohnungsloser Menschen.

14 Am 25.6.2019 fanden bundesweit im Rahmen der „Nacht der Wohnungslosen“ in etwa 120 bundesdeutschen Städten sleep-outs statt. In Hamburg kamen „kaum 100 Personen auf den Gerhard-Hauptmann Platz“ taz 28.6.1993 <https://taz.de/!1610773/>

(taz hamburg 4.9.1993). Noch im Gründungsjahr wurde die Selbsthilfegruppe von einer Projektgruppe des Diakonischen Werkes angesprochen, ob sie bei der in Gründung befindlichen nach dem Vorbild der Londoner „Big Issue“ konzipierten Straßenzeitung „Hinz&Kunzt“ mitmachen wolle. Ein Teil der Aktiven der Selbsthilfegruppe stieg in dieses Projekt ein, übernahm den Vertrieb der Zeitung und stellte die ersten Verkäufer. Durch die Zusammenarbeit der Oase mit dem populären Straßenzeitungsprojekt gewann die Gruppe an Ansehen und Bekanntheit, positionierte sich politisch und wurde vom Sozialausschuss der Hamburger Bürgerschaft eingeladen (Müller/Orban 1995: 50). Im Laufe der Zeit ging dieser Teil der Selbsthilfegruppe jedoch im von Journalist:innen und Sozialarbeitenden dominierten Straßenzeitungsprojekt auf und verschwand als politischer Akteur. Die nicht zum Projekt Hinz&Kunzt gewechselten Personen gründeten einen selbstorganisierten Treffpunkt mit Beratungsangebot, einem warmen Mittagessen, Waschmöglichkeit und einer Kleiderkammer. Mit Arbeitsmarktinstrumenten wurden einige Arbeitsplätze geschaffen und Wohnungen an Wohnungslose vermietet. Da die Stadt nicht bereit war, über den Mietzuschuss hinaus die Arbeitsstellen dauerhaft zu finanzieren, und der Verein nicht bereit war, seinen Mitarbeitenden zu kündigen, um neue Mitarbeitende mit neuer Arbeitsamtsförderung einzustellen, mussten schließlich die Löhne mit Spenden, Flohmarktaktionen und ähnlichem erwirtschaftet werden. Dies gelang nur wenige Jahre, so dass dann der Verein Oase 2004 seinen Treffpunkt schließen und den Mitarbeitenden kündigen musste.¹⁵

Persönlichkeiten, Bewegungsunternehmer

Sabine Ruß (2005: 339) hat in ihrer Analyse der großen Bewegungen zur Wohnungslosigkeit in den USA und Frankreich auf die wichtige und durchaus ambivalente Rolle charismatischer Persönlichkeiten in diesen beiden Ländern hingewiesen (Mitch Snyder – der „Einzelkämpfer“; Abbé Pierre – der „zornige Prophet“). Nun gibt es in Deutschland weder national bekannte, charismatische Persönlichkeiten noch politische Bewegungen zum Thema Wohnungslosigkeit, die mit den historischen Bewegungen in den USA und Frankreich vergleichbar wären. Dennoch spielen auch im kleinen Rahmen der Selbstorganisation wohnungsloser Menschen, ähnlich wie in fast allen anderen gering strukturierten und ressourcenschwachen Initiativen oder sozialen Bewegungen, einzelne Persönlichkeiten

15 Hamburger Abendblatt 24.12.2003; taz Hamburg 6.4.2004 <https://taz.de/!691220/>

eine große Rolle. Sie bringen ihre Kompetenzen, ihre Energie und Leidenschaft ein, halten die organisatorisch schwache Gruppe zusammen, übernehmen Verantwortung, ergreifen Initiativen, treiben voran. Diese wichtige und unverzichtbare Rolle einzelner Personen in informellen Zusammenhängen birgt aber eine Reihe von Fallstricken: Die Handlungsfähigkeit und Stabilität der Gruppe ist in hohem Maße von diesen wenigen Personen abhängig. Noch stärker als in Initiativen des „middle class radicalism“ finden in Gruppen Wohnungsloser Menschen mit geringer politische Erfahrung zusammen, die aber meist ausgeprägte belastende Lebenserfahrungen mitbringen. So können Konflikte, gerade persönlich geprägte Konflikte und Idiosynkrasien einzelner Personen, seien es wohnungslose oder unterstützende Aktivist:innen, den Zusammenhalt einer Gruppe schnell gefährden.

Unterstützung durch Soziale Arbeit, Verbände, Parteien, Kirchen

Die prekäre und ressourcenschwache Verfasstheit der Selbstorganisation wohnungsloser Menschen macht sie in besonderem Maße abhängig von der Unterstützung durch andere, seien es Institutionen der Sozialarbeit, Verbände, Kirchen, andere Bewegungen oder Bürgerrechtsorganisationen. Der Unterstützungsbedarf erstreckt sich auf die Bereitstellung von Ressourcen (Geld, Räume), organisatorische, politische und rechtliche Beratung, wissenschaftliche Expertise, Unterstützung beim Verfassen von Texten sowie Vermittlung von Bündnispartnern und Kontakten in das politisch-administrative System. In einer Untersuchung von 15 kleineren US-amerikanischen Organisationen wohnungsloser Menschen wurde festgestellt, dass dreiviertel ihrer Ressourcen von karitativen, bürgerrechtlichen und kirchlichen Unterstützungsorganisationen stammten (Cress/Snow 1996).

Diese Organisationen und ihre Vertreter:innen haben eigene Interessen und unterliegen spezifischen Handlungszwängen. Es kommt darauf an, bei der Unterstützung der Selbstorganisation Wohnungsloser diese offenzulegen und möglichst weitgehend zurückzustellen. Nur dann kann es gelingen, bei der Ermutigung, Förderung und Unterstützung der Selbstorganisation deren Eigenlogiken, Themen und Ziele zu achten, paternalistische Übergriffe und politische Funktionalisierungen zu vermeiden.

Ausblick

Seit vielen Jahren besteht in der Öffentlichkeit eine sympathisierende Aufmerksamkeit für die Nöte und Probleme wohnungsloser Menschen, und wohl niemand würde ernsthaft argumentieren, dass das Anliegen Wohnungsloser, Wohnraum

zu erhalten, nicht legitim sei. Die extreme Form der Wohnungslosigkeit, die Obdachlosigkeit findet in der Öffentlichkeit vor aller Augen statt. Aber Sichtbarkeit, Sympathie, moralische Legitimität der Anliegen und gute Argumente haben offensichtlich nicht ausgereicht, die Interessen, die einer Beseitigung der Wohnungslosigkeit im Wege stehen, zu überwinden. Statt eine entschieden soziale Wohnungspolitik zu entwickeln, wurde das Problem vor allem an die Soziale Arbeit delegiert.

Nun hat sich die aus SPD, Grünen und FDP gebildete Bundesregierung – eine Initiative des europäischen Parlaments aus 2020 aufgreifend – im Ende 2021 geschlossenen Koalitionsvertrag (2021: 71) das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 die Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden, dafür will sie einen Nationalen Aktionsplan auflegen. Damit ist zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Überwindung der Wohnungslosigkeit auf der politischen Agenda einer Bundesregierung. Dies wird (unterstützt von der erstmalig im Sommer 2022 veröffentlichten Wohnungslosenstatistik) auch zu einer deutlich größeren Anerkennung und Bedeutung des Themas in der Öffentlichkeit führen. Das Vorhaben nährt die Erwartung, dass die Bundesregierung nun für dieses Ziel auch ein umfassendes und wirksames Handlungsprogramm entwickelt, und es weckt Hoffnungen auf eine Verbesserung der Situation. Darüber hinaus weckt es die Hoffnung, dass durch die Vergrößerung des Resonanzraumes auch die Stimmen kollektiver Akteure wohnungsloser Menschen gestärkt und besser gehört werden.

Literatur

- BAGW 2015: Empfehlung: Mehr Partizipation wagen. Förderung und Unterstützung von Partizipation in der Wohnungslosigkeit, Berlin https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_15_Empfehlung_Partizipation.pdf
- Benz, B./Toens, K. 2022: Interessen wohnungsloser Menschen im Spannungsfeld von Anwaltschaft, Mitbestimmung und Selbstvertretung. In: WSI Mitteilungen Nr. 1/2022: 12- 19
- Bundesagentur für Arbeit 2022: Arbeitshilfe: „Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch im spezifischen Zusammenhang mit der EU-Freizügigkeit“ Nur für den internen Dienstgebrauch, <https://www.tacheles-sozialhilfe.de/files/Aktuelles/2022/Arbeitshilfe-Leistungsmissbrauch-EU-Buerger-Jan22.pdf>
- Cress, D. M./Snow, D. A. 1996: Mobilization at the Margins: Resources, Benefactors, and the Viability of Homeless Social movement Organizations, in: American Sociological Review, Vol. 61: 1089-1109
- Eimertenbrink, M. 2012: Straßenzeitung, Stadtführungen, Obdachlosenuni & Co. Wohnungslose gemeinsam Aktiv!, Berlin <https://gangway.de/strassenzeitung-stadtfuehrungen-obdachlosenuni-co-wohnungslose-gemeinsam-aktiv-2/>

- Gerull, S. 2017: Partizipation in der Wohnungslosenhilfe, in: wohnungslos Nr. 4/2017: 113-117
- 2018: „Spaghetti oder Reis?“ Partizipation in der Wohnungslosenhilfe, Berlin – Milow – Strasburg
- 2010: Selbsthilfe wohnungsloser Menschen. Ein strapazierter Begriff macht Karriere. In: Soziale Arbeit Nr. 10 /2020: 374-380
- Güra, C. 2006: Obdach-Fertig-Los. Hamburgs erstes Obdachlosetheater. In: wohnungslos Nr. 3/2006: 93-95
- Herbst, K.; Schneider, S. 2003: Selbsthilfe: Chaotische Professionalität. In: wohnungslos Nr. 2/2003: 93-96
- Jordan, R. 2019: Mehr Beteiligung in der Wohnungslosenhilfe. Aktuelle Entwicklungen in Fragen der Betroffenenbeteiligung im Hilfesystem und im Verband. In: wohnungslos, Nr. 4/2019: 130-133
- Kämper, A.; Ratzka, M. 2018: Befragung obdachloser, auf der Straße lebender Menschen und wohnungsloser, öffentlich-rechtlich untergebrachter Haushalte 2018 in Hamburg. Auswertungsbericht, Hamburg <https://www.hamburg.de/contentblob/12065738/5702405ed386891a25cdf9d4001e546b/data/d-obdachlosenstudie-2018.pdf>
- Koalitionsvertrag 2021–2025: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 /Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP), Berlin https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf
- Langebach, M. (Hg.) 2021: Protest. Deutschland 1949 – 2020, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Müller, A.; Orban, M. 1995: Obdachlosenhilfe zwischen Sinnstiftung und Vermarktung, Hamburg, Ambulante Hilfe e.V. Praxis und Sozialplanung Nr. 5 <http://www.wohnungslose.de/data/Publikationen/Heft%205.pdf>
- Nagel, S.; Rieckmann, H.-J. 1999: Grenzen des sozialarbeiterischen Standpunktes. Anmerkungen zum Konflikt um „Trinkersatzungen“. In: wohnungslos Nr. 4, S. 161-164
- Preußner, N. 1989: Not macht erfinderisch. Überlebensstrategien der Armenbevölkerung seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München – Wien
- Riedner, L. 2018: Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um die EU-Migration. Eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus, Münster
- Schmidt, K. 2018: Ordinary Homeless Cities? Geographien der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Rio de Janeiro und Hamburg, Diss. Hamburg <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2018/9252/pdf/Dissertation.pdf>
- Schneider, S. 2021: Platte, Plenum, Politik. Selbstvertretung wohnungsloser Menschen als Herausforderungen für Akteure und Unterstützende. In: SozialExtra 2/2021: 122-127
- Snow, D.A.; Rochford, Jr. E. B.; Worden, S. K.; Benford, R. D. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation, in: American Sociological Review, Vol. 51, No. 4, S. 464-481

- Specht, T. 2010: Thesen zu Partizipation, Selbstorganisation und Selbsthilfe wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen. In: wohnungslos Nr. 2: 58-59
- Szynka, P. 2014: Partizipation in der Wohnungslosenhilfe. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit Nr. 3/2014: 84-91
- Tarrow, S. 1982: Struggling to Reform: Social Movements and Policy Change During Cycles of Protest, Cornell (Occasional Papers No.15)
- Willems, U.; von Winter, T. 2000: Die politische Repräsentation schwacher Interessen: Anmerkungen zum Stand und zu den Perspektiven der Forschung. In: dies. (Hg.): Politische Repräsentation schwacher Interessen, Opladen: 9-38

Stephan Nagel

E-Mail: nagel@diakonie-hamburg.de



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropolis Verlag. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft 14 €, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) • einschl. Porto • Bestellungen an den Metropolis Verlag: veitl@metropolis-verlag.de

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de • www.metropolis-verlag.de



Forum Wissenschaft 2/2022

Osteuropa

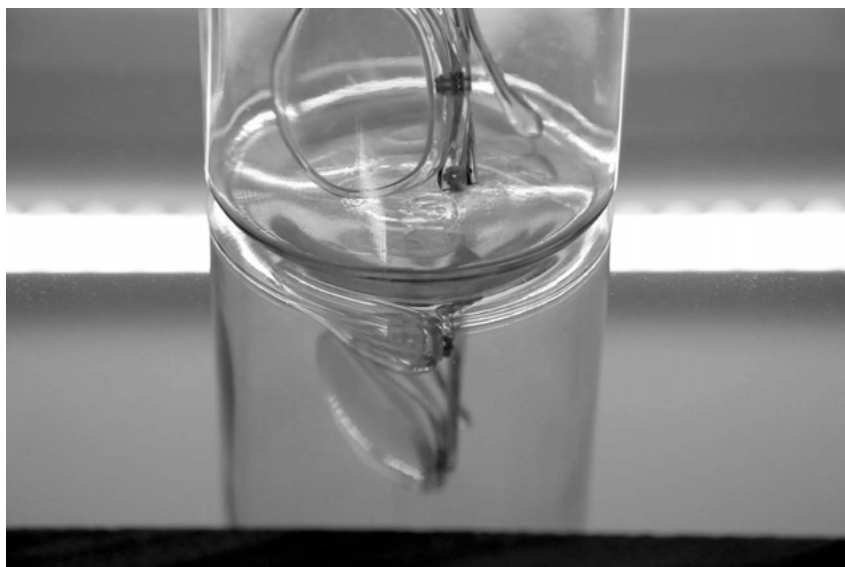
Wissenschaft im Schatten des Krieges

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €

Bund demokratischer
Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler (BdWi)

www.bdwi.de · service@bdwi.de
Tel.: (06421) 21395

Der russische Angriff auf die Ukraine fiel mitten in die Planungen dieser Ausgabe zur Wissenschaft (und Wissenschaftspolitik) in den Ländern Osteuropas und des postsowjetischen Raums. Dieser Krieg beeinflusst den Inhalt dieses Heftes erheblich; namentlich für die Gesellschaften der Ukraine und Russland ist nichts mehr wie zuvor – das gilt auch für Wissenschaft und Bildung. Aber auch in den anderen Ländern Osteuropas findet Wissenschaft nun im Schatten des Krieges statt. Wir haben versucht, die Bestandsaufnahme um aktuelle Berichte und Einschätzungen zu ergänzen und haben den Themenschwerpunkt erweitert. Wir widmen uns nun also wissenschaftspolitischen Entwicklungen in Ungarn, Tschechien und Russland, schauen auf die Situation der sexualekundlichen Bildung in Bulgarien und Tschechien und beleuchten die Lage für Studierende in Belarus, Russland und der Ukraine. Hinzu gekommen sind analytische Betrachtungen zum Krieg in der Ukraine, seinen Ursachen und möglichen Konsequenzen. Dank der Unterstützung unserer Kolleg*innen von Wissenschaft & Frieden betrachten wir auch die neuen Herausforderungen für Friedenswissenschaft und Friedensbewegung.



Kathrin Aghamiri & Kristina Enders¹

„Wahnsinn, so kann man das auch sehen“ – oder der Perspektive der Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit Geltung verschaffen

Wir stellen in diesem Text die Zielsetzungen und Motivationen zur Mitarbeit in der DGSA-Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“ vor, die auch als soziale Idee bzw. Bewegung innerhalb der Sozialarbeitswissenschaft/-forschung gelesen werden können. Das titelgebende Zitat stammt aus einem Mikroartikel von Rebekka Streck zur Frage, was sie dazu bewogen bzw. motiviert habe, sich der Gruppe anzuschließen und sich dort einzubringen².

In loser Anknüpfung an die Überlegungen von Eduard Heimann (1929/2020) zur „Dialekt der Angewiesenheit“ möchten wir die „soziale“ Idee unserer Zusammenarbeit skizzieren:

Die Idee macht die Kraft und den Sinn der lebendigen Gestalt aus, ist aber eben darum auch an die lebendige Gestalt gebunden; sie ist real dynamisch, lebendig, aber eben darum von beschränkter historischer Geltung. (...) Wenn die Durchsetzung der Idee dem Interesse ihrer Sozialgestalt entspricht, so deswegen, weil die Idee ihr eingeboren ist. Die Idee ist nicht idealer, d.h. rein gedanklicher Natur, sie hat eine Existenz von höchst massiver Realität. (Heimann/Böhnisch 1929/2020: 39)

Zusammenschlüsse im Kontext fachlicher wissenschaftlicher und professioneller Diskurse können im weiteren Sinne ebenfalls als Manifestationen sozialer Ideen verstanden werden, die nicht in erster Linie abstrakt, sondern vor allem performativ mit Blick auf die eigenen Praxen ihre soziale Idee bzw. ihr soziales Interesse in die handelnd hergestellte Wirklichkeit bringen und ihr damit zugleich

1 DGSA-Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“

2 Wir haben alle Mitglieder der Fachgruppe für diesen Beitrag gebeten, uns kurze Memos zu dieser Frage zuzusenden.

eine Gestaltform geben. Oder, plakativer: Soziale Ideen und soziale Bewegungen zeigen in ihrem Aktivismus auch immer den Vorwegnahme-Charakter dessen, was ihnen innewohnt.

Wir wollen im Folgenden einen Einblick in die Idee und Gestalt der Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“ geben, die sich im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit gegründet und zum Ziel gesetzt hat, Perspektiven der Adressat*innen Sozialer Arbeit auf Angebote, Erbringungsverhältnisse, Nutzung, Nutzen und Nutzungsstrategien oder auch Beschädigungen zu rekonstruieren, zu reflektieren und an die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei kommen automatisch Machtverhältnisse im Kontext der Sozialen Arbeit in den Blick sowie die Hoffnung, ihren Adressat*innen zu mehr Aufmerksamkeit, aber auch zu mehr (demokratischer) Partizipation zu verhelfen. Gleichzeitig wird damit aber auch die Frage nach der Verfasstheit der Gruppe selbst zum Thema: Wie arbeiten wir zusammen? Wer ‚darf‘ mitmachen? Wie werden inhaltliche Schwerpunkte ausgewählt oder verhandelt? Ohne dass dies je explizites Thema war, haben sich möglicherweise Praktiken der Zusammenarbeit ergeben, die unserer Ansicht nach der sozialen Idee einer Enthierarchisierung entspringen.

Beispielhaft sei hier ein Zitat aus einem der Mikroartikel angeführt:

Aktivismus? Soziale Bewegung? Demokratiebildung, demokratisches Engagement, geteilte Macht sind sicherlich Aspekte, die mich dabei antreiben. Letztlich sind das Themen, die mein Leben auch außerhalb der Sozialen Arbeit sehr geprägt haben.
(Artikel_1_KA)

Dementsprechend verfassen wir auch diesen Beitrag nicht im üblichen akademischen Duktus, sondern verweben Elemente autoethnografischen Schreibens (Adams et al. 2020; Bochner/Ellis 2016; Chang et al. 2012;) mit fiktiv-reflexiven Dialogformen, denen u.a. die bereits erwähnten Mikroartikel zugrunde liegen. Es handelt sich also ausdrücklich um einen subjektiven Einblick. Anlass für unsere ‚Geschichte‘ ist die Wahl der neuen Sprecherinnen der Fachgruppe, die sich das Ganze (auch) erst ‚erklären‘ müssen.

Samstag, 20.11.2021 16:01

Ich – Kristina – sitze im Zug nach Hause und sortiere die letzten beiden Tage. So viel passiert.

Die Tagung der DGSA-Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“ brachte gestern den ganzen Tag Menschen in den Räumlichkeiten der HAW Hamburg zusammen, die sich im Austausch und jede*r für sich der Frage näherten, wie Ansätze der Adressat*innen- oder Nutzer*innenorientierung in der Sozialen Arbeit mit Traditionen und Praxen

partizipativer Forschung zusammen gedacht werden können. So viele Eindrücke. So viele Perspektiven (Dettmann 2022).

Heute Vormittag trafen sich dann die Mitglieder der Fachgruppe – unter anderem, um die neuen Sprecher*innen zu wählen. Für mich war es das zweite Fachgruppentreffen und nun bin ich Teil des neu gewählten Sprecherinnenteams. Puh! Mir wird plötzlich ganz schwindelig.

Ich lehne mich in meinem Sitz zurück und schaue aus dem gegenüberliegenden Zugfenster. Die spätherbstliche Landschaft zieht braun und grau vorbei und ich versuche, mir das Geschehen vom heutigen Vormittag in Erinnerung zu rufen.

Mit den einzelnen Leuten, die mir beim Fachgruppentreffen begegnet sind, verbindet mich ein Gefühl der Vertrautheit. Das ist sonderbar, denn den meisten Fachgruppenmitgliedern bin ich zum ersten Mal persönlich auf der gestrigen Tagung über den Weg gelaufen.

Viel besser als ihre Gesichter – halb von der Maske verdeckt – kenne ich ihre Texte aus Zeitschriften und Büchern. Zum Teil waren mir auch die Stimmen bekannt, die ich in den letzten beiden Jahren auf einer der zahllosen Online-Veranstaltungen gehört hatte.

Jeder und jede einzelne – wie sie nun hier standen und saßen – hatten in irgendeiner Form, die Perspektiven von Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit in ihrer Forschungsarbeit relevant gesetzt und mich – als winzigen Teil eines interessierten Publikums – nicht nur erreicht, sondern auch dazu bewegt, mich innerhalb der Fachgruppe zu engagieren. Aber warum?

Auf einer dieser Online-Veranstaltungen – ein Methodenworkshop auf dem ich mein Dissertationsprojekt vorstellen durfte – hatte mich die Dozentin, Rebekka Streck, in ihrer Rolle als Sprecherin eingeladen, auf dem nächsten Fachgruppentreffen vorbeizuschauen. Ich fühlte mich wahrgenommen.

In meiner Forschung unter dem Dach des DFG-Graduiertenkollegs „Folgen sozialer Hilfen“ befasse ich mich mit Adressat*innen- oder Nutzer*innenorientierung als Kernbereich einer gesundheitspolitischen Programmatik, der s.g. „soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung“.

Soziale Arbeit – vor allem die Gemeinwesenarbeit – und deren Adressat*innen – insbesondere Bewohner*innen der als „Brennpunkte“ markierten Wohngebiete – werden über die von den Krankenkassen geförderten Projekte in die Programmatik involviert und mit einer auf Adressat*innen und Nutzer*innen fokussierten partizipativen Umsetzungsstrategie konfrontiert.

Im Forschungsverlauf machte ich die Erfahrung, dass Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierung als gesundheitspolitisches Programm samt der dahin-

terliegenden Wirkungsfantasien (Empowerment, Aktivierung, gesundes Leben, Akzeptanz der Präventionsangebote, Erreichbarkeit der Schwer-Erreichbaren, Verstetigung...) bei mir nicht nur für ein mulmiges Gefühl sorgen, sondern mich auch ganz konkret in meiner adressat*innenorientierten Forschung hemmen bzw. blockieren.

Die intensive Beschäftigung mit reflexiven Forschungsansätzen (Adams et al. 2020; Breuer et al. 2019) hilft mir zu begreifen, dass ich hier nicht nur persönlichen Befindlichkeiten nachspüre, sondern die in das Phänomen Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierung eingelassenen allgemeinen Mechanismen analysiere.

Hemmungen und Blockaden innerhalb meiner Forschung dienen mir als Erkenntnisfenster, weil sich gerade daraus viele Erkenntnisse über die Herstellung der Adressat*innensicht ziehen lassen.

Die Fachgruppe erscheint mir als geeignetes Austauschformat. Denn eines zeigt sich an dieser Stelle meiner Forschung sehr offensichtlich: die Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierungen der Fachgruppenmitglieder – so unterschiedlich sie auch sind – heben sich in meiner Wahrnehmung deutlich von der programmatischen Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierung ab, wie sie sich mir in einer (gesundheits)politischen Programmatik präsentiert³.

In den Texten und Vorträgen der Fachgruppenmitglieder begegnet mir Adressat*innen- oder Nutzer*innenorientierung als (Forschungs)Haltung und nicht – und das erscheint mir in diesem Moment als zentrale Erkenntnis – als Wirkprogramm.

Im Laufe der gestrigen Tagung „Partizipative Ansätze in der Adressat*innenforschung Sozialer Arbeit“ hatte sich dieser Eindruck gerade in der Konfrontation mit den vorgestellten Ansätzen einer programmatischen Adressat*innen- oder Nutzer*innenbeteiligung noch mal verstärkt (Enders et al. 2022).

Und nun bin ich dabei. Mein zweites Fachgruppentreffen. Das erste in Präsenz. Ich sitze mittendrin, im Kreis aus Tischen und Stühlen, die wir vorher im Sitzungssaal der HAW gemeinsam zusammengerrückt haben. Ganz am Anfang meiner Forschung und schwer am Hadern mit dieser ominösen und (gesundheits)politisch hoch aufgehängten Adressat*innen- bzw. Nutzer*innenbeteiligung.

Doch hier in dieser Runde ist das nur eine Perspektive von vielen auf Adressat*innen- bzw. Nutzer*innenorientierung. Die Mitglieder stellen sich und ihre Anliegen vor. Und alle haben Raum. Unter diesen Bedingungen empfinde ich mein Zusammentreffen mit der Fachgruppe als einen Rahmen, in dem ich

3 Fabian Kessl und Alexandra Klein (2010) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „expliziten Akteursbezug“.

mein Hadern kommunizieren kann. Und das tue ich auch – zum ersten Mal: Dass ich zu dem Prozess der Herstellung der Adressat*innensicht innerhalb meiner Forschung viel mehr Fragen als Antworten habe. Zum Beispiel. Dass ich Hürden und Blockaden im adressat*innenorientierten Forschungsprozess erfahre und gleichzeitig Hemmungen empfinde, die Adressat*innen der gesundheitspolitischen Programmatik „soziallagenbezogene Gesundheitsförderung“ – also stadtteilorientierte Soziale Arbeit und vor allem armutsbetroffene Leute – auch noch mit meinem Forschungsanliegen zu belästigen. Und: dass mich dieses ganze Gehype um Partizipation, Wahrnehmung und Anerkennung der Adressat*innensicht innerhalb (gesundheits)politischer Wirkprogramme schon mal mit einem mulmigen Gefühl zurücklässt⁴.

Das kann ich hier sagen. Meine Stimme hat die reelle Chance gehört zu werden. Und: Ich fühle mich wohl dabei. Das ist besonders.

Hier geht es gar nicht darum festzulegen, wie man den Adressat*innen und Nutzer*innen sozialer Hilfen am besten eine Stimme gibt, und darüber zu verhandeln, was sich damit alles bewirken ließe. Vielmehr ist es ein Rahmen, in dem allen Beteiligten, jeder Perspektive die Möglichkeit gegeben wird zu erfahren, selbst Stimme zu haben, Stimme zu sein!

Die Folgen lassen sich auch direkt beobachten. Als die Fachgruppensprecherinnen Anne van Rießen und Rebekka Streck ihr Amt gerade zur Wahl gestellt hatten, reckte ich meine Hand schon in die Höhe. Die Erinnerung treibt mir eine wilde Schamesröte ins Gesicht, die meine Mitreisenden – Maske sei Dank – hoffentlich gar nicht bemerken. „Was war denn da los?“ denkt mein überrumpeltes Zugreise-Ich und zeigt dem scheinbar extrem bewegten Fachgruppentreffenteilnehmenden-Ich vorsorglich einen Vogel.

Ja? Was war da los?

Ich greife zu meinem Telefon. Ich habe beschlossen, Kathrin Aghamiri eine Mail zu schreiben. Sie hatte im Zuge des Wahlaufrufs ebenfalls die Hand gereckt, nur hatte sie sich das scheinbar vorher überlegt und machte den Eindruck, als wüsste sie, was sie zu diesem Engagement bewegt.

4 Anregende Perspektiven auf die Herstellung der Adressat:innensicht im Rahmen partizipativer Forschung versammeln sich im Band der Herausgeber:innen Sabine Flick und Alexander Herold (2021). Die Befunde sind jedoch nicht auf den Kontext „beteiligungsorientierte Wirkprogramme“ zu übertragen. Die zugrundeliegenden Mechanismen bedürfen einer eigenständigen Betrachtung.

Ich google „Kathrin Aghamiri“, finde neben der Email-Adresse noch weitere Informationen zu Person, Werdegang, Publikationen und schwanke zwischen einem stark auffallenden Impostor Phänomenon („Du hast dir die Wahl zur Sprecherin erschlichen!“) und großer Neugier bzw. abgesicherter Abenteuerlust („Auf ins Unbekannte! Mit der Fachgruppe im Rücken kann mir nichts passieren!“).

Ich tippe in mein Telefon:

Hallo Kathrin,
ich sitze im Zug und sortiere die letzten beiden Tage. So viel passiert.
Bei aller Konfusion ist ein Gefühl besonders dominant: Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit dir.
Lass mich einfach wissen, wann und wie es am besten für dich passt, dass wir uns einmal initial abstimmen. Telefonisch oder wir treffen uns z.B. auf halber Strecke in Düsseldorf.
Ein schönes Wochenende!
Kristina

Donnerstag, 09.12.2021 11:01

Ich – Kathrin – komme am mit Kristina verabredeten Café in Düsseldorf an. Vor einigen Wochen habe ich mich auf der Fachgruppensitzung zu einer der beiden neuen Sprecherinnen wählen lassen. Die Formulierung ist demokratietheoretisch vielleicht ein wenig seltsam. Kann man sich verabredungsgemäß wählen *lassen*? Aber so war es. Ich habe eine Art Zusage eingelöst: In der Gründungsphase der Fachgruppe hatten wir vereinbart, dass Anne und Rebekka das Sprecherinnenamt für einen ersten Zeitraum von ca. zwei bis drei Jahren übernehmen, dann aber abgelöst werden möchten. Ich sehe mich jetzt in der Verantwortung.

Auf der Sitzung hebt dann kurz nach mir eine sympathisch wirkende Frau, die mir bereits vorher in verschiedenen kleinen Gesprächen aufgefallen war, die Hand. Ich bin zunächst ein wenig verblüfft, denn in den meisten selbstverwalteten Strukturen, die ich bisher kennengelernt habe, werden Ämter vorher diskutiert und übernommen bzw. übergeben. Man schätzt Möglichkeiten und Themen ein, wägt Zugehörigkeiten zu verschiedenen Interessengruppen ab, trifft letztlich auf einer informellen Ebene Vorentscheidungen. Hier nicht. Ich lache in mich hinein: Kristinas Vorstoß, ihr begeisterndes Interesse hat eine demokratische Dynamik freigesetzt.

Jetzt in Düsseldorf betrete ich das Café. Kristina ist bereits da und ich setze mich zu ihr an den Tisch, auf dem bereits ein großer Becher mit einem heißen

Getränk steht. Wir berichten uns über unsere Anreisen – die üblichen Bahngeschichten – und wechseln ein paar Worte zum Wetter, das sich an diesem Dezembertag mild und sonnig präsentiert. Als mein dringend notwendiger Kaffee kommt, erzählt Kristina, wie unangenehm, ja peinlich, es ihr im Nachhinein war, sich auf dem Fachgruppentreffen zur Wahl gestellt zu haben. Wie sie sich über sich selbst gewundert habe.

Kathrin: „Aber das passt doch zur Idee der Fachgruppe!“

Kristina: „Ok? (lacht) Wieso? Erklär mal bitte!“

Kathrin: „Wir wollten ein offenes, niederschwelliges Projekt, eher ein Kollektiv statt einer hierarchischen Struktur entlang von Titeln oder formalen Positionierungen. Das haben wir auf dem Gründungstreffen auf der DGSA Tagung 2019 jedenfalls genauso diskutiert. Und du siehst es ja auch an der Zusammensetzung der Fachgruppe: Es sind Studierende dabei, Promovend*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, Praktiker*innen und Lehrende. Dazu steht ja auch immer wieder die Frage im Raum, Interessensvertretungen von Adressat*innen und Nutzer*innen Sozialer Arbeit, die ihre Erfahrungen in den wissenschaftlichen Diskurs der Sozialen Arbeit einbringen wollen mit der Fachgruppe anzusprechen. Na, du kennst das: Um eben nicht nur *über* die Perspektive der Leute zu reden, sondern *mit* ihnen. Bedenken dabei waren allerdings, dass eine Beteiligung in Dekoration münden könnte oder in eine Instrumentalisierung, wie wir sie ja auch kritisch beim Fachtag über partizipative Forschung diskutiert haben (Enders et al. 2022).

Jedenfalls passt deine spontane Beteiligungsaktion zur Fachgruppe. Dass du da sitzt und denkst: Das *make* ich jetzt zu *meinem* Ding. Die Fachgruppe soll ein Ort sein, an dem Leute die Stimme erheben können, Fragen stellen, Zweifel äußern und gehört werden. Sie soll außerdem ein Ort sein, der auf Interessen von Adressat*innen Sozialer Arbeit, Nutzen und auch Beschädigungen durch Soziale Arbeit aufmerksam macht. Wir haben uns gewünscht, die selbstreferentiellen Bühnen performativer Wissenschaftsaufführungen, wie wir sie oft genug auf Tagungen und in Kolloquien erlebt haben, auf den Boden einer offeneren Diskussionsform zu holen, sozusagen in die Arena der Leute, die sich jeweils beteiligen wollen.“

Kristina: „Wo du gerade verschiedene Punkte ansprichst, die mit der Idee der Gründung der Fachgruppe zu tun haben: Es gibt die Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“ jetzt seit knapp drei Jahren, oder?“

Kathrin: „Ja. Die Idee kam 2018 bei der DGSA Tagung an der HAW Hamburg zwischen Tür und Angel auf. Einige von uns kannten sich schon länger vom

Kolloquium „Sozialpädagogische Nutzerforschung“ von Andreas Schaarschuch und Gertrud Oelerich aus Wuppertal. Wir hatten vor dem Hintergrund ganz unterschiedlicher theoretischer Verortungen⁵ verschiedene Studien mit dem Fokus auf Erbringungsverhältnisse Sozialer Arbeit aus der Adressat*innen- und Nutzer*innenperspektive in diversen Handlungsfeldern angefertigt⁶ und in der Folge viel darüber diskutiert, dass diese Perspektive in der Wissensproduktion Sozialer Arbeit nach wie vor zu wenig Beachtung findet. Es gibt auch kaum Orte und Gelegenheiten sich über besondere Handlungsfelder oder Funktionen hinweg miteinander auszutauschen. Das erscheint zwar einigermaßen erstaunlich, da sich ja Soziale Arbeit in ihrer Herstellung ohne die Produktionsleistung derjenigen, die von ihr betroffen sind bzw. adressiert werden, gar nicht denken lässt (Aghamiri et al. 2018). Aber dennoch schien es uns so, als hätten die Professions- und Disziplindebatten vor allem das professionelle Handeln im Blick und weniger die Möglichkeiten und Barrieren der Aneignung Sozialer Arbeit durch die Nutzer*innen. Das wollten wir mit der Fachgruppengründung ändern.“

Kristina: „Vielleicht habe ich mich deshalb so angesprochen gefühlt, als ich euch quasi ‚gefunden‘ habe bzw. die Fachgruppe in Person von Rebekka eigentlich ja mich gefunden hat. (*lacht*) Es gibt aber schon auch einen Hype um Adressat*innenperspektiven. Manchmal geht es dann allerdings vor allem darum, dass die Leute wollen, was sie *sollen*. Vielleicht wollte ich also auch gerne rausfinden, was bei euch anders ist.“

Kathrin: „Ja, beides ist möglich. Du hast das ja auch alles mitbekommen, das ist ja dein Thema, oder? Eigentlich sind zwei Fragen für die Fachgruppe zentral: Zum einen, wie die professionstheoretische, emanzipatorische Forderung nach Partizipation von Adressat*innen und (Nicht-)Nutzer*innen, die ja in allen normativen Grundlagentheorien der Sozialen Arbeit eine Rolle spielt, in der Praxis eingelöst werden kann? Das geht ja nicht von selbst – so nach dem Motto: Wir sind die Guten, die mit der Partizipation. Im Gegenteil: Damit rückt die Frage von Macht und Dominanz in Forschung und Praxis in den Mittelpunkt.“

Und zum anderen ergibt sich die Frage, wie wir als Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen die erste Frage bearbeiten können, ohne wiederum ein verkürztes individualisierendes Subjektverständnis zu reproduzieren? Entweder nach dem

5 Zur sozialpädagogischen Nutzerforschung: Oelerich/Schaarschuch 2005; zu „empirischer Alltagsforschung“: Bareis/Cremer-Schäfer 2013; zur Einführung in akteursbezogene Perspektiven: Schaarschuch/Oelerich 2005; Bitzan/Bolay/Thiersch 2006; Schimpf/Stehr 2012, Bareis et al. 2013 sowie Graßhoff 2013

6 Siehe auch die Leseliste der DGSA-Fachgruppe (2022)

gesellschaftliche Bedingungen und Umstände verachtenden Mantra: Jede ist ihres Glückes Schmied, also mach was aus Sozialer Arbeit! Oder: Irgendwie ist die Aneignung Sozialer Arbeit eben auch beliebig. Etwas demütiger heißt das für die Fachgruppe u.a., dass wir anstreben, akteursbezogene Forschungsperspektiven für Wissenschaft und Praxis stärker sichtbar zu machen, und dass wir im Austausch mit Nutzer*innen-Interessenvertretungen Möglichkeiten und Begrenzungen Sozialer Arbeit aufzeigen wollen.“

Kristina (grinst): „Klingt so als hätten alle Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nur auf die Fachgruppe gewartet.“

Kathrin (lacht): „Einige in der DGSA organisierte Kolleginnen und Kollegen waren eher der Ansicht, dass unser Anliegen so selbstverständlich für Soziale Arbeit in Disziplin und Profession sei, dass es als Querschnittsthema eigentlich keine eigene Fachgruppe bräuchte. *(lacht wieder)*

Da haben wir gesagt: Na gut, dann bilden wir doch gleich eine Sektion. Daraufhin wurde die Fachgruppe dann zugelassen und wir konnten auf der DGSA Tagung in Stuttgart 2019 unser erstes „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht-) Nutzung Sozialer Arbeit“-Panel anbieten. Anne van Rieën, Rebekka Streck und Katja Jepkens haben damals sehr eindrücklich Forschungsergebnisse über den Nutzen und Nicht-Nutzen Sozialer Arbeit präsentiert. Ich habe moderiert und die Fachgruppe vorgestellt. Die Organisator*innen der Tagung hatten uns als neuer Fachgruppe einen recht kleinen Raum zugeordnet. Da gingen bequem vielleicht 25 Leute rein. Jedenfalls kamen dann am Ende über 60 interessierte Kolleg*innen, die sogar im Flur standen. Dabei waren sehr viele Nachwuchswissenschaftler*innen und wir haben gedacht, dass wir da offenbar ein Thema zu fassen bekommen haben, dass viele bewegt, die quasi mit einer normativ-ethischen Professionalisierungsdebatte aufgewachsen sind, aber in Forschung, Lehre und Praxis immer wieder feststellen, dass das Erbringungsverhältnis Sozialer Arbeit nur mit Blick auf die Selbsttätigkeit der Leute beschrieben werden kann, die von ihr betroffen sind. Und dass Soziale Arbeit per se eben nicht immer einen guten Job macht, sondern auch Schaden anrichtet.“

Kristina: „Daran kann ich mit meiner Erfahrung als Fachgruppen-Neuling gut anschließen. Als die Fachgruppe, in Gestalt von Rebekka, und ich uns im Herbst 2020 fanden, Rebekka mir den Newsletter weiterleitete, sah ich, wer da alles in der Adresszeile zu finden war. Das machte aus zwei Gründen großen Eindruck auf mich.

Zum einen tummelten sich dort all die Autor*innen, die ich mit Neugier gelesen hatte, um deren Perspektiven auf Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierung kennenzulernen. Zum anderen war ich erstaunt ob der Menge. Das mussten über

50 Kontakte sein. Hatte ich Adressat*innen- und Nutzer*innenorientierung bis dahin als 'mein Nischenthema' betrachtet, machte mir diese Beobachtung deutlich, dass ich mich mit einem für viele Leute und auf unterschiedlichsten Ebenen relevanten Phänomen befasse. Was meinst du, woher rührt dieses Interesse?“

Kathrin: „Was hältst du von der Idee, die Mitglieder zu dieser Frage selbst zu Wort kommen zu lassen?“

Kristina: „Wir könnten sie bitten, uns entsprechende Mikroartikel zu der Frage zu senden, was sie dazu bewogen hat, sich der Fachgruppe anzuschließen und sich dort zu engagieren.“

Gesagt. Getan. Anfrage an die Fachgruppe

Dem Aufruf folgen zehn Fachgruppenmitglieder: Neulinge als auch Gründungsmitglieder. Wir können fünf Themenbereiche identifizieren, die von den Memo-Schreiber*innen relevant gemacht wurden.

Die jeweiligen Zitate stehen exemplarisch für eine von vielen Perspektiven und spiegeln in ihrer Auswahl wohl noch am deutlichsten die subjektiven Wirklichkeitskonstruktionen der namentlich genannten Autor*innen dieses Beitrags wider.

Zum einen beschreiben die Mitglieder der Fachgruppe ein besonderes Vertrauen in den Zusammenhang. Dies speist sich aus der Erfahrung, dort Dinge und Themen ansprechen zu können, denen eine eigensinnige fachliche Bedeutung zugemessen wird.

„Die Besonderheit meiner Teilnahme an der Fachgruppe liegt für mich in der eigenen, freiwilligen Wahl dieses neuen sozialen Kreises. Ich verbinde die Fachgruppe mit dem Gefühl einer fachlichen Heimat und die inhaltliche Verbundenheit weckt neue Energien, um – on Top – an Diskursen, Publikationen und Fachtagungen mitzuwirken.“ (Artikel_6_MD)

„Mit der Fachgruppe möchte ich die Bedingungen für (Nicht-)Nutzung diskutieren.“ (Artikel_9_KS)

Diese Verbundenheit ergibt sich über die geteilte Perspektive der Fachgruppe, aber auch aus einer sich daraus ergebenden Form von ‚Misstrauen‘ gegenüber der Proklamation des per se ‚Guten‘ in der Sozialen Arbeit. Die Mitglieder der Fachgruppe nehmen demgegenüber auch die Aspekte von Beschädigung durch und in der Sozialen Arbeit in den Blick. Damit gehen dann auch Ideen von Aktivierung einher.

„Die Menschen müssen von der Sozialen Arbeit etwas haben können, dass es ihnen ermöglicht, als politische Subjekte „gute“ politische Entscheidungen zu treffen. Und alles was dem im Wege steht, auch hinsichtlich der institutionellen Programmatik

des Sozialstaates, der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit, gehört kritisiert.“ (Artikel_2_CB)

Diese Vorstellung von Ermächtigung speist sich bisweilen aus einem grundlegenden Zweifel an der Vorstellung, dass jemand definieren kann, wie die Welt zu sein ‚hat‘ bzw. eine Widerständigkeit gegenüber etablierten Wirklichkeiten.

„(...) dass da noch viel mehr Wirklichkeiten in der Welt sind, als ich es mir in meinem kleinen Kopf vorstellen kann, treibt mich seitdem privat, wissenschaftlich und in der sozialarbeiterischen Praxis um. Diese sozialen Wirklichkeiten faszinieren mich und ringen mir Respekt – und um mit einem Thierschen Wort zu sprechen „Demut“ – ab. Ich fühle mich also in meinem Kopf gefangen und versuche alltäglich diese Grenzen meiner Schädeldecke – zu erforschen, zu erweitern und zu überschreiten.“ (Artikel_4_RS)

Diese (allgemeine) Einsicht in und das Interesse an subjektiven Wirklichkeitskonstruktionen, ohne die Soziale Arbeit lediglich selbstprogrammatisch bleiben kann, bedeutet für viele der antwortenden Fachgruppenmitglieder in diesem Sinne auch, dass sie durch ihr Engagement und ihre wissenschaftliche wie praktische Tätigkeit Barrieren der Inanspruchnahme abbauen wollen.

Zusammenfassend ist die Fachgruppe inhaltliche Heimat, kritischer Reflexionsraum, Erinnerung an soziale Verantwortung. Diese Themen sind – und das ist möglicherweise das genuine an dem beschriebenen Zusammenhang – für viele der Mitglieder mit einer Idee verbunden, den Adressat*innen Sozialer Arbeit in dem Erbringungsverhältnis mehr Gewicht zu geben.

„Es ist mir somit wichtig diese Strukturen aus Sicht der Nutzer*innen und Adressat*innen im Blick zu haben und im Kontext von professionellem Handeln mitzudenken. Die Fachgruppe scheint mir hierbei einen wichtigen Diskussionsrahmen zu ermöglichen, in dem Praxis und Struktur Sozialer Arbeit kritisch aus der Perspektive der Nutzer*innen und Adressat*innen betrachtet und besprochen und diese ggf. im Kontext von Konferenzen und Fachtreffen sichtbar gemacht werden kann.“ (Artikel_5_DM)

Unser Ziel war es, vielfältige Einblicke in die Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht-)Nutzung Sozialer Arbeit“ zu geben. Nun ist es an den Lesenden zu entscheiden, inwieweit sich hier – im Sinne Heimanns – von einer Manifestation sozialer Ideen (Böhnisch 2020: 39) bzw. einer „Bewegung“ sprechen lässt. Wir würden uns sehr freuen dazu mit interessierten Leser*innen in den Austausch zu kommen.

Literatur

- Adams, T. E.; Ellis, C.; Bochner, A. P.; Ploder, A.; Stadlbauer, J. 2020: Autoethnografie. In: Mey, G; Mruck, K. (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Wiesbaden: 1-21
- Aghamiri, K.; Reinecke-Terner, A.; Streck, R.; Unterkofler, U. 2018: Doing Social Work. Ethnographische Forschung als Theoriebildung. Opladen u.a.
- Bareis, E.; Cremer-Schäfer, H. 2013: Empirische Alltagsforschung als Kritik Grundlagen der Forschungsperspektive der „Wohlfahrtsproduktion von unten“. In: Graßhoff, G. (Hg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Wiesbaden: 139-159
- Bitzan, M.; Bolay, E. 2013: Konturen eines kritischen Adressatenbegriffs. In: Graßhoff, G. (Hg.): Adressaten, Nutzer, Agency. Wiesbaden: 35-52
- Bochner, A. P.; Ellis, C. 2016: Evocative autoethnography. Writing lives and telling stories. New York, London. Online verfügbar: <http://lib.myilibrary.com/detail.asp?ID=916539>
- Böhnisch, L. 2020: Die Dialektik der Angewiesenheit. Bielefeld
- Breuer, f.; Muckel, P.; Dieris, B. 2019: Reflexive Grounded Theory. Eine Einführung für die Forschungspraxis. 4. Aufl. Wiesbaden
- Chang, H.; Ngunjiri, f.; Hernandez, K.-A. C. 2012: Collaborative Autoethnography. Walnut Creek. Online verfügbar: <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=1110067>
- Dettmann, M. (Hg.) 2022: Themenheft: Partizipative Forschung. Der Forschungsstil mit Konsequenz. standpunkt: sozial 1/2022
- DGSA-Fachgruppe „Adressat*innen, Nutzer*innen und (Nicht)Nutzung Sozialer Arbeit“ 2022: Leseliste. In: dies.: Positionspapier
- Enders, K.; Aghamiri, K.; Beckmann, C.; Günnewig, N.; Heuer, I.; van Rieën, A. 2022: „Und was haben die Co-Forschenden davon?“ Mit einer Einleitung von Marlene-Anne Dettmann. In: standpunkt:sozial 1/2022: 79-95
- Flick, S.; Herold, A. (Hg.) 2021: Zur Kritik der partizipativen Forschung. Forschungspraxis im Spiegel der Kritischen Theorie. Weinheim, Basel
- Graßhoff, G. (Hg.) 2013: Adressaten, Nutzer, Agency. Wiesbaden
- Kessl, f.; Klein, A. 2010: Das Subjekt in der Wirkungs- und Nutzerforschung. In: Otto, H.-U.; Polutta, A.; Ziehler, H. (Hg.) What works – welches Wissen braucht die soziale Arbeit? Opladen: 63-82
- Oelerich, G.; Schaarschuch, A. (Hg.) (2005): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit. München.
- Schimpf, E.; Stehr, J. (Hg.) 2012: Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden

Kathrin Aghamiri

E-Mail: k.aghamiri@fb-muenster.de

Kristina Enders

E-Mail: Kristina.Enders@uni-siegen.de

**Jetzt Digitalabo
bestellen!**
dasnd.de/digitalabo





Miniaturen

Gespräch mit Michael Lindenberg – Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung Hamburg

WV (Wolfgang Völker): Was war der Anlass zur Gründung des Bündnisses gegen GU und wer hat sich damals zusammengefunden? Waren auch Leute dabei, die nichts mit Sozialer Arbeit zu tun hatten?

ML (Michael Lindenberg): Anlass waren die Pläne des damaligen Hamburger Senats, im Jahr 2001 die geschlossene Unterbringung in der erzieherischen Jugendhilfe wieder einzuführen. Zunächst war die Rede von 160 Plätzen, dann von 80, dann von 40. Schließlich waren es weniger als zehn Plätze, und diese Einrichtung wurde dann auch nur für kurze Zeit geführt. Aber dieses extreme und von der Fachwelt überhaupt nicht geteilte politische Ansinnen weckte die Empörung der Fachleute. Damals schlossen sich 48 Hamburger Träger zur Initiative gegen die Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung zusammen. Und ja, es waren nur Fachleute. Die Initiative war und ist bis heute nicht Ausdruck eines zivilgesellschaftlichen, sondern eines fachpolitischen Engagements.

WV: Woran liegt das? Was ist mit den betroffenen Jugendlichen?

ML: Ich glaube, zur Beantwortung und zum Verstehen dieser Frage müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die Jugendlichen vor einem mächtigen Apparat der Erwachsenen stehen. Jugendamt, Gerichte, alle Einrichtungen stehen ihnen als geschlossener Block gegenüber. Das macht hilflos. Außerdem mache ich mir irgendwann das Urteil meiner Umwelt zu eigen. Wenn mir gesagt wird, dass ich Probleme habe, die ein energisches Eingreifen durch die Erwachsenen erfordern, dann glaube ich auch das. Und nicht vergessen dürfen wir, dass sie wirklich erhebliche Schwierigkeiten haben. Wir wissen, dass viele Jugendliche sich selbst Hilfe erhoffen. Ihr Urteil gegenüber geschlossenen Unterbringungen ist nicht einhellig negativ. Und um ein Beispiel aus unserer eigenen Lebenswelt zu geben: wenn wir in einem Krankenhaus schlechte Behandlung erfahren haben, würden wir dann grundsätzlich die Frage stellen, ob das abgeschafft gehört? Vermutlich

nicht, denn Krankenhäuser sind unhintergehbare Orte. Ich denke, so werden auch geschlossene Einrichtungen von Jugendlichen wahrgenommen.

WV: Wie machen die Leute bei Euch mit? Als Einzelpersonen? Als Vertreter:innen von Trägern?

ML: Es waren zunächst die Vertreter und Vertreterinnen dieser vielen Träger. Nach und nach, das muss auch gesagt werden, lösten sich diese Träger jedoch ab, und übrig blieben hauptsächlich Einzelpersonen. Mittlerweile können wir lediglich von nur noch einem Hamburger Dachverband sprechen, der Mitglied ist. Aber der Begriff „Mitglied“ ist nicht wirklich ganz zutreffend. Es handelt sich bei dem Aktionsbündnis um keinen Verein, um keine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder dergleichen. Es ist einer dieser eher seltenen freien Zusammenschlüsse von Menschen, die eine gemeinsame Idee vertreten, ohne dafür eine Körperschaft zu gründen und regelhaft staatliche Mittel einzufordern; die würden wir ohnehin nicht bekommen.

WV: Wie beschreibst Du das Verhältnis des Bündnisses zu sozialarbeiterischen Fachöffentlichkeiten und zu Entscheidungsträgern in Politik und Behörden?

ML: Die sozialarbeiterische Fachöffentlichkeit ist nach meiner Wahrnehmung vollständig gespalten. Hier stehen sich zwei feindliche Lager gegenüber. Die Befürworter und Befürworterinnen finden gute Gründe für die geschlossene Unterbringung, die Gegner ihre. Es ist schwer, dies zusammenzufügen. Letzten Endes wird der Spur des Geldes gefolgt. Es ist nicht besonders klug, und die Geschäftsführungen der Jugendhilfeträger tun nicht unbedingt gut daran, sich gegen geschlossene Unterbringung fachlich zu positionieren, wenn sie politisch gewollt ist, und das ist sie in den meisten Bundesländern.

Auf der anderen Seite sind sie aber auch nicht bereit, sich diesem, wie soll ich sagen, „gefährlichen Handwerk“ zuzuwenden. Wenn ich von „gefährlich“ spreche, meine ich übrigens nicht die Kinder und Jugendlichen, sondern die Öffentlichkeit, die über die Medien sofort darüber informiert wird, wenn problematische Fälle auftauchen. Jeder öffentlichkeitswirksame Fall ist schlecht für den betroffenen Träger.

WV: Gibt es denn Fälle, in denen Behörden und Politik direkt Druck auf Träger ausüben? Seid ihr schon mal von Behörden und Politik zum Streit über GU eingeladen worden?

ML: Selbstverständlich wird kein direkter Druck ausgeübt. Das läuft viel subtiler, wie ich eben beschrieben habe. Wenn auf der politischen Ebene entschieden wird, in dem jeweiligen Bundesland eine geschlossene Unterbringung einzuführen, dann wird das auf der ministeriellen Ebene konzipiert und mögliche Träger werden angesprochen. Nicht jeder wird es machen wollen, aber alle werden wissen, woher der politische Wind weht, und sie werden sich entsprechend vor-

sichtig verhalten müssen. Und ganz gewiss werden wir kaum einmal eingeladen, um unsere Position vorzutragen. Machen wir uns nichts vor: Als vor 40 Jahren die geschlossenen Heime abgeschafft wurden, war es auch nicht opportun, sich weiterhin dafür einzusetzen. Mittlerweile ist das wieder möglich. Es herrscht gewiss kein Klima der Angst, das nicht, aber eins der Vorsicht. So bitten etwa manche Kollegen und Kolleginnen ausdrücklich darum, dass im Kontakt mit dem Aktionsbündnis ihre Dienstanschrift nicht benutzt wird.

WV: Ihr seid ja auch immer wieder von Medien angesprochen, bevorzugt von der taz, wenn wieder Mal in Schleswig-Holstein oder Brandenburg jungen Leuten Übel zugefügt worden sind. Hat sich dadurch eure Arbeit geändert?

ML: Nein, die Arbeit ist von Anfang an auch praxisorientiert und nicht nur fachpolitisch. Wir haben junge Menschen beraten, die aus einer geschlossenen Unterbringung entwichen sind, auch jene, die entlassen wurden und erste Unterstützung brauchten. Aber hauptsächlich haben uns betroffene Eltern kontaktiert, in der Regel die Mütter, die ihr Kind in gutem Glauben einer geschlossenen Unterbringung überantwortet hatten, dann merkten, was dort passiert, ihr Kind aus dieser Einrichtung herauslösen wollten und dabei scheiterten. In der Rückschau muss ich sagen, dass dies sehr belastende Gespräche mit sehr verzweifelte Eltern gewesen sind, denn in aller Regel waren die Unterbringungsbeschlüsse rechtssicher und die Mütter und Väter chancenlos.

WV: In dem Film bzw. dem Buch zum Tribunal gegen geschlossene Unterbringung äußern sich ja auch Jugendliche und Eltern. Wie haben die Jugendlichen und Eltern Zugang zum Bündnis bekommen bzw. wie hat das Bündnis Zugang zu denen bekommen? Welche Möglichkeiten habe die Adressat:innen/Betroffenen, beim Bündnis mitzumachen und die Arbeit zu beeinflussen?

ML: Wer das Stichwort „geschlossene Unterbringung“ im Netz eingibt, kommt sehr schnell auf unsere Seite und kann dann die entsprechende Telefonnummer finden. Außerdem bilden die Jugendlichen, die in der geschlossenen Unterbringung sind oder waren, eine eigene Erfahrungswelt und sind sehr häufig eng miteinander verbunden. So sind in einigen Fällen entwichene Jugendliche zu uns gekommen, und wir waren ihre erste Anlaufstation, nicht nur im Blick auf die Frage, wo sie nun leben sollten, sondern auch, wie ihre Probleme, die zur Flucht geführt haben, in die Öffentlichkeit getragen werden können. Es sind zwei Gruppen von Jugendlichen, mit denen wir zu tun haben: Die erste Gruppe muss sehen, wie sie weiterlebt, wie sie überlebt, wie sie ihren Kopf aus der Schlinge der geschlossenen Unterbringung zieht. Die zweite Gruppe hat das bereits geschafft und denkt darüber nach, wie sie ihr eigenes Schicksal bekannt machen und damit verhindern kann, dass so etwas weiterhin geschieht. Aber es macht nun überhaupt

keinen Sinn, die Mitstreiter und Mitstreiterinnen gegen geschlossene Unterbringung als einen Zusammenschluss Betroffener zu bezeichnen. Wir sind Fachleute aus der Praxis und aus der Wissenschaft, aber unsere Treffen sind offen, und wir gehen mit allem um, was da kommt.

WV: Gibt es Kooperationen mit anderen Initiativen mit gleichen Zielen auf Bundesebene? Was macht ihr in diesen Kooperationen, was erhofft ihr Euch?

ML: Sehr erfreulich haben wir nun ein bundesweites Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung, an dem sich viele Fachleute beteiligen. Im Augenblick sind Hessen, Thüringen, Sachsen, Hamburg und Bremen vertreten. Wir sind regelmäßig miteinander verbunden, tauschen Informationen aus und koordinieren unsere Aktivitäten. In diesem Jahr führen wir erstmals eine gemeinsame, bundesweit organisierte Tagung in Hamburg durch.

WV: Kooperiert Ihr auch mit den Zusammenschlüssen ehemaliger Heimkinder? Was macht ihr da?

ML: Selbstverständlich sind wir in Kontakt zu diesen Gruppen. Wir sind sehr froh, dass sich hier in den letzten Jahren sehr viel getan hat und sich ehemalige Heimbewohner und Heimbewohnerinnen zusammenschließen und übrigens dafür auch die Unterstützung durch staatlich finanzierte freie Träger bekommen. Wir haben das Glück, dass uns vor einigen Jahren eine Stiftung einen Summe von 30.000 € übertragen hat. Dieses Geld verwenden wir für die anwaltliche Unterstützung von Betroffenen, die im Rahmen von Gerichtsverfahren ihre Ansprüche durchzusetzen versuchen. Wir haben von diesem Geld auch schon ein Rechtsgutachten finanziert und zwei Tagungen. Leider geht diese Summe langsam zur Neige. Im Augenblick beabsichtigen wir, die Restgelder für die Durchsetzung von Entschädigungsforderungen für Geschädigte der Haasenburg einzusetzen.

WV: Wie finanziert Ihr Eure Arbeit?

ML: Es gibt keine weitere Finanzierung. Wir geben unsere Zeit so wie viele andere Menschen in Deutschland, die sich für eine Sache als unabhängige Freiwillige einsetzen. Das muss auch so bleiben. Die Unabhängigkeit ist unsere schärfste Waffe.

WV: Versteht Ihr Euch als Aktivist:innen in der Profession oder als soziale Bewegung neben oder jenseits der Sozialen Arbeit?

ML: Auf eine Frage nach dem „Euch“ kann ich nicht verbindlich antworten. Aber ich glaube doch sagen zu dürfen, dass wir aktive Fachleute in der Sozialen Arbeit sind, die mit Betroffenen kooperieren, wenn die das wollen. Doch in erster Linie motiviert uns unser Fachverstand, unsere fachpolitische Orientierung und unsere erzieherische Grundhaltung seit nunmehr 20 Jahren.

E-Mail: kontakt@geschlossene-unterbringung.de

Homepage: <https://www.geschlossene-unterbringung.de/>

Gespräch mit Madeleine Does (Mado)¹ und Tina Röthig² – Poliklinik Veddel

Was war der Anlass zur Gründung der Poliklinik und wer hat sich da zusammengefunden? Waren auch Leute dabei, die nichts mit Sozialer Arbeit oder medizinischer Versorgung zu tun hatten?

Mado: Viele der Gründungsmitglieder waren und sind beim Medibüro in Hamburg aktiv, das medizinische Hilfen und Zugänge für Illegalisierte und Menschen ohne Krankenversicherung organisiert. In ihrer alltäglichen Praxis stellten sie fest, dass eine rein medizinische Versorgung für diese vulnerable Gruppe oft nicht ausreicht. Deshalb entwickelten sie die Vision eines Stadtteilgesundheitszentrums mit vielschichtigen Angeboten.

Tina: Am Anfang der Poliklinik kamen viele aus dem medizinischen Bereich, aber auch aus dem erweiterten politischen Umfeld. Viele haben eine zunehmende Ökonomisierung und Neoliberalisierung des Gesundheitssektors festgestellt und im Arbeitsalltag ganz praktisch erlebt. Unsere Vision ist, mit der Poliklinik Hierarchien zwischen den Gesundheitsberufen abzubauen und die eigenen Arbeitsbedingungen mitgestalten zu können.

Mado: Mit der Poliklinik wird ein politischer Ansatz verfolgt. Es sollen nicht nur Individuen versorgt, sondern auch die krankmachenden Faktoren behandelt werden. Wir verknüpfen die ambulante Versorgung mit der sozialen Frage, orientiert an Modellen der Community Health Center in Kanada oder Belgien. Das Konzept wurde prozesshaft erarbeitet und es kamen weitere Mitstreiter*innen hinzu.

Tina: Auch in Hamburger Stadtteilen gibt es eine Ungleichheit in der Lebenserwartung von bis zu zehn Jahren, je nach dem sozioökonomischen Status, zudem herrscht eine medizinische Unterversorgung, etwa im Osten und Süden der Stadt. Dort lassen sich zu wenig Allgemeinärzte und Kinderärzte nieder. Vor allem gibt es einen Mangel an Fachärzten. Dazu kommt, dass die Bewohner*innen meist früh chronisch erkranken. Armut und Wohnsitz entscheiden darüber, wie gesund Du leben kannst. Das sind strukturelle Ursachen. Die Poliklinik will an den krankmachenden Faktoren ansetzen, den sozialen Determinanten: prekäre Wohn- oder Arbeitsverhältnisse, Diskriminierungserfahrungen, belastende Um-

1 Sozialarbeiterin in der Sozial- und Gesundheitsberatung der Poliklinik. Sie unterstützt zudem die Kolleg*innen vom Kooperationsprojekt Romani Kafava, einer Selbstorganisation von Romn*ja.

2 Sozialarbeiterin mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, sie koordiniert Präventionsprojekte in der Poliklinik.

weltfaktoren. Das sind alles Stressoren im Alltag. Wir möchten mit Prozessen der Kollektivierung und des Empowerments Veränderungen bewirken.

Welche Berufsgruppen sind in der Poliklinik tätig? Wie arbeiten sie zusammen? Gibt es Hierarchien was die Ausrichtung eurer Arbeit angeht?

Mado: In der Poliklinik Veddel arbeiten wir in einem interdisziplinären Team aus Ärzt*innen, medizinischen Fachangestellten, Pfleger*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und einer Hebamme. Einige bringen Kenntnisse mit aus dem Kommunikationsdesign, Recht, Politikwissenschaft oder arbeiteten pädagogisch als Tischler. Wir sind in der allgemeinmedizinischen Praxis oder im Verein der Poliklinik angestellt. Es ist uns ein Anliegen, vor allem die Berufsgruppen zu stärken, die weiblich konnotiert sind, weniger gesellschaftliche Anerkennung erhalten oder deprofessionalisiert werden. Beispiele sind die Pflege, aber auch die Soziale Arbeit. Mit dem Pilot-Projekt *Community Health Nurse* wird in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften ein neues Modell der Pflege zwischen Gemeinwesenarbeit und Versorgung auf der Veddel entwickelt.

Tina: Wir treffen uns wöchentlich in den multiprofessionellen Teamsitzungen. Da tauschen wir uns über Fragen in der Versorgung und Praxis aus und führen gemeinsame Fallbesprechungen durch. Zudem hat jeder Fachbereich eine Arbeitsgruppe, an der alle Interessierten teilnehmen können. Dort wird die jeweilige Arbeit in Bezug auf das gesamte Gesundheitszentrum reflektiert und weiterentwickelt.

Mado: Unser Ideal ist, Hierarchien zwischen Berufsgruppen abzubauen. Wir streben einen gleichen Lohn an und setzen uns intern mit Hierarchien, unseren sozialen Hintergründen und gelingender Kommunikation auseinander.

Tina: Wir arbeiten als Kollektiv. Wir besprechen alle wichtigen Anliegen im wöchentlichen Plenum und treffen dort Entscheidungen. Doch nicht alle, die im Kollektiv sind, arbeiten auch in der Poliklinik. Mittlerweile konnten wir einige bezahlte Arbeitsplätze schaffen, doch vieles entsteht immer noch durch unentgeltliches Engagement.

*Welche Ziele verfolgt ihr mit der Poliklinik gegenüber den Patient*innen, im Stadtteil und darüber hinaus? Mit wem kooperiert ihr in Hamburg, mit wem auf Bundesebene oder transnational?*

Tina: Unsere Vision ist ein gutes und gesundes Leben für alle! Anhand der sozialen Determinanten versuchen wir die gravierenden Missstände der sozialen Ungleichheit, die auch auf der Veddel sicht- und spürbar sind, zu benennen, zu thematisieren und zu verändern. Ein wichtiger Bestandteil in der Poliklinik ist daher die Prävention, die Gemeinwesenarbeit und das transformative Organizing.

Dabei ist der Aufbau von Netzwerken als tragfähige, langfristige und solidarische Strukturen essentiell. Wir arbeiten mit verschiedenen Peers und Communities in der Nachbarschaft zusammen, wie z.B. beim temporären Impfzentrum. Neu entstehende Projekte werden zum Großteil gemeinsam mit Multiplikator*innen entwickelt.

Mado: Wir wissen aber auch, dass dies ein langer Prozess ist. Daher freuen wir uns schon über kleine Veränderungen und Verbesserungen im Stadtteil. So wurde eine Initiative von Mieter*innen durch uns unterstützt. Durch den Aufbau von öffentlichem Druck konnte der Abriss ihres Wohnhauses verhindert werden.

Tina: Wir sind auf der Veddel gut vernetzt, zum einen mit den anderen Einrichtungen und Trägern. Zum anderen mit den Nachbar*innen. Einige begleiten auch kontinuierlich die Prozesse der Stadtentwicklung rund um und auf der Veddel und sind unter anderem im Stadtteilbeirat oder in politischen Ausschüssen vertreten. Viele von uns sind in unterschiedlichen fachspezifischen Verbänden und Netzwerken oder linken Strukturen aktiv.

Mado: Zudem haben wir das Poliklinik Syndikat³ gegründet. Das Ziel sind viele Polikliniken in jeder Stadt. Wir supporten Gruppen, die ein Stadtteilgesundheitszentrum gründen möchten. Mittlerweile sind in dem Syndikat Gruppen aus Dresden, Leipzig, Jena, Berlin, Köln und Freiburg vertreten. Auch wollen wir uns mit Stadtteilgesundheitszentren in Europa vernetzen.

Wie finanziert ihr Eure Arbeit?

Mado: Die allgemeinmedizinische Praxis und die Hebamme finanzieren sich über die Krankenkassen. Die Arbeit der anderen Bereiche, die im Verein angegliedert sind, werden über Stiftungen, Spenden, behördliche Mittel oder Förderbeiträge des Vereins finanziert. Seit 2020 gibt es in einigen Städten eine Förderung für Integrierte Stadtteilgesundheitszentren, auch in Hamburg. Dieser Erfolg ist ein wichtiger Schritt für die Finanzierung und Verbreiterung des Ansatzes der Polikliniken.

Tina: Dennoch ist es ein Problem, dass ein großer Teil der Arbeit nur projektfinanziert ist, sprich nur einige Monate bis wenige Jahre Jahren planbar sind. Außerdem erhalten die Praxis und die Hebamme das Geld von der Krankenkasse nur anteilig pro behandelter Patient*in. Wir haben aber den Anspruch, uns Zeit in der Versorgung zu nehmen, Auch die multiprofessionelle Arbeit und die gemeinsame Entwicklung von Präventionsprojekten mit und für den Stadtteil ist im aktuellen Finanzierungsmodell für Arztpraxen nicht vorgesehen. Das muss geändert werden!

3 Homepage: <https://www.poliklinik-syndikat.org/>



*Wie unterscheidet sich ein Besuch in der Poliklinik Veddel von einem Besuch in einer allgemeinmedizinischen Praxis? Haben Nutzer*innen der Poliklinik Mitspracherechte bezüglich der Ausrichtung eurer Arbeit?*

Tina: Beim Betreten der Stadtteilpraxis eröffnet sich keine typische medizinische Praxis. Der Warteraum ähnelt einem Café mit einem offenen, einladendem Wartebereich. Die Patient*innen bekommen frischen Tee oder Kaffee. Wichtig ist, dass sich alle wohl fühlen.

Mado: Partizipation durchzieht all unsere Bereiche, angefangen beim Kontakt und in der Kommunikation mit den Nutzer*innen. Wie bereits beschrieben, nehmen sich alle Kolleg*innen in der Versorgung mehr Zeit, die Anamnese ist deutlich länger und geht mehr in die Tiefe. Wir fragen explizit nach Arbeits-, Wohn-, und Lebensverhältnissen, weil sie für unser Verständnis von Gesundheit wichtig sind. Nutzer*innen, die von mehreren Fachbereichen versorgt werden, haben immer die Möglichkeit eine so genannte Nutzer*innensprechstunde einzuberufen. Dort wird sich mit allen beteiligten Personen und Fachbereichen über Fragen, Handlungsmöglichkeiten und Ziele ausgetauscht.

Tina: Wir möchten, dass die Veddeler*innen die Poliklinik als ihr Stadtteilgesundheitszentrum verstehen und den Raum, die Angebote und Ausrichtung der Poliklinik mitgestalten. Aktuell wird ein partizipatives Forschungsprojekt auf der Veddel durchgeführt zum Gesundheitszustand im Verhältnis zu den sozialen Determinanten. Dafür konnten wir Multiplikator*innen aus dem Stadtteil gewinnen, die das Vorhaben als Stadtteilmforscher*innen begleiten. Langfristig streben wir einen Patient*innenrat an. Die Patient*innen gestalten und entscheiden aktiv mit.

*Wie seht ihr Euer Verhältnis zu anderen Einrichtungen der Gesundheitsversorgung, zur Ärzt*innenschaft, zu Krankenkassen und Behörden sowie zu politischen Entscheidungsträgern?*

Tina: Die Poliklinik als Stadtteilgesundheitszentrum wird vielerorts als Leuchtturm begriffen. Wir haben viele Fürsprecher*innen in Politik und Verwaltung, kooperieren mit Universitäten. Zudem leistet das Poliklinik Syndikat bundesweit viel Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Mado: Es gibt immer noch viel zu tun. Besonders wenn wie aktuell Private Equity Modelle (in medizinischen Versorgungszentren?) mit gemeinwohlorientierten Konzepten wie den Polikliniken in Konkurrenz gesetzt werden. Die Neoliberalisierung schreitet im Gesundheitsbereich weiter voran, auch im ambulanten Bereich. Allein dass die Kassenärzte nicht nach Bedarf in den Stadtteilen verteilt werden, sondern den Profitinteressen der Praxen folgen, ist ein großes Problem.

*Versteht Ihr Euch als Aktivist*innen in den Professionen (Gesundheit, Soziale Arbeit) oder als breitere soziale Bewegung?*

Tina: Wir sehen uns als Teil der sozialen Bewegungen und der Gesundheitsbewegung. Es ist wichtig, dass sich Professionen organisieren, dies findet nur zum Teil statt.

Unser Ansatz, das Recht auf Gesundheit mit Organizing und Stadtteilarbeit zu verbinden, ist ein politischer und ein bewusster Schritt. Ausgehend von den Alltagserfahrungen setzen wir an den Themen im Stadtteil und im Alltag an. Ziel ist die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, Solidarität erfahrbar werden zu lassen und konkrete, direkte Verbesserungen gemeinsam zu erwirken. Das setzt Aushandlung und Reflexion der eigenen Rolle voraus. Es ist ein gemeinsamer Lernprozess mit Aktiven aus dem Stadtteil und den Communities.

Auf welcher Ebene und in welchen Bereichen der Gesundheitsversorgung habt ihr Konflikte/geht ihr Konflikte ein?

Mado: Der finanzielle Druck ist hoch und die Projektfinanzierung nicht nachhaltig. Gleichzeitig sind wir eine Antwort auf die Fragen nach einem gerechten Zugang zu Gesundheit und ein zukunftsweisendes Modell für den ambulanten Bereich.

Tina: Unsere Position ist klar: strukturelle, gesellschaftliche Ursachen bilden sich im Lokalen ab. Wir werden nie müde dies zu betonen. Wir haben uns zum Beispiel seit Beginn der Pandemie dafür eingesetzt, dass es lokale Impfangebote und aufsuchende, niedrigschwellige Informationen zu Corona in den Stadtteilen geben muss. Und dass in ärmeren Stadtteilen genauso wie bei anderen vorrangigen, vulnerablen Gruppen geimpft werden muss. Vor dem Virus sind nicht alle gleich. Und die Veddel hat es im Hinblick auf die Inzidenzen im Hamburger Vergleich besonders hart getroffen. Nachdem aus unserer Sicht zu wenig passiert ist, haben wir eigenständig regelmäßig einen Corona-Info-Tisch gemacht und ein temporäres Impfzentrum errichtet. Und wir haben viel Pressearbeit zu den sozialen Bedingungen von Corona gemacht, mit einem Echo über Hamburg hinaus.

In den letzten Jahren wird staatlicherseits vermehrt nach Engagement in lokalen Netzwerken, Nachbarschaften und Quartieren gerufen? Welche Konflikte lassen sich aus eurer Sicht auf diesen Ebenen gut bearbeiten, welche schlecht oder gar nicht?

Tina: Community Building als der Aufbau von Netzwerken und gemeinsamer Praxis bilden die Basis für unsere Arbeit. Wir bauen Beziehungen auf und stärken sie langfristig durch konkretes gemeinsames Handeln und gemeinsam geteilte Erfahrungen. In der Gemeinwesenarbeit treten wir parteilich für die Interessen der Bewohner*innen ein. Wir schaffen Räume der Aushandlung und Auseinander-

setzung mit den Themen aus dem Stadtteil. Dabei gehen wir auch Konflikte ein. So streben wir derzeit Gespräche mit einem der größten Wohnungsunternehmen in Hamburg an, damit Veddel*innen mit dringendem Wohnungsbedarf nicht jahrelang auf der Warteliste für eine neue Wohnung stehen.

Mado: Ich denke, dass Konflikte auch lokal zu bearbeiten sind. Unsere Praxen bestehen aus Organizing, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und Aktionen wie Demos, Kundgebungen, Stadtteilversammlungen. Sobald es aber um bundesweite Gesetzgebungen geht, wird es schwieriger. Doch auch dort versuchen wir beispielsweise mit dem Syndikat anzusetzen. Wir kommen aus unterschiedlichen Gruppen des linken Spektrums, bringen unterschiedliche Erfahrungen und Praxen mit. Wir verbinden soziale Kämpfe mit dem Recht auf Gesundheit im Kleinen und hoffentlich auch im Großen.

E-Mail: info@poliklinik1.org

Homepage der Poliklinik <http://poliklinik1.org/>

Gespräch mit Hannah Wachter: „Drinne und draußen – Wissenschaftlerin und Aktivistin“¹

Du bist Aktivistin ... und Wissenschaftlerin. Wo, in welcher Weise und an welchen Punkten berühren sich Deiner Erfahrung nach beide Felder?

Aktivismus sollte in meinem Verständnis wissenschaftsbasiert stattfinden. Ein gutes Beispiel dafür ist Greta Thunberg, deren zentrale Forderung es ist, auf „die Wissenschaft“ zu hören bzw. etwas genauer ausgedrückt: auf den wissenschaftlichen Konsens, der in Bezug auf die Klimakrise in hohem Ausmaß zutrifft. Auch in meiner Arbeit als hauptamtliche Koordinatorin bei StoP-Stadtteile ohne Partnergewalt, versuche ich stets Wissenschaft und Aktivismus zu verknüpfen, indem ich wissenschaftliche Studien und empirische Erhebungen zu Partnergewalt für die Freiwilligen aufbereite und ihnen zur Verfügung stelle. Wissenschaft ist aus

1 Hannah Wachter ist Sozialarbeiterin und Sozialarbeitswissenschaftlerin. Sie ist hauptamtlich bei StoP Phoenixviertel tätig, einem Gemeinwesenarbeitsprojekt, in welchem nach dem Konzept „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ von Sabine Stövesand (HAW Hamburg) gearbeitet wird. Zudem unterrichtet sie an der FH Kiel, HS Düsseldorf und TH Köln und promoviert zum Thema StoP bei Sabine Stövesand und Susanne Maurer.

meiner Perspektive eine Möglichkeit, die eigene Sicht auf die Welt zu erweitern und Dinge zu sehen, die ich sonst in meinem Erfahrungshorizont nicht sehen würde. Beispielsweise macht es für mich als weiße Person Sinn, mich mit den Erfahrungshorizonten von PoC neben Gesprächen und Zuhören auch auf Basis von empirischen Erhebungen auseinanderzusetzen, um meinen eigenen Alltagsrassismus zu reflektieren. Die Wissenschaftsbasierung von Aktivismus umfasst für mich dabei (mindestens) zwei Komponenten: Die Frage nach dem WAS, also eine vertiefte Kenntnis zu einem Thema zu gewinnen, und die Frage nach dem WIE, also wie kann ich Veränderung mitgestalten – denn es gibt mittlerweile ja viel Forschung und Best Practice-Aufarbeitung zu Sozialen Bewegungen oder Formen der Organisierung wie beispielsweise Community Organizing und Traditionen der Gemeinwesenarbeit. Im Sinne der lateinamerikanischen Methode „Systematisierung von Erfahrungen“ möchte ich anknüpfen und wertschätzen, wie Menschen vor mir gearbeitet und gestaltet haben. Als Sozialarbeiterin, die im Bereich der Gemeinwesenarbeit tätig ist, habe ich hierbei natürlich einen besonderen Zugang zum Thema Transformation und Arbeit an Verhältnissen. Es ist ein fundamentaler Unterschied im Vergleich zur Einzelfallarbeit, die ich an dieser Stelle keinesfalls abwerten möchte, da sie ebenso notwendig ist. In der Gemeinwesenarbeit sehe ich Menschen eher als Mitbürger*innen und nicht als Klient*innen. Und nicht zuletzt hat die Verbindung von Wissenschaft und Aktivismus ja auch in Aktionsforschung und in neueren Ansätzen wie einer Transformativen Wissenschaft auch schon eine Geschichte.

Wo siehst Du die Bezüge zwischen genderrelevanten Fragestellungen/Forschungen und queeren Themen in der Sozialen Arbeit sowie mögliche gemeinsame Themen, die politisierbar wären?

Das gemeinsame Thema sind die Geschlechterverhältnisse in ihrer Gesamtheit. Ein Teil meiner Familie kommt aus Ungarn und an diesem Beispiel lässt sich gut ablesen, wie verschiedene Themen zusammenhängen: In Ungarn wurde in den letzten zehn Jahren ein System etabliert, das im Kontext eines – nach der Begrifflichkeit Natascha Strobls – radikalisierten Konservatismus der Volkspartei FIDESZ den Staat umgebaut hat. Juhász et.al. fassen dies so zusammen: „Der ‘Orbánismus’, der das Putin-Modell mit einer ungarischen Nationalideologie anreichert, definiert Nation, Volk, Regierung und Staat als ein einheitliches Konzept, während er für sämtliche Probleme den Liberalismus und die freiheitliche Demokratie verantwortlich macht, die in Ungarn nie richtig funktioniert haben.“ (2015: 99) Grundlage ist ein radikalisiert heteronormatives System, das queere Lebensweisen ausschließt, beispielsweise über das viel diskutierte Anti-

Homosexuellen-Gesetz 2021 oder das Verbot der Geschlechtsangleichung für trans*-Personen. Cis*-Frauen werden vornehmlich gefördert, beispielsweise über erhöhte Familienleistungen, gleichzeitig werden zahlreiche Elemente der Deregulation des Marktes eingesetzt, die die Aufnahme der Erwerbstätigkeit für Frauen* in Care-Verantwortung erschweren UND die Istanbul Konvention wird zurückgewiesen. An dieser Stelle ist deutlich, dass es um ein gewaltvolles Geschlechterverhältnis geht, in welchem Frauen*- und Geschlechterrechte zunehmend abgebaut und angegriffen werden. Hinzu kommt die massive Hetze gegen migrantische, geflüchtete und migrantisierte Personen. Es gibt also Themen, die miteinander dermaßen verwoben sind (Queerfeindlichkeit, Neoliberalismus, Demokratiefeindlichkeit, fehlender Gewaltschutz, Rassismus), dass es theoretisch auch möglich ist, sie gemeinsam zu politisieren und zu kollektivieren. Für die Soziale Arbeit sind diese Themen hochrelevant: Wenn wir ernst nehmen, dass soziale Probleme sozial verursacht sind und daher auch sozial gelöst werden müssen (ich glaube mich zu erinnern, dass das Wording von Staub-Bernasconi kommt), dann müssen wir vom Fall zum Feld gehen und anfangen, Verhältnisse zu verändern, intersektional zu denken und zu handeln. Wie später noch in der Frage zu den Strukturen beschrieben, haben wir die Arbeiten von vielen Persönlichkeiten, auf die wir zurückgreifen können: Stövesand, Richers, Addams, um nur einige zu nennen.

Gibt es Deiner Erfahrung nach Probleme und Grenzen, die gemeinsame politische Aktivitäten be- bzw. ver-hindern?

Die Rahmenbedingungen des neoliberalen Kapitalismus erschweren zum einen Aktivismus: Denn es braucht Ressourcen und Zeit, die von den oben beschriebenen Dynamiken Betroffene häufig nur begrenzt haben. Und es ist natürlich schwierig, die unterschiedlichen Anliegen – die ja häufig strategisch gegeneinander ausgespielt werden, z.B. *Cis Frauen gegen queere Personen in Ungarn – wirklich zusammenzudenken, da der Zusammenhang in den Lebensbezügen nicht immer unmittelbar sichtbar wird. Eine Herausforderung ist auch die gemeinsame Sprache: Sprache kann klassistisch sein und ausschließen: Nicht weil Menschen aus anderen sozioökonomischen Milieus „dumm“ wären, um es mal so platt auszudrücken, oder die Probleme nicht haben (wie beispielsweise die Wahl des richtigen Pronomens) sondern weil Wordings hinsichtlich sozialer Probleme (selbst wenn es die gleichen sind), sich oft unterscheiden. Insofern braucht es eine aufrichtige Begegnung und gemeinsame Suche nach gemeinsamer Sprache und Artikulation Sozialer Probleme, damit Sprache nicht als Dinstinktionsmerkmal teilt, statt zu verbinden. Soziale Arbeit als Vermittlerin kann hierbei helfen.

(Wie) sollte sich die soziale Infrastruktur der Sozialen Arbeit bewegen/verändern, so dass mehr Kooperation und gemeinsame Aktion mit aktivistischen Gruppen aus dem LBGTQ Spektrum stattfinden könnte?*

Es bräuchte eine sozialräumliche Ausrichtung – und damit meine ich keine neoliberale Form der Sozialraumorientierung, wie sie leider häufig umgesetzt wird, sondern eine Orientierung an Gemeinwesenarbeit. Und es braucht für langfristig angelegte Transformationsprozesse auch langfristige Finanzierungen: Viele StoP-Projekte haben beispielsweise nur halbe Stellen und Finanzierungen für jeweils ein Jahr: Die Hauptamtlichen und die Freiwilligen zittern dann jedes Jahr, ob es weitergehen kann, obwohl das Projekt ja eigentlich auf einem Vertrauen auf langjährige Bindungen fußen soll.

Gibt es Anlässe, bei denen Deine Rollen als Wissenschaftlerin und als Aktivistin in Konflikt geraten können? Und: Definierst Du Dich eher als Aktivistin oder als Teil von Sozialer Bewegung?

Durchaus. Beispielsweise ist die Datenlage hinsichtlich der Auswirkungen der Covid-19- Pandemie auf die Prävalenz von Gewalt im Geschlechterverhältnis noch nicht ausreichend, da repräsentative Dunkelfeldstudien Zeit brauchen. Wir haben sehr klare Hinweise, dass es eine Steigerung gegeben hat – beispielsweise über eine erste kleinere aber repräsentative Befragung der TU München, Belegzahlen der Frauenhäuser und zahlreiche Berichte aus der Praxis. Mit diesen Zahlen und Berichten versuche ich als Aktivistin oder in meiner Rolle als StoP-Koordinatorin natürlich ein Bewusstsein für die besondere Gefahr, die für Frauen* durch die pandemische Situation ausgeht, zu wecken. Als Wissenschaftlerin wäre es mir aber natürlich am liebsten, erst dann an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn eine neue Dunkelfeldstudie da ist, da die erwähnten Berichte und Zahlen auch auf eine erhöhte Veröffentlichungsbereitschaft durch die gesteigerte Kommunikation (medial, politisch, aktivistisch) zum Thema zurückzuführen sein könnte.

Die Frage war, ob ich mich eher als Wissenschaftlerin oder Aktivistin verstehe? Da ich einen Großteil meiner Zeit mit wissenschaftlichen Tätigkeiten verbringe, geht die Tendenz einen Tick Richtung Wissenschaft. Gleichzeitig ist mein Leben als lesbische Frau* aus Österreich und Ungarn, die in Deutschland lebt, so verknüpft mit Themen rund um Aktivismus und der Betroffenheit von diskriminierenden Strukturen, dass ich das nicht einfach so von meiner Person abknipsen kann. Politisch zu wirken und durch meine Lebensweise Gesellschaft in Frage zu stellen (manchmal strategisch-aktivistisch bewusst, manchmal einfach durch meine Anwesenheit, zum Beispiel in Ungarn) gehört zu meinem Alltag. Ich hatte das Glück durch meine Großmutter und meine Schwester uneingeschränkte

Liebe und Akzeptanz zu erfahren, aber ich hatte auch andere Erfahrungen und bin mir stets bewusst, dass das Leben, das ich hier lebe, in Ungarn nicht ohne weiteres möglich wäre und vielen anderen queeren Menschen leider verwehrt bleibt.

Literatur

Juhász, Attila; Krekó, Péter; Szabados, Krisztián Szabados 2015: Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn. In: Hildebrand, E.: Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie? Bonn, S. 96-104

E-Mail: Hannahwachter@posteo.de

Gespräch mit Wilhelmsburg Solidarisch

Was war der Anlass zur Gründung von Wilhelmsburg Solidarisch? Vom wem ging die Initiative aus? Wer hat mitgemacht? Wer macht heute mit?

Wir waren unzufrieden mit unserer eigenen vorherigen politischen Praxis. Zum Beispiel mit Stadtteilarbeit, die aus unserer Perspektive häufig darin bestand, andere Leute „organisieren“ zu wollen. Uns fehlte dabei oft der Bezug zu unseren eigenen Alltagserfahrungen mit ausschließenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Wir waren also auch unzufrieden damit, dass in linken politischen Zusammenhängen die eigenen alltäglichen Schwierigkeiten nicht thematisiert und kollektiv bearbeitet wurden.

Die Leute, die Wilhelmsburg Solidarisch (WISO) 2014 initiiert haben oder anschließend dazu gekommen sind, waren also häufig schon zuvor politisch organisiert, etwa in Gruppen wie SOS St. Pauli¹, Avanti/IL² oder dem AKU Wilhelmsburg³. Von dort haben wir Erfahrungen mit gängigen linken Politpraktiken

-
- 1 „SOS St. Pauli“ war ein Bündnis, das sich Anfang der 2010er-Jahre gegen neoliberale Stadtentwicklungspolitik auf St. Pauli organisiert und die dortigen „Stadtteilversammlungen“ mitorganisiert hat.
 - 2 „Avanti – Projekt undogmatische Linke“ war eine norddeutschlandweit aktive Gruppe, die 2014 in der Interventionistischen Linken aufgegangen ist.
 - 3 Der „Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg“ war eine stadtteilpolitische Gruppe, die sich gegen Aufwertung und Verdrängung im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung in Wilhelmsburg organisiert hat (<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/>)

mitgebracht und wollten etwas Neues ausprobieren: eine Infrastruktur schaffen, die langfristig und nachhaltig uns selbst und anderen konkret im Alltag nützlich ist. Wir hatten vorher mit anderen eher am Küchentisch über Alltagskonflikte geredet und eher individuell Begleitungen zum Jobcenter oder zur Ausländerbehörde gemacht. Das wollten wir kollektivieren und „politisieren“. Denn das verstehen wir als ganz konkrete Praxis, gesellschaftliche Verhältnisse in Frage zu stellen und zu verändern.

Wer war am Anfang dabei? Leute, die als Sozialarbeiter:innen lohngearbeitet haben. Leute, die vorher in gewerkschaftlichen Kontexten gearbeitet haben, erwerbslose Sozialwissenschaftler, 'politische Hartzer:innen', auch Leute, die noch studiert haben – und das ist heute im Grunde immer noch so. Es sind mehrheitlich Leute ohne eigene Rassismuserfahrungen und mit deutschem Pass, eher akademisiert, die die Strukturen tragen – aber zu den Anlaufpunkten kommen regelmäßig auch Leute, die mit rassistischen Ausschlüssen zu kämpfen haben und auch teilweise längerfristig Teil von WISO werden.

Eine Beobachtung war und ist auch: dass sich Leute aus der „linken Szene“ zu privilegiert fühlen, um Teil eines sozialen Netzwerks wie WISO zu werden, das sich um Alltagskämpfe und Prekarität organisiert. Es geht offenbar nur schwer, sich als Gleiche zu begegnen angesichts der Unterschiede, Privilegien und Ungleichheiten in der Gesellschaft. Gerade deshalb machen wir „Kollektivberatung“. Wir wollen das Wissen und die Erfahrungen in Alltagskonflikten möglichst Vieler möglichst Vielen zugänglich machen, uns eben gegenseitig beraten und unterstützen, Strategien teilen und neue erproben. Das Ziel ist also, im Alltag handlungsfähiger zu werden und gemeinsam und über Unterschiede hinaus das Verbindende zu suchen.

Diese Kollektivberatung hat sich dabei ganz am Anfang aus der gemeinsamen Praxis heraus als „Arbeitsprinzip“ entwickelt und sich als total wichtig und gut herausgestellt. An unseren Anlaufpunkten, die zweimal im Monat stattfinden, bringen alle ihre Fragen, Schwierigkeiten und Konflikte ein und beraten sich gegenseitig, entwickeln Strategien, organisieren Begleitungen zu Behörden oder stoßen öffentliche Aktionen an (etwa Go-In-Aktionen ins Jobcenter, um eine konkrete Forderung endlich durchzusetzen, oder auch mal eine „Kenne-deine-Rechte-Kampagnen“ in Bezug auf illegale Abzock-Praktiken großer Wohnungsunternehmen). Regelmäßiger Ausgangspunkt sind Auseinandersetzungen mit den Disziplinierungs- und Ausschlussregimen des Sozial- und Nationalstaats, mit Arbeitsverhältnissen und Chefs, Vermieter:innenstress und anderen Nervereien. Auf dem Anlaufpunkt wird kein prinzipieller Unterschied gemacht zwischen einer „Kerngruppe“ an Quasi-Expert:innen und Leuten, die vielleicht das erste Mal

herkommen: Wir alle sind WISO. Dennoch gibt es praktisch eine Unterscheidung zwischen Leuten, die längerfristig Verantwortung für unsere Strukturen übernehmen, und denen, die vielleicht nur einmal vorbeikommen. Und neben dem Anlaufpunkt wurden bei WISO auch noch andere Organisationsformen erfunden: Der „Bürotag“ etwa, um gemeinsam Bürokratiekram zu erledigen, den Viele ja häufig mit sich rumtragen und aufschieben. Oder die Treffen von „Survival of the Sickest“, wo es um einen selbstorganisierten Austausch zu Krankheit geht.

Wie beschreibt Ihr Euer Selbstverständnis in Bezug auf linke (soziale) Bewegungen, Stadtteil und seine Einwohner:innen und seine Akteur:innen?

Uns wird des Öfteren zugeschrieben, dass wir so etwas wie „Basisarbeit“ machen, was viele scheinbar gut finden, aber selber Berührungängste haben. Aber so sehen wir das nicht, was wir machen. Denn wer ist die „Basis“, und gibt es dann auch eine „Führung“? Wir beteiligen uns eigentlich eher selten an klassisch linken Politikformen (Demoorganisation, Kampagnen, Aufrufe etc.). Aus unserer eigenen Arbeit heraus können aber Konflikte auch mal „öffentlicher“ ausgetragen werden: mit einer Mobilisierung beispielsweise gegen die Zwangsräumung eines Nachbarn. Wenn uns dann andere Leute auch aus Bewegungskontexten unterstützen, finden wir das natürlich sehr gut! Manchmal kommt es auch vor, dass WISO als Gruppe zu Veranstaltungen eingeladen wird und Leute von uns dann auf Podien sprechen – das ist aber für uns nicht Kern unserer Arbeit.

In Bezug auf den Stadtteil ist es so, dass viele von uns hier wohnen – aber andere eben auch nicht. Wenn Leute Themen aus dem Stadtteil einbringen, werden die eben zum Thema. Nachbarschaftliche Netzwerke und zirkulierende Informationen spielen in unserer Praxis durchaus eine Rolle, und einige von uns sind in Wilhelmsburg sehr intensiv verortet und gut vernetzt. Aber wir zielen nicht auf sowas wie stadtteilbezogene Community-Arbeit. Wir sind auch keine Leute, die sich in einen Stadtteilbeirat reinsetzen (zumindest nicht als „WISO“). Alltagsbezogene Themen und Kämpfe verbinden Leute innerhalb, aber auch außerhalb des Stadtteils – wenige von denen sind aber konkret stadtteilbezogen.

Denn darum geht es uns auch: Wissen, Erfahrungen und Strategien austauschen und eine „eigene Autorität“ und ein Selbstbewusstsein in Bezug auf Alltagskämpfe herausbilden: Ich bin nicht alleine mit meinen Problemen, und ich habe auch Probleme, die ernstzunehmen sind – und wir können da gemeinsam etwas erreichen. Das ist auch eine Art, Klassenbewusstsein zu bilden, gemeinsam Konflikterfahrungen zu machen, eine Haltung zu erarbeiten. In diesem Sinne will WISO eine Infrastruktur für Kämpfe sein.

Wie seht ihr Euer Verhältnis zu Angeboten Sozialer Arbeit, die es in Wilhelmsburg ja reichlich gibt und die a) häufig Fragen der Existenzsicherung bearbeiten und b) häufig auch Parteilichkeit gegenüber den Adressat:innen im Programm haben? Habt Ihr Berührungspunkte/Konfliktpunkte?

Auf den Anlaufpunkten weisen wir öfter mal hin auf andere Angebote zur Beratung und Unterstützung, sei es Sozialarbeit oder auch das Café Exil⁴. Und zwar dann, wenn wir den Eindruck haben, dass das Leuten gerade besser helfen könnte, sie vielleicht keine Lust oder auch schlicht keine Kraft auf Selbstorganisation im WISO-Kontext haben. Oder natürlich auch, wenn wir merken, dass auf dem Anlaufpunkt gerade Wissen, Erfahrungen oder schlicht Kapazitäten in Bezug auf den konkreten Konflikt fehlen.

Wo macht Ihr den Unterschied zwischen Eurem Aktivismus, Eurer Selbstorganisation und Sozialer Arbeit? Wo macht Ihr einen Unterschied zu den Selbstorganisationen von „Prekären“ und Erwerbslosen, die es ja auch noch gibt?

Wir machen keinen Unterschied zu Selbstorganisationen von Prekären und Erwerbslosen, wir sind eine solche Selbstorganisation. Wir machen keinen „Aktivismus“, denn das würde ja bedeuten, es würde eine Zeit geben, in der wir „passiv“ sind. Und wir haben ein kritisches Verhältnis zu sozialer Arbeit, aber auch ein anerkennendes. Es geht uns darum, dafür anzutreten, dass alle Leute in der Lage sind, ihre Konflikte gemeinschaftlich zu bearbeiten – also um so etwas wie Gemeinmacht. Wir haben ein anderes Wissen und eine andere Praxis, das sich von der professionellen „Expertise“ und Praxis von Sozialarbeit strukturell unterscheidet. Wir haben nichts zu tun mit Mandatierungsfragen um Hilfe und Kontrolle. Soziale Arbeit, so „parteilich“ sie sich auch positioniert, sehen wir immer als Teil von sozial- und nationalstaatlichen Strukturen, gegen die wir uns ja wehren bzw. behaupten müssen. Uns geht es darum, unsere Ressourcen und Handlungsspielräume im Alltag zu verteidigen und zu erweitern. Das heißt konkret: Wir fragen nicht zuerst, ob Vorgehensweisen in konkreten Konflikten auch „legal“ sind, sondern danach, ob sie sinnvoll und hilfreich sind für Leute, und dabei aber auch: wem sie möglicherweise schaden. Das hat mit den jeweiligen kurzfristigen oder längerfristigen Zielen der Leute zu tun und ist dann eine Abwägungssache. Und diese Abwägung machen wir sehr gerne gemeinsam.

Aber es gibt auch noch weitere größere Unterschiede zu Sozialer Arbeit. Wir sind eine Selbstorganisation und ein soziales Netzwerk, wir begegnen uns als

4 Das Café Exil ist eine antirassistische Unterstützungs- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant:innen in Hamburg, die seit 1995 besteht (<http://cafe-exil.antira.info/>)

prinzipiell „Gleiche“ und haben deshalb eine ganz andere Beziehung zueinander als etwa Sozialarbeiter:innen zu ihren „Klient:innen“. Deutlich wird das etwa beim Thema Abgrenzung. Sozialarbeiter:innen brauchen eine „professionelle Distanz“. Wir aber grenzen uns gerade *nicht* voneinander ab. Wir gehen aktiv soziale Beziehungen miteinander ein: Freundschaften entwickeln sich, enge oder auch lockerere Beziehungen zueinander. Aber wir alle achten auf unsere eigenen Grenzen und versuchen auf dem Schirm haben, wie es anderen gerade geht, und verantwortungsvoll mit uns und anderen umzugehen.

Sich von anderen und deren scheinbar „individuellen“ Schwierigkeiten und Alltagskonflikten abzugrenzen ist unserer Erfahrung nach ein echtes Problem linker Politik. So ist manchmal von linken Leuten, die selbst Sozialarbeit machen, zu hören: Nee, in meiner politischen Arbeit möchte ich mich nicht mit denselben Problemen wie während meiner Lohnarbeit beschäftigen. Klar ist das verständlich, aber eben auch ein Problem, weil gerade dadurch eine falsche Abgrenzung entsteht nämlich von den „Armen“ und „Ausgegrenzten“ in meiner Nachbarschaft, den „Leuten mit Problemen“, die nicht klarkommen, die vielleicht „anstrengend“ sind und so weiter. Das ist dann so ein „Klientenblick“ auf Leute, die mit Problemen zu tun haben, die die „Aktivist:innen“ vielleicht so oder so ähnlich auch selbst haben.

Es gibt sowohl in Hamburg also auch deutschlandweit Gruppen, die einen ähnlichen politischen Ansatz wie Ihr verfolgen. Gibt es einen Erfahrungsaustausch, gibt es gemeinsame Aktivitäten?

Es war für uns von Anfang an zentral, uns mit anderen Gruppen auszutauschen, die soziale Netzwerke prekärer Leute bilden beziehungsweise sich auf Alltagskämpfe beziehen. Wir haben mit Gruppen aus ganz Deutschland und teils auch international Treffen und Konferenzen gemacht oder haben uns gegenseitig in unserer konkreten Praxis besucht. Eine Zeitlang gab es eine Art Boom von „Solidarisch“-Gruppen, die sich an vielen Orten gegründet haben und teils bis heute noch bestehen. Bei dieser Vernetzung ging es uns um strategische und ganz praktische Fragen unserer Arbeit und Organisierung, es ging aber auch darum, diesen Politikansatz zu verbreiten. Denn wir meinen, dass Strukturen wie WISO an allen Orten recht nützlich sein können, wenn wir gesellschaftliche Verhältnisse praktisch verändern wollen. Seit der Corona-Pandemie ist dieser Austausch allerdings etwas eingeschlafen.

E-Mail: solidarisch@riseup.net

Homepage: <https://wiso.noblogs.org/>

A U S S P R E C H E N

K O E N N E N

Dominik Novkovic

Soziale Arbeit und Bildung – Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung in Zeiten des autoritären Bildungskapitalismus

Einleitung

‘Bildungskatastrophe’ ist ein Schlagwort, das seit der PISA-Studie der *OECD* im Jahr 2000 politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Die seit Jahrzehnten propagierte Bildungskrise in der Bundesrepublik zeigt ihre Wirkung. Von Vertretern aus Politik und Wirtschaft wird, was die mit der PISA-Studie dokumentierte unterrichtsbezogene Bildungsqualität von deutschen Schülern und Schülerinnen angeht, akuter Handlungsbedarf reklamiert. Im Unterschied zu dem von Georg Picht in den 1960er Jahren inszenierten ‘Bildungsnotstandsdiskurs’, der „unter keynesianischen Vorzeichen eine Dekade der Expansion des öffentlichen Bildungssektors einleitete, die neben ökonomischen (‘Modernisierung’) auch zunehmend Raum für gesellschaftspolitische Argumente (‘Chancengleichheit’, ‘Emanzipation’) ließ, geht es nun unter den Vorzeichen einer allgemeinen Austeritätspolitik allererst darum, die traditionelle Bildungsdebatte [...] pragmatisch zu entpolitisieren und ökonomischen Argumenten wieder Vorrang vor einer Dominanz der Emanzipations-, Gleichheits- und Gerechtigkeitssemantik zu verschaffen“ (Radtke 2003: 111). Seit der Lissabon-Erklärung aus dem Jahr 2000 gewinnt der Bildungsbegriff eine exklusive Aufgabenzuweisung, wonach Bildung für die ökonomischer Wettbewerbstauglichkeit des Wirtschaftsstandortes umfunktioniert wird. Die nationale Bildungsmobilmachung folgt den Imperativen der neoliberalen Marktorthodoxie. Dies hat zur Folge, dass die hegemonialen Bildungsbestrebungen auf eine Verkürzung der emanzipativen Inhalte des Bildungsbegriffs hinauslaufen. Der Bildungshype illustriert das Zurücktreten hinter Positionen, mit denen ein leistungsunabhängiger Anspruch auf Bildung als Bürgerrecht (Dahrendorf 1966) im Hinblick auf eine demokratische Entwicklung der Gesellschaft verbunden war. Obgleich durch PISA wirksam aufgezeigt wurde, dass Mechanismen der

Bildungssegregation und der sozialen Schließung korrelieren, damit also die Kardinalproblematik der Bildungsungleichheit fortexistiert und im Wesentlichen von der sozio-ökonomischen Klassenlage abhängig ist, befinden sich kritische Verlautbarungen zur Funktionalisierung von Bildung für eine kapitalistische Marktvergesellschaftung, welche die Grundlagen der Demokratie zerstört, auf dem Rückzug.

Die Schulschließungen infolge der Corona-Krise im März 2020 verweisen auf das verschärfte gesellschaftliche Versagen bei der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien. Geht es um Folgen von gesellschaftlich verursachter „Bildungsarmut“ (Allmendinger/Leibfried 2003), die den starken Zusammenhang von Bildungserfolg und sozialer Herkunft verdeutlichen, so wird im Zuge der Corona-Krise manifest, dass Heranwachsende in exkludierenden Lebenskonstellationen mit Blick auf die Ungleichverteilung der materiellen und kulturellen Ressourcen vor deutlich größeren Hindernissen stehen, wenn es um die Realisierung von Chancengleichheit geht, die sich doch allererst durch die Möglichkeit der sozialen und kulturellen Partizipation und besonders eben durch den ungehinderten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie z.B. Kita und Schule speist.¹ Die Bildungssemantik steht unter dem Generealverdacht der Manipulation, weil mit der Instrumentalisierung der Bildung für die Standortkonkurrenz der Wettbewerbsstaaten von der Systemkrise des Kapitalismus abgelenkt wird und öffentliche Aversionen gegen scheinbar leistungsunwillige oder verhaltensgestörte Jugendliche geschürt werden.²

-
- 1 Nach der Einschätzung von Klaus Hurrelmann und Dieter Dohmen verstärkt die Corona-Krise Bildungsungleichheiten in der Bundesrepublik. In ihrem Gastbeitrag für das Schulportal *Das Deutsche Schulbarometer* stützen sich die beiden Bildungsforscher auf die aktuelle Forsa-Befragung von Lehrkräften zur Corona-Krise im Auftrag der *Robert Bosch-Stiftung* in Kooperation mit der *Zeit*, wonach die befragten Lehrkräfte schätzen, dass etwa ein Viertel der Schülerinnen und Schüler an bundesdeutschen Schulen über eine unzureichende technische Ausstattung für den vorgesehenen digitalen Fernunterricht verfügen und dabei nur stark limitiert auf familiäre Hilfeleistungen zurückgreifen können.
 - 2 Der provokative Vorstoß von Carsten Linnemann, dem Vorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Stellvertretendem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kinder, mit mangelhaften Deutschkenntnissen von der Einschulung in eine Regelschule zurückzustellen, verdeutlicht das Eindringen von populistischen Politik-Manövern in die Pädagogik. Obgleich mangelhaften Sprachkenntnissen eine Relevanz für die individuellen Bildungsmöglichkeiten zugesprochen werden muss, wird das Problem der sozialen Ungleichheit aus den Diskussionen verdrängt. Die öffentliche Skandalisierung des Bildungsrückstands von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist „wunderbar geeignet, die Aufmerksam-

Die mit dem neoliberalen Projekt verbundenen multiplen Bildungsschieflagen stellen die wohlfahrtsstaatlich organisierte Soziale Arbeit vor eine Belastungsprobe. Vor diesem Hintergrund ist danach zu fragen, welche Bildungsrelevanz sich die Profession Soziale Arbeit auf ihre Fahnen schreiben kann, ohne auf den ideologisch vollbeladenen Bildungskatastrophenzug aufzuspringen. Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Rückgriff auf das Theorieinventar einer 'Kritischen Sozialen Arbeit' empfehlenswert, das für eine Ideenprovokation im Hinblick auf Bildungsalternativen in Stellung gebracht werden soll. Perspektiviert wird eine systematische Vermittlung von Sozialer Arbeit und kritischer Bildungstheorie. Zum Abschluss soll schließlich ein Vorschlag unterbreitet werden, wie die beiden Theoriebestände zusammenzufügen sind.

Bildung, Demokratie und soziale Ungleichheit

Mittlerweile gilt es als unstrittig, dass Bildung eine ausschlaggebende Ressource für die Realisierung von politischer Teilhabe und sozialer Kohäsion darstellt. Wenn der demokratische Charakter einer Gesellschaft von der Verallgemeinerung von Bildung und damit vom Mündigkeitsniveau ihrer Bürger*innen abhängen, dann besteht in der „Analyse der Erziehungswirklichkeit und [in der] Analyse der politisch-gesellschaftlichen Realität [...] eine unteilbare Aufgabe“ (Mollenhauer 1968: 295), wonach die „Bestimmung der gegenwärtigen pädagogischen Problemlagen [...] immer auch die Bestimmung dessen zu leisten [hat], was in einer gegebenen politischen Lage realer Inhalt des Begriffs der Emanzipation sein kann“ (ebd.). Auf die Gegenwart übertragen bedeutet das, dass die unter dem neoliberalen Regime praktizierte Bildungsreformoffensive den gravierendsten Widerspruch im Hinblick auf die sich vollziehende Ungleichheitsdynamik offenbart. Der neoliberal entfesselte „autoritäre Kapitalismus“ (Deppe 2013) und die darin mitgesetzte Kumulation von politischen, ökonomischen und sozio-kulturellen

keit von den Mechanismen des Bildungssystems abzuziehen und auf die Merkmale der Schüler und Schülerinnen sowie ihrer Familien zu richten und ihnen die Schuld für die Misere zuzuschreiben“ (Hamburger 2013: 143). Bildungsmisserfolge werden einem mangelhaften Integrationswillen von Ausländerkindern angelastet, wobei das Bildungsproblem als Ausländerproblem kategorisiert wird (ebd.: 148). Abgelenkt wird trotz der Ausdehnung des Bildungsvolumens von den schulvermittelten Auslese- und Selektionsmechanismen. Hinzu kommt die Tatsache, wie Franz Hamburger betont, „dass die ausländische Bevölkerung in hohem Maße zur Armutsbevölkerung gehört“, wonach der „systematische Zusammenhang von Armut und Bildung, Klassenlage und Sozialchancen sichtbar [wird]“ (ebd.).

Machtasymmetrien führen zu einer Konfliktverschärfung des in die Sozialgeschichtsschreibung der bürgerlichen Gesellschaft eingeschriebenen Struktur- und Interessenantagonismus zwischen Demokratie und Kapitalismus (Wood 2010), deren autoritäre Entwicklungstendenz innerhalb der gesellschaftlich organisierten Bildungsinstitutionen eine Problemzuspitzung erfährt (Widersprüche 154, 2019). Im Zuge der Durchkapitalisierung des Bildungssektors mutiert das Schulsystem zur Arena des demokratischen Konflikts für die Öffnung und Schließung von gesellschaftlichen Teilhabe- und Berechtigungsräumen (Lessenich 2019: 81f.).

Vor diesem Hintergrund ist Bildung nicht unabhängig von ihrer Involviertheit in die Gesamtzusammenhänge zu thematisieren, wonach ihre jeweils historisch konkrete Ausprägungsform immer auch als Resultat von sozialen Kämpfen, von hegemonialen Kräfteverhältnissen und institutionellen Herrschaftskonfigurationen zu begreifen ist. Eine kritische Betrachtung der gesellschaftlichen Strukturbedingtheit von Bildung ist von zentraler Bedeutung, weil darin zum Ausdruck kommt, dass die an die Weltmarkthegegonie der kapitalistischen Produktionsordnung angepasste „Organisationsform des Bildungswesens“ (Heydorn 2004 Bd. 7: 419) die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen beeinträchtigt und eine „Zurücksetzung der Kinder der lohnabhängigen Massen“ (ebd.) hervorruft. Mit Blick auf das deutsche drei- bzw. viergliedrige Bildungssystem, das „infolge seiner Strukturen und der darin eingelassenen Klasseninteressen wie -strategien gesellschaftliche Ungleichheit reproduziert bzw. befördert [...] und die für eine Demokratie erforderlichen Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern untergraben, an Gesellschaft in bewußter und aktiver Weise teilzunehmen“ (Sünker 2012a: 116), empfiehlt sich eine Prüfung, ob der staatlich inszenierte „Bildungspakt zwischen Jugendhilfe und Schule“ (Otto 2007: 113) überhaupt eine „zeitgemäße Offensive“ (ebd.) darstellt.

Ogleich sich die Soziale Arbeit als unentbehrliche Stütze im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen etabliert hat und die Kooperationsangebote zwischen Schulsozialarbeit und Schule dazu beitragen „dass Kinder und Jugendliche in ganz spezifischen Lebenslagen die notwendige Unterstützung erhalten, um nicht aus dem System Schule herauszufallen, sondern ihre Bildungschancen zu nutzen“ (Rauschenbach et al. 2019: 128), fehlt ihr eine gesicherte Finanzierungsgrundlage. Darüber hinaus sind mit der institutionellen Eingliederung der Sozialen Arbeit grundlegende Probleme des disziplinären Selbstverständnisses verbunden. Zwar ließ eine in der sozialpädagogischen Bildungsdebatte formulierte bildungsbezogene Aufmerksamkeitsverschiebung hin zur „andere[n] Seite der Bildung“ (Otto/Rauschenbach 2008) nicht lange auf sich warten, doch „muss auch eine etwaige Anreicherung der Schule mit Elementen

non-formeller Bildung immer an systematische Grenzen stoßen, weil die dazu notwendige Verständigungsorientierung unausweichlich von den erfolgsorientierten Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes perforiert wird“ (Coelen 2010: 47). In den Fokus zu rücken ist die „widersprüchliche Funktionalisierung der Schule in ihrer gleichzeitigen Aufgabe, arbeitsmarktrelevante Qualifikationen unter kapitalistischen Rahmenbedingungen zu gewährleisten und in einer demokratischen Zivilgesellschaft für Partizipationsfähigkeiten zu sorgen, deren Funktion u.a. darin bestehen soll, die Kapitallogik zu zähmen, um die Sinn- und Solidaritätsressourcen nicht aufbrauchen zu lassen“ (ebd.: 47). Spätestens seit dem ‘Pisa-Schock’ wird im Hinblick auf das Beharrungsvermögen der extremen Ausprägung von Bildungsungleichheit eine Tendenz erkennbar: Die Bildungsexpansion hat zu keinem Abbau der klassentypischen Bildungsbenachteiligung geführt. Vielmehr gehört „Deutschland [...] zur Spitzengruppe derjenigen Gesellschaften, wo die Leistungen zwischen dem oberen und unteren Quartil der sozioökonomischen Statushierarchie am weitesten auseinanderklaffen“ (Geißler/Weber-Menges 2010: 157). Die Unterbeleuchtung des Interdependenzzusammenhangs von Bildungsinstitution und Gesellschaftssystem zählt zu den Gründen, weshalb die Soziale Arbeit in die Fallstricke eines schulzentrierten Bildungs- und Institutionenidealismus geraten ist. Kurzum: Die Bildungsbeteiligung der Sozialen Arbeit im Kontext von Schule verweist auf gesellschaftliche Funktionszuweisungen, wonach Erstere primär damit beauftragt ist, bildungsvermittelte Ungleichheit zu neutralisieren.

Festzuhalten ist, dass die Auseinanderentwicklung von Individuum und Gesellschaft und die sich zuspitzende Bildungsungerechtigkeit die Frage nach dem politischen Mandat Sozialer Arbeit in besonderer Weise herausfordert. Wenn Michael Vester von einer von der Politik verantworteten „gebremste[...n] Bildungsexpansion“ (Vester 2004) ausgeht, welche auf eine segregierende Entwicklung zusteuert, „dann muss dies im Zusammenhang mit Strukturen und Prozessen gesehen werden, die die oberen Milieus privilegieren“ (Vester 2006: 82). Brisanz gewinnt dabei das Problem der Kinderarmut. Der von der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene WSI-Kinderarmutsbericht verzeichnet einen „deutlichen Anstieg“ der Zahl armer Kinder in Deutschland, wobei die Zahl der von Armut betroffenen Kinder im Vergleich zum Vorjahr um 77.000 Kinder (0,7 Prozentpunkte) auf 2,55 Millionen Kinder (19,7 Prozent) gestiegen ist (WSI-Kinderarmutsbericht 2017). Der Anstieg der Armutsgefährdungsquote ist ausgelöst durch die neoliberale Umstrukturierung des fordistischen Sozialstaates, der in erster Linie auf Kosten ressourcenarmer Familien geht. Die Ursachen für eine Wiedereinkehr von Prekarität in den kapitalistischen Metropolen liegen in den tiefgreifenden Transformationsprozessen im Übergang vom fordistischen Gesellschaftsmodell zur neoliberalen Hegemonieformierung,

„denen sich die zunehmende Polarisierung (in arm und reich), die soziale Exklusion von Teilen der Bevölkerung sowie sozialräumliche Segregation (Spaltung deutscher Großstädte in Luxusquartiere und Stadtteile mit besonderem Erneuerungs- bzw. Entwicklungsbedarf) verdanken“ (ebd.: 282). Deutlich wird, dass die Praxis Sozialer Arbeit keineswegs widerspruchsfrei verläuft. Im Gegenteil bleibt Soziale Arbeit als gesellschaftlich beauftragte Regulierungs- und Reproduktionsagentur „in die Probleme einer nicht subjekt-, sondern humankapitalorientierten Bildung und Förderung und damit verbunden eines regulierenden, kontrollierenden oder paternalistischen Eingriffs in die Lebenswelten“ (Chassé 2011: 94) der ihr anvertrauten Kinder und Jugendlichen verwoben.

Die neoliberale Bildungsreform entfaltet ihre strukturprägende Tiefenwirkung als autoritäre Sozialreform. Lebensqualität und -aktivität wie auch Bildungschancen werden im frühesten Kindheitsstadium beeinträchtigt. Seit dem Inkrafttreten der Hartz-Reformen des Jahres 2005 haben sich die Teilhabechancen von Kindern, deren Eltern in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder von staatlichen Transferleistungen abhängig sind, auf dramatische Weise verschlechtert. Besorgniserregend sind die im Vergleich zu den Vorjahren stagnierenden Schulabbrecherquoten (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2018: 121f.).³ Dieser Sachverhalt verdeutlicht, dass eine Thematisierung von 'Kindeswohlgefährdung' und 'Kinderschutz' die Frage nach der konkreten Verfasstheit der staatlichen Bildungsinstitutionen einzubeziehen hat. Damit steht die Frage im Raum, ob Schule ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer kindeswohlfördernden Umgebung, die im Einklang mit den demokratischen Prinzipien von Kinderrechten und sozialer Gerechtigkeit stehen, gewährleisten kann.

Mit Verweis auf das Zusammenwirken von Klassenlage und sozialer Ungleichheit, von institutionellen Bildungsbarrieren und klassenbezogener Akkulturation sowie der darin eingelassenen subtilen Varianten eines „Klassenrassismus“ (Bourdieu 2002: 110) ist auf die Verstärkung von Bildungsrestriktionen aufmerksam zu machen. Kinder und Jugendliche, die der ansteigenden Konkurrenzsituation nicht standhalten können, laufen zunehmend Gefahr, in den Keller der klassenförmigen Bildungslandschaft zu rutschen. Im Zuge der „kanalisierte[n] Bildungs-

3 Alarmierend ist dieser Befund aufgrund der Tatsache, dass Bildungsposition und politisches Interesse kovariieren und je nach Bildungsgrad ein deutliches Gefälle vorliegt. In der 18. Shell-Studie heißt es daher: „Jeder zweite Jugendliche, der das Abitur anstrebt oder erreicht hat, bezeichnet sich als politisch interessiert. Bei Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss trifft dies hingegen nur auf jeden vierten zu“ (Shell-Studie Zusammenfassung 2019: 14).

expansion“ (Vester 2007) ist trotz der Zunahme des Bildungsvolumens das alte Problem der sozialen Ungleichheit nicht aus der Welt geschafft. Heranwachsende werden aufgrund ihrer sozialen Zugehörigkeit diskriminiert und zur Anpassung an die Bildungsanforderungen einer bürgerlichen Dominanzkultur gezwungen, die ihren eigenen klassen- und milieuspezifischen Lebensentwürfen diametral entgegenstehen.

Die Kehrseite der Bildungsreform ist die wissentlich von der Politik in Kauf genommene Bildungsbenachteiligung von Kindern aus sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten, „sodass Ungleichheiten in der sozialen und kulturellen Ressourcenausstattung von Kindern unterschiedlicher sozialer Herkunft kaum kompensiert werden“ (Solga/Wagner 2008: 195). Das wettbewerbskonforme Lernklima in Schulen führt zu einer Stigmatisierung von lernschwachen Kindern und einer „herkunftsabhängigen Kanalisierung, zu einer subkulturellen Abschottung von Schülerkreisen und infolgedessen zu einer herkunftsspezifischen Differenzierung von sozialen Lernumwelten sowie schulischen Leistungsentwicklungsmilieus (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist festzuhalten, dass die Soziale Arbeit als Stimulans einer kritischen Bildung auf dem Prüfstand steht.

Kritische Bildungstheorie als Grundpfeiler der Sozialen Arbeit

Die im vorherigen Teil skizzierte Ausgangslage ruft die Forderung nach einem qualitativ neuen Bildungsprojekt Soziale Arbeit auf den Plan, welches der inneren Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Bildungspolitik Rechnung trägt. Mithilfe einer Annäherung an die 'kritische Bildungstheorie', welche die dialektische Einheit von „Erkenntnis“ und sozialer „Hilfe“ in den Vordergrund stellt (Heydorn 2004 Bd. 6: 240), könnte die Soziale Arbeit innovative Bildungsakzente setzen. Derweil geraten antikapitalistische Bildungskonzepte und emanzipationspraktische Modelle von Sozialarbeit, die sich an einer ganzheitlichen Lebensbewältigungspraxis auf der Grundlage von biophilen Humankriterien orientieren (May 1998), immer häufiger ins Hintertreffen. Eine kritische Soziale Arbeit beinhaltet eine Bildungsprovokation, weil sie sich keineswegs „auf die Vermittlung von vorgegebenen Bildungsinhalten kapriziert“ und dadurch nicht zu einer repressiven Sozialauslese der „Bildungswilligen“ und einer Abdrängung der Jugendlichen in pädagogische Randbezirke, „die sich wenigstens in der Freizeitsphäre einen Raum gegenüber Leistungs- und Bildungsansprüchen erhalten wollen [...]“ (Liebel 1970: 28), beiträgt. Auszuloten ist das demokratische Bildungspotenzial einer Sozialen Arbeit, welche die Bedeutung von Bildung nicht auf den Erwerb von instrumentellen Qualifikationen verkürzt, sondern auf politische Urteilskom-

petenzen und auf eine kritische Realitätsaneignung abzielt. Folglich steht das Einklagen von Bildungszielen, die zur kollektiven Selbstorganisation und der materiellen Mündigkeit Aller befähigen, im Mittelpunkt des sozialpädagogischen Blicks. Bildung bezeichnet eine kritische Praxis, die dem Menschen die Selbstverfügung des Sozialen ermöglicht. Bildung intendiert eine selbsttätige Aneignung der Gesamtheit seiner gegenständlichen Lebenstätigkeit, wonach der Mensch als bewusster Mitstreiter an der praktischen Umgestaltung des Ensembles seiner Lebensverhältnisse teilhat. In der Anknüpfungsbereitschaft der Sozialen Arbeit am Theoriediskurs einer kritischen Bildungstheorie entscheidet sich, ob die berufliche Praxis der Sozialen Arbeit der ihr zufallenden „Aufgabe der Gestaltung gesellschaftlicher Beziehungen wie der Sicherung der Möglichkeit der Konstitution von Subjekthaftigkeit“ (Sünker 2012b: 250) gerecht wird und ob sie „gesellschaftspolitisch systematisiert gesehen als Sozialkontrolle oder als Beitrag zur Emanzipation der Individuen“ (ebd.: 250) ihren Beitrag leistet.

Zur humanen Idee von Bildung gehört der Leitgedanke, dass sich die Menschen in die Gesellschaftsverhältnisse einmischen und in einer Assoziation von Freien und Gleichen darüber entscheiden, wie die Gesellschaft, in der sie leben, demokratisch zu gestalten ist. Bildung meint die Fähigkeit zu einer „reflektierende[n] Urteilskraft, die den unmittelbaren Bezug auf Verwendungszusammenhänge bricht, um eine Reflexion, die in der solidarischen Wahrnehmung der Ambivalenz menschlicher Existenz gegen Exklusion und Vernichtung von Menschen aufsteht und beizutragen versucht zur Transformation destruktiver Mechanismen, um dadurch zu einer Verfaßtheit der Gesellschaft zu kommen, die allen Lebensmöglichkeiten eröffnet“ (Peukert 2015: 61). Auf dem Spiel steht eine Bildungsperspektive, die sich als „Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen verwirklicht“ (Kunstreich/May 1999) und die im Sinne einer „fantasievolle[n] Neubildung von Vermittlungen als Praxis von ‘Selbstbildung’“ (May/Kunstreich 1999: 42) auszubauen wäre. Die Zukunft der Demokratie wird mitunter davon abhängen, ob die Soziale Arbeit solche Bildungsprozesse zu organisieren vermag und ob es ihr dabei gelingt, sich selbst als demokratiesicherndes „Organ[...] der erhöhten Selbstwahrnehmung unserer Gesellschaft und ihres selbstzerstörerischen Potenzials“ (Peukert 2015: 43) einzubringen.

Ausblick

Soziale Arbeit steht vor der Herausforderung, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen praktikierbare Bildungswege und -arrangements, verstanden als soziale Refugien unter den Bedingungen eines militant gewordenen Wirt-

schaftsmodells, bereitzustellen. Eine kritische Selbstthematisierung der Sozialen Arbeit leitet über in einen politischen Loslösungsprozess von kapitalistischen Vergesellschaftungs- und Bildungsansprüchen, welche eine demokratische Zukunft boykottieren.

Mit der Allianzbildung von Sozialer Arbeit und kritischer Bildungstheorie soll auf die doppelte „Aufgabe“ hingewiesen werden, „Vermittlungen zwischen gesellschaftlichen Strukturen, den Strukturierungen gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaftsformation und den Konstitutionsbedingungen von Subjektivität zu bestimmen und zu erforschen, wie dies Heydorn bereits in seinen frühen Schriften tut, wenn er auf Zusammenhänge zwischen der Priorität kapitalistischer Verwertungslogik, der Marktförmigkeit gesellschaftlicher Beziehungen und einer Reduktion gesellschaftlicher Existenz auf ‘bare Funktionsfähigkeit’ [...] hinweist“ (Sünker 2000: 56) und über eine Bildungsform nachzudenken, deren demokratisches Potenzial sich aus einem emphatischen Verständnis von Bildung als dialogische „Praxis der Freiheit“ (Freire 1993) speist. Diese Gedanken um ästhetische, sinnliche, musikalische und leibphänomenologische Aspekte ergänzend, betrat vor allem Klaus Mollenhauer pädagogisches Neuland, sofern er die gesichert scheinenden Grundansichten von Bildung und die damit zusammenhängenden kognitivistischen Verkürzungen des Bildungsbegriffs in Frage stellte (Mollenhauer 1998: 56f.).

Mollenhauers pädagogisches Wirken ist durch den Versuch gekennzeichnet, „der Erziehungswissenschaft über die Auseinandersetzung mit sozialpädagogischen Themen zu einem umfassenden Bildungsbegriff zu verhelfen, der jene Verluste ausgleichen sollte, die Mollenhauer durch schulbezogene Verengung von Bildung und Didaktik zu beobachten glaubte“ (Brumlik 1998: 431). Dieser Gesichtspunkt hat Auswirkungen auf das Bildungsformat der Sozialen Arbeit. Zu überprüfen ist die fundamentale Bedeutung von ausgegrenzten Bildungsorten, die, wie wir heute angesichts der *Frydays for Future* und Antirassismus-Demonstrationen erleben, „außerhalb jedes organisierten Bildungsprozesses liegen“ (Mollenhauer 1969: 167). Wenn Soziale Arbeit die Zuständigkeit für Bildung reklamiert, dann muss sie mit den herrschaftsförmigen Strukturen und affirmativen Handlungsrouninen des pädagogischen Feldes in Konflikt treten und einen dynamischen Vorgang der Bildung als „eines auf Lebensinteressen bezogenen Produktionsprozesses des Sozialen“ (May 2006: 46) zugunsten „lebendiger demokratischer Selbstorganisation“ (ebd.) freisetzen.

Daraus resultieren entscheidende Anforderungen an eine bildungsorientierte Soziale Arbeit. Im Gegensatz zu einer für wirtschaftliche Verwertungszwecke abgerichteten schulfixierten Bildung wirkt Soziale Arbeit „als eine gezielte Um-

lernhilfe [...] gerade dadurch bildend, daß sie den Heranwachsenden aus dieser Geschlossenheit herausführt und ihn neuen Bedingungen seiner gesellschaftlichen Existenz konfrontiert, und darin, daß sie ihm hilft, sich diese Offenheit zu bewahren, die Erfahrung des Umlernens wach zu halten, um nicht in persönliche, institutionelle oder ideologische Verhärtungen zu verfallen“ (Mollenhauer 1991: 82). Vielleicht benötigt die Soziale Arbeit einen Minimalkonsens, der darin bestehen könnte, dass von Bildung nur dann gesprochen werden kann, „wenn die Fähigkeit der Aufklärung über sich selbst und die Bedingungen der eigenen Existenz, die Fähigkeit der Kritik, und sei dies in bescheidenstem Rahmen, durch den Umlernprozeß hervorgebracht, aktiviert und gesteigert wird“ (ebd.: 82). Die bedrängende Frage ist, ob es der Sozialen Arbeit gelingt, einen pädagogisch-politischen Orientierungsmaßstab einzuklagen, der darin besteht, den Bildungsprozess einer nachkommenden Generation in eine Richtung zu lenken, der im Sinne einer gelebten basisdemokratischen Lebensform von der älteren Generation repräsentiert werden kann. Eine Soziale Arbeit, die für sich beansprucht, politisch zu bilden, wird nicht davor ausweichen können, den konfliktgeladenen Widerspruch im Bildungsprozess zu reflektieren und ihre eigene Verstrickung in Gesellschaft zu thematisieren.

Literatur

- Allmendinger, J.; Leibfried, S. 2003: Bildungsarmut, in: Das Parlament. Beiträge zur Wochenzeitung – Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21-22/2003: 12-18
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hg.) 2018: Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung, Abrufbar unter www.bildungsbericht.de
- Bourdieu, P. 2002: Ein soziologischer Selbstversuch, Frankfurt a.M.
- Brumlik, M. 1998: Klaus Mollenhauer – Die Sozialpädagogik in der Einheit seines Werkes. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Heft 3/98: 431
- Butterwegge, C. 2008: Kinderarmut als Problem für Schule und Jugendhilfe. In: Henschel, A. et al. (Hg.): Jugendhilfe und Schule. Handbuch für eine gelingende Kooperation, Wiesbaden: 280-291
- Chassé, K.-A 2011: Widersprüche der Bekämpfung von (Kinder)Armut in der Sozialen Arbeit. In: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 31 (119/120): 79-97
- Coelen, T. W. 2010: Partizipation und Demokratiebildung in pädagogischen Institutionen. In: Zeitschrift für Pädagogik 56 (2010) 1: 37-52
- Dahrendorf, R. 1966: Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik, Hamburg
- Deppe, f. 2013: Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Wiesbaden

- Freire, P. 1993: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit. Mit einem Vorwort von Ernst Lange, Reinbek bei Hamburg
- Geißler, R./Weber-Menges, S. 2010: Bildungsungleichheit – Eine deutsche Altlast. Die bildungssoziologische Perspektive. In: Barz, H. (Hg.): Handbuch Bildungsfinanzierung, Wiesbaden: 155-165
- Hamburger, f. 2013: Bildung und Ungleichheit oder Wie die Klassenstruktur im Migrationshintergrund verschwindet, In: Braches-Chyrek, R.; Nelles, D.; Oelerich, G.; Schaarschuch, A. (Hg.): Bildung, Gesellschaftstheorie und Soziale Arbeit, Opladen u.a.: 143-154
- Heydorn, H.-J. 2004: Studienausgabe Bd. 1-9, Wetzlar
- Kunstreich, T.; May, M. 1999: Soziale Arbeit als Bildung des Sozialen und Bildung am Sozialen. In: Widersprüche, Heft 19: 35-52
- Lessenich, S. 2019: Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzingen
- Liebel, M. 1970: Aufforderung zum Abschied von der sozialintegrativen Jugendarbeit, In: deutsche Jugend, 18 Jg., Heft1: 28-34
- May, M. 1998: Jugendarbeit und Soziale Milieus. Plädoyer für eine neue Emanzipationspädagogik. In: Kiesel, D.; Scherr, A.; Thole, W. (Hg.): Standortbestimmung Jugendarbeit. Theoretische Orientierungen und empirische Befunde, Schwalbach/Ts.: 79-103
- Mollenhauer, K. 1968: Erziehungswirklichkeit. In: Dahmer, I.; Klafki/W. (Hg.): Geisteswissenschaftliche Pädagogik am Ausgang ihrer Epoche. Weinheim – München
- 1969: Erziehung und Emanzipation. Polemische Skizzen. 2. Aufl., München
- 1991: Einführung in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe, 9. Aufl., Weinheim u.a.
- 1998: Der Leib – Bildungshistorische Beobachtungen an ästhetischen Objekten. In: Borelli, M.; Ruhloff, J. (Hg.): Deutsche Gegenwartspädagogik, Band 3. Interdisziplinäre Verflechtungen. Interdisziplinäre Differenzierungen. Balltmannsweiler: 56-78
- 1998: Vergessene Zusammenhänge. Über Kultur und Erziehung. 5. Aufl. Weinheim – München
- Otto, H.-U. 2007: Ein Bildungspakt zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule? – Einige Überlegungen für eine notwendige bildungspolitische Offensive, In: Müller, H.-R.; Stravoravdis, W. (Hg.): Bildung im Horizont der Wissensgesellschaft. Wiesbaden: 113-125
- Otto, H.-U.; Rauschenbach, T. (Hg.) 2008: Die andere Seite der Bildung. Zum Verhältnis von formellen und informellen Bildungsprozessen, 2. Aufl. Wiesbaden
- Peukert, H. 2015: Bildung in gesellschaftlicher Transformation, Paderborn
- Radtke, f.-O. 2003: Die Erziehungswissenschaft der OECD – Aussichten auf die neue Performanz-Kultur. In: Nittel, D.; Seitter, W. (Hg.): Die Bildung des Erwachsenen. Erziehungs- und sozialwissenschaftliche Zugänge. Bielefeld: 109-136.
- Rauschenbach, T. et al. 2019 (Hg.): Kinder- und Jugendhilfereport 2018. Eine Kennzahlenbasierte Analyse. Opladen u.a.
- Shell Deutschland Holding (Hg.) 2019: Zusammenfassung <https://www.shell.de/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf>

- Solka, H./Wagner, S. 2008: Die Zurückgelassenen – die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern. In: Becker, R.; Lauterbach, W. (Hg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 3. Aufl. Wiesbaden: 191-220
- Sünker, H. 2012a: Kindheit, Bildung und Demokratie. In: Adam, H.; Schlönvoigt, D. (Hg.): Kritische Pädagogik. Fragen – Versuch von Antworten. Berlin: 116-130
- 2012b: Soziale Arbeit und Bildung. In: Thole, W. (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, 4. überarbeitete Aufl. Wiesbaden: 249-267
- Vester, M. 2004: Die sozialen Milieus und die gebremste Bildungsexpansion, in: REPORT. Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 2004 (1): 15-34
- 2006: Die geteilte Bildungsexpansion – die sozialen Milieus und das segregierende Bildungssystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Rehberg, K.-S. (Hg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2, Frankfurt a.M.: 73-89
- 2007: Die kanalisierte Bildungsexpansion. In: Sünker, H.; Mathe, I. (Hg.): Bildungspolitik und Bildungsforschung. Herausforderungen und Perspektiven für Gesellschaft und Gewerkschaften in Deutschland, Frankfurt a.M.: 45-66
- Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 154, 2019: Neuer Autoritarismus – Schwarze Pädagogik 2.0. Punitive Tendenzen in Familie, Schule und Kinder- und Jugendarbeit
- Wood, E. M. 2010: Demokratie contra Kapitalismus. Beiträge zur Erneuerung des historischen Materialismus, Köln
- WSI-Kinderarmutsbericht III. 2017, hg. von Eric Seils und Jutta Höhne im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, April 2017

Dominik Novkovic

E-Mail: dominik.novkovic@yahoo.de



iz3w



**Sommer, Sonne,
Sperrgebiet – Dark Tourism**

*Außerdem: Krieg im Jemen |
Filmische Utopien aus Afrika |
Autoritarismus in Tunesien*

52 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd



Psychosozial-Verlag

Joachim Küchenhoff,
Martin Teising (Hg.)

Sich selbst töten mit Hilfe Anderer

**Kritische Perspektiven
auf den assistierten Suizid**



275 Seiten • Broschur • € 34,90
ISBN 978-3-8379-3171-6

Die Absicht, sich das Leben zu nehmen, noch dazu mit Hilfe Anderer, wirft existentielle Fragen auf. Vor dem Hintergrund der in Deutschland anstehenden Legalisierung und gesetzlichen Regelung des assistierten Suizids befassen sich die Autor*innen aus verschiedenen fachspezifischen Perspektiven mit den zentralen Fragen rund um die Thematik.

Timothy Devos (Hg.)

Sterbehilfe in Belgien

**Erfahrungen, Reflexionen,
Einsichten**



187 Seiten • Broschur • € 24,90
ISBN 978-3-8379-3165-5

Seit 2002 ist die aktive Sterbehilfe in Belgien unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich zulässig. Mit der steigenden Verbreitung ist sie zunehmend zu etwas »Normalem« geworden. Dieser »Normalität« stellen sich Mediziner*innen und Pflegekräfte aus verschiedenen Fachbereichen, wie Onkologie, Palliativversorgung, Psychiatrie, entgegen.

Walltorstr. 10 • 35390 Gießen • Tel. 0641-969978-18 • Fax 0641-969978-19
bestellung@psychosozial-verlag.de • www.psychosozial-verlag.de



Vom Ende des Kapitalismus

Über: *Christian Oswald: Jenseits des Arbeitszwangs. Thesen zu einer anderen Gesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot 2019. 243 Seiten, ISBN: 978-3-89691-268-8, 25,00 €*

Als Marcuse 1967 vor Berliner Studierenden vom Ende der Utopie sprach, meinte er das Ende der Utopie als einer unrealisierbaren Idee. Schon damals – und wahrscheinlich bereits viele Jahrzehnte zuvor – waren die Produktivkräfte so weit angestiegen, dass man mit einem Minimum an Arbeit die gesamte Weltbevölkerung hätte ernähren, ihre Bedürfnisse decken können. Aber die Möglichkeit blieb ungenutzt. Vielmehr scheint es heute, wie Fredric Jameson einmal bemerkte, leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus. Dieses gern zitierte Diktum bringt die Crux, in der sich utopisches Denken in der neoliberalen Phase eines globalisierten Kapitalismus befindet, auf den Punkt. Um sich das Ende menschlichen Lebens auf Erden vorzustellen, bedarf es kaum mehr produktiver Einbildungskraft: Bilder von Kriegen und sich häufenden Naturkatastrophen sind allgegenwärtig. Dagegen steht der Versuch, das Ende des Kapitalismus als Utopie zu denken, vor zwei gravierenden Problemen. Erstens besteht die utopischem Denken allgemein anhaftende Gefahr, Aspekte einer falschen Gegenwart zu importieren, weil das Subjekt des Denkens als empirisches immer schon mit den Vorstellungsweisen seiner Zeit kontaminiert ist. Zwar kann es diese reflektieren, insbesondere durch ihre Kritik einen befreiten Zustand antizipieren – es kann ihn aber nicht in seiner Konkretheit ausdifferenzieren und wenn es dies tut,

besteht die Gefahr, wie etwa in den Idealstaaten frühneuzeitlicher Utopien, herrschaftliche oder auf Herrschaft beruhende Zustände zu reproduzieren.

Zweitens besteht das für die bürgerliche Gesellschaft spezifische Ideologiekritik. Die Prinzipien ihrer Herrschaft sind nicht an ihren Erscheinungen ablesbar, sondern bedürfen eines recht komplizierten Reflexionsprozesses, um erkannt zu werden. Dies liegt an der fetischistischen Rationalität, welche Ware, Geld, Lohn, Kapital und Zins anhaftet – von ihren konstitutiven Bedingungen erscheinen sie abstrahiert, dadurch aber als Natureigenschaften der Dinge. Aufgrund dieser eigenartig abstrakten Gesellschaftsform verfällt antikapitalistischer Widerstand so oft dem Kurzschluss einer personalisierten Kritik (oder schlimmer: einer veritablen Verschwörungstheorie) und stellt ihr eine partikuläre Aufhebung entgegen, die entweder problemlos integriert werden kann oder Herrschaft – anstatt sie abzuschaffen – in anderer und mindestens ebenso brutaler Gestalt fortsetzt.

Verschreibt sich kritische Gesellschaftstheorie angesichts dieser Problematik einem Bilderverbot, steht sie wiederum vor einem Problem, das Adorno in einem Gespräch mit Bloch benannt hat: wenn man nicht „konkret sagen würde, was beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte der Menschheit möglich wäre“ (160), könne man keinen Grund mehr angeben, warum es einer substantiellen gesellschaftlichen Veränderung bedürfte. Wenn Adorno dann aber im selben Atemzug sich für die Benennung der konkreten utopischen Potentiale der Gegenwart nicht zuständig erklärt, widerspricht er sich selbst – wer sonst als der Gesellschaftskritiker oder der Revolutionär sollte das Potential eines Besseren benennen?

Gegen diese Enthaltssamkeit kritischer Theorie wendet sich Christian Oswald mit seinen 2019 im Westfälischen Dampfboot erschienen *Thesen zu einer anderen Gesellschaft*, die, wie der Titel schon verrät, *Jenseits des Arbeitszwangs* verortet werden. Oswald skizziert hier, wie die Produktivkräfte unter den gegebenen Produktionsverhältnissen statt zu einem Vehikel der Freiheit zu Destruktivkräften werden und lotet aus, wie man dies ändern und sie stattdessen im Sinne einer befreiten Gesellschaft nutzen könnte. Seine *Thesen* gliedert er hierbei in drei Teile.

„Teil I: Wider den Arbeitszwang“ ist dem Nachweis gewidmet, dass die Aufhebung des Arbeitszwangs Bedingung der Möglichkeit einer menschenwürdigen Gesellschaft ist. Das impliziert eine Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung. Zwar mochte historisch für die Entstehung eines Klassenbewusstseins bedeutsam gewesen sein, dass Arbeiter:innen sich als die eigentlichen Produzent:innen des gesellschaftlichen Reichtums begriffen und eine selbstbewusste Perspektive auf Arbeitskraft und Arbeitsleistung entwickelten. Jedoch drückt sich hierin bereits die ideologische Verklärung sowie die objektive Reduktion der Menschen auf *animalia laborantia* aus, welche im 20. Jahrhundert den stummen Zwang der kapitalistischen Verhältnisse mit der Propaganda des Realsozialismus einte. Gegen das im globalisierten Kapitalismus als Naturnotwendigkeit erscheinende Leistungsprinzip, welches die Allokation von Ressourcen und Stellungen in der Gesellschaft legitimiert, muss sich – so Oswalds völlig richtige Emphase – eine Linke richten, indem sie die Wurzel „einer vom Produktionswahn beherrschten Gesellschaft“ (22), also die Prinzipien ihrer Wirtschafts-

weise, kritisiert und deren Aufhebung zu ihrer Agenda macht.

Dieser Wahn erscheint als Sachzwang, der aber nur für die kapitalistische Produktionsweise gilt. In Wahrheit hat ihre Dynamik die Produktivkräfte dermaßen ansteigen lassen, dass problemlos nur noch ein kleiner Teil des menschheitlichen Zeitfonds für die Produktion von Konsumgütern aufgewendet werden müsste. Da der Zweck der Produktionsweise aber nicht die Befriedigung von Bedürfnissen ist, sondern eine um ihrer selbst willen stetig anwachsende Produktion, nehmen die Produktivkräfte die „Form von Destruktivkräften“ (33) an. Ihre Destruktion betrifft nicht bloß die natürlichen Ressourcen. Die weitgehende Automation der Produktion hat im Zuge der dritten industriellen Revolution noch einmal dramatisch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit für die Produktion von Gütern verringert. Unter den bestehenden Bedingungen hat dies aber nicht mehr freie (disponible) Zeit für die Individuen zur Folge, sondern verschärft ihre Konkurrenz um Arbeitsplätze, die aufgrund des technischen Fortschritts tendenziell weniger werden. Sind die individuellen Existenzbedingungen weiter an die individuelle Arbeitsleistung geknüpft, wirkt sich der technische Fortschritt nicht nur verheerend auf Naturbedingungen, sondern ebenso auf die physische und psychische Konstitution der Menschen aus.

Der höchst lesenswerte „Teil II: Wider den Reformismus“ verhandelt anhand der etablierten linken Parteien in der BRD (SPD, B'90/Grüne, die Linke) die Widersprüche, in die sich scheinbar pragmatische und realistische Lösungsansätze für soziale und ökologische Probleme verstricken. Oswalds exemplarische Kritik dürfte dabei beanspruchen, grüne und sozialdemokrati-

sche Realpolitik überhaupt zu treffen. Sie lässt sich mit folgendem Satz zusammenfassen: „Wenn man unter Realismus eine dem Prinzip der Selbsterhaltung angemessene Wahrnehmung und Beurteilung der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen will und unter Pragmatismus, im Wortsinne, eine an den sachlichen Gegebenheiten und dem Zweck eines besseren Lebens orientierte Praxis, dann ist es weder realistisch noch pragmatisch eine wirkliche Lösung all der genannten Probleme im Rahmen und unter Beibehaltung eben der Produktionsform anzustreben, die sie hervorbringt.“ (43) Oswald beginnt seine Kritik mit der Partei, die wie keine andere im deutschsprachigen Raum für den Reformismus des Sozialstaats steht – im 19. Und 20. Jahrhundert für dessen Aufbau, zu Beginn des 21. für dessen konsequenten Abbau. Bemerkenswert ist seine Deutung, dass die Hartz-Reformen sich zwar vom traditionellen Reformismus insofern unterscheiden, als dieser immer den Zweck der Hebung des Lebensstandards der Arbeiter:innen verfolgte, während die Agenda 2010 offenbar dessen Senkung bedeutete, sie trotzdem als „konsequente Fortschreibung der sozialdemokratischen Programmatik des Reformismus“ (45) unter den Bedingungen eines global intensivierten Wettbewerbs zu verstehen sind. Was den Begründer des Sozialreformismus Eduard Bernstein mit Gerhard Schröders neoliberalen Reformen eine, sei ein evolutionistisches Geschichtsbild, demzufolge sich der Mensch nur möglichst gut an seine Umweltbedingungen anpassen, sie aber nicht bewusst nach humanen Zwecken gestalten könne. Die Naturwüchsigkeit der Verhältnisse werde so mit ihrer Natürlichkeit gleichgesetzt. Dass der Entschluss zur Anpassung ein Freiheitsvermögen vor-

aussetzt, das sich ebenso in der bewussten Gestaltung des Stoffwechsels mit der Natur aktualisieren könnte, also der Abschaffung des kapitalistischen Arbeitszwangs und seiner systemisch bedingten Lebensnot, befinde sich außerhalb des sozialdemokratischen Gesichtskreises. Dann aber steht die kategorische Abschaffung von menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen nicht mehr zur Debatte.

Auch die Grünen zeichnen sich durch eine außerordentliche Bilderlosigkeit in Hinblick auf einen im emphatischen Sinne ökosozial nachhaltigen Zustand aus – wodurch sich Jamesons Diktum besonders anschaulich bewahrheitet. Dass Klimawärmung und Umweltzerstörung nicht bloß durch technische Entwicklungen, also durch die Industrialisierung verursacht wurden und werden, sondern in einem direkten Zusammenhang mit der Produktionsweise stehen, die wiederum ‚Motor‘ der technischen Entwicklungen ist, ließe sich eigentlich ohne große geistige Kunststücke verstehen. Eine Produktionsweise, deren Zweck es ist, zu produzieren, nur um noch mehr produzieren zu können, oder anders gesagt: deren Zweck unendliches Wachstum ist, steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Bearbeitung der Natur, insofern deren Ressourcen eben endlich sind. So geraten die lokalen Umsetzungen – schon sehr heruntergefahrener – Ziele des Umweltschutzes immer wieder in Konflikt mit wirtschaftlichen Interessen – auch denen des jeweiligen Staates. Beispielsweise können transnationale Einzelkapitale drohen abzuwandern, was zur Folge hat, dass jeder Staat nur so viel Umweltschutz durchsetzen kann, wie er es sich im Wettbewerb um Unternehmen, die ihr Kapital verwerten möchten, eben erlauben kann. Hierüber hinaus belegt Oswald

eingängig, dass die industrielle Landwirtschaft gegenwärtig ebenso wenig nachhaltig für Menschen ist, als sie es nicht einmal schafft, die gesamte Weltbevölkerung zu ernähren, obwohl sie es angesichts ihrer Produktivität könnte. Der politische Wille hierzu ist aber nicht da; befürchten IWF, WTO und Weltbank durch entsprechende Maßnahmen den Arbeitszwang als Grundlage kapitalistischer Produktion im Trikont zu unterwandern, wodurch sie den Hunger von einem Drittel der Menschheit in Kauf nehmen. Es sind gerade diese Menschen, welche die Umweltzerstörung schon heute am empfindlichsten trifft.

Während die SPD einem neoliberalen Reformismus huldigt, setzt sich die Partei die Linke für ein bedingungsloses Grundeinkommen von über 1.000 Euro ein. Damit springt sie auf den Zug eines zivilgesellschaftlichen Engagements auf, das, ohne die Produktionsverhältnisse und nationalstaatliche Organisation von Gemeinwesen zu verändern, eine Abschaffung oder zumindest weitgehende Entschärfung des Arbeitszwangs anstrebt. Oswald unterzieht die Debatte um Modelle des bedingungslosen Grundeinkommens einer Ideologiekritik: In der Forderung nach einem Einkommen, das den Arbeitszwang der Bürger:innen eines Nationalstaats realiter abschafft, offenbare sich ein „abstrakt utopisches Wesen“, an dem eine „historisch konkrete Gesellschaftskritik“ ansetzen könne, um „das öffentliche Bewusstsein auf seinem derzeit sozial fortgeschrittensten Stand über sich hinauszutreiben“ (60). Die meistdiskutierte Frage nach der Finanzierbarkeit führe im öffentlichen Diskurs in aller Regel dazu, ernsthafte Modelle als utopistisch zu diskreditieren. Jedoch ist die Frage insofern falsch gestellt, als es für die Möglich-

keit einer bedingungslosen Versorgung der Menschen nicht auf eine bestimmte Geldmenge ankommt, sondern auf die Produktivität, also darauf, ob genug Konsumtionsmittel produziert werden. Dies ist aber der Fall. Die Kritiker:innen kaprizieren sich immer schon auf die Frage, ob unter kapitalistischen Bedingungen ein bedingungsloses Grundeinkommen realisierbar wäre. Hierbei haben sie insofern einen Punkt, als es um den Bestand einer solchen sozialstaatlichen Maßnahme tatsächlich immer prekär bestellt ist, weil sie zusammenbräche, sobald sie sich nicht mehr finanzieren ließe.

Auch Oswald verwirft die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens, nur eben aus Gründen, die es für die Einrichtung einer anderen Gesellschaft ungeeignet machen würden: da sei zum einen der Staatsfetischismus der Linken, der dessen Funktion als ideeller Gesamtkapitalist übergehe. Das heißt, er kann Maßnahmen nur insoweit durchsetzen, wie sie zum Erhalt der Produktionsweise beitragen oder zumindest mit ihr kompatibel sind. Dabei bleibt er hinsichtlich nötiger Finanzmittel immer von ihr abhängig. Zum anderen eignet der „Bedingungslosigkeit“ ein nationalstaatlicher Partikularismus, insofern die Leistungen bloß auf die Bewohner:innen des Staatsgebiets beschränkt sind. Dies würde – Oswald legt hier eine Unausweichlichkeit nahe – zu einem „immens gesteigerten Nationalismus“ führen: „Die Lockerung in den sozialen Verhältnissen im Lande ginge einher mit einer unerträglichen Verhärtung gegenüber all jenen, die von außen kämen, weil die ja schließlich nichts Besseres im Sinn hätten, als dies wunderbare Grundeinkommen einzuheimsen.“ (70)

An dieser wie an anderen Stellen zeigt sich eine zuweilen zu simple Sozialpsycholo-

gie, welche die Einstellungen der Menschen aus den Verhältnissen und politischen Maßnahmen deduziert. Das Grundeinkommen könnte ebenso gut den Blick für das Wesentliche freilegen und in mehr Menschen kosmopolitische Einstellungen wecken. Es ist kein psychosoziales Gesetz, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen in einem Staat, die aber auf diesen begrenzt sind, dort automatisch zu einem Anstieg an nationalistischen Einstellungen führt. Vielmehr sind es gerade Abstiegsängste u.ä. in Krisenzeiten, in denen Nationalismus und Rassismus starken Aufwind erfahren. Unverständlich bleibt auch der weitere Kritikpunkt, dass das Grundeinkommen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Stellung der Gewerkschaften mit sich bringe. Oswald begründet dies damit, dass „[a]n die Stelle existierender Mitbestimmungsbestrebungen [...] individuelle Wahlfreiheit treten“ (71) würde. Arbeitgeber:innen könnten ihren Angestellten bedeuten, dass sie die Arbeit ja nicht tun müssten und da es zugleich ein Überangebot an Arbeitswilligen gäbe (dies, so Oswald, sei eine der zentralen Grundannahmen der Vertreter:innen des Grundeinkommens), würde sich auch immer jemand finden lassen, der den Bullshit Job annimmt.

Die wohl kontroverseste These des gesamten Buches ist dabei wohl die fünfte: „Die Aufhebung des Arbeitszwangs allein verkrüppelt die Menschen noch mehr als dieser, wenn sie nicht lernen, ihr produktives Potential kollektiv in Besitz und zu humanen Zwecken in Dienst zu nehmen, um es zu entfalten.“ (72) An der These ist völlig einleuchtend, dass die Menschen ihr vernünftiges Potential nur verwirklichen, wenn sie es auch zu humanen Zwecken gebrauchen und beabsichtigen, die Gesellschaft als eine ihren Zwecken entsprechende einzurichten.

In Verbindung mit den folgenden Thesen aus „Teil III: Für eine andere Gesellschaft“ bedeutet dies, dass sie nicht länger von den Mitteln zur Bearbeitung der Welt getrennt sein dürfen, dass die Produktionsweise den Zweck der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen verfolgen muss und dass die Mittel nicht nur diesem Zweck gemäß eingesetzt werden müssen, sondern sie zukünftig auch ihm entsprechend zu gestalten wären. Warum aber soll die bloße Aufhebung des Arbeitszwangs mehr als seine Aufrechterhaltung verkrüppeln, wenn sich nichts an der Produktionsweise ändert? Oswald begründet dies mit Verweis auf Langzeitarbeitslose, die oftmals unglücklicher seien als Beschäftigte, derweil ihr produktives Potential (Expertise, Arbeitsfähigkeit) verkümmere. Dann aber „verkommt der den Arbeitslosen aufgezwungene Müßiggang zur Kultivierung von Trägheit, freie Zeit wird zur leeren Zeit.“ (74) Es stimmt zwar, dass sich Arbeitslose oftmals nicht nur ausgeschlossen und nutzlos fühlen und dies für den Produktionsprozess auch objektiv sind, jedoch ist es ein argumentativer Kurzschluss, von der Selbstwahrnehmung in einer Gesellschaft, die sie in Armut hält, sie mit sinnlosen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen drangsaliert und auch noch allerlei Ressentiments über sie verbreitet, auf die Selbstwahrnehmung unter Bedingungen eines ordentlichen bedingungslosen Grundeinkommens zu schließen. Dagegen wäre ebenso gut denkbar, dass es zu einem Hebel werden könnte, um den Kapitalismus endlich abzuschaffen, weil ein guter Teil der Bevölkerung, plötzlich reich an disponibler Zeit, frei davon, sie in Mehrarbeit umsetzen zu müssen, beginnt, sich und andere zu bilden, alternative Projekte des Wirtschaftens auszuprobieren und dergleichen mehr. Und

denjenigen, die, anstatt zu schuften – was doch in aller Regel Körper und Geist auf Dauer ganz erhebliche Schäden zufügt –, ‚ihre Trägheit kultivieren‘, wäre ihre Passivität doch allemal zu gönnen.

In „Teil III: Für eine andere Gesellschaft“ nennt Oswald vier soziale Bedingungen für ein Leben in Freiheit und Glück: (i) die politische und materiale Vergesellschaftung der Produktionsmittel in dem Sinne, dass der Produktionsapparat so umgestaltet wird, dass er auch humanen Zwecken entspricht; (ii) die Entkoppelung einer im Produktionsprozess zuweilen notwendigen technischen Hierarchie von jeder sozialen – i.a.W. der Abschaffung jeder sozialen Hierarchie; (iii) die Einrichtung eines allgemeinen Konsumtionsfonds, in den jede:r nach ihren:seinen Fähigkeiten Produkte einspeist und jede:r nach seinen:ihren Bedürfnissen entnimmt und (iv) die Geltung des kategorischen Imperativs, „dass die dem allgemeinen Lebensstandard gemäße Existenzsicherung aller Individuen zu garantieren ist und zugleich das Prinzip der Freiwilligkeit der individuellen Arbeitsleistung für sie gilt.“

Welche konkret-utopischen Potentiale sieht Oswald nun für die Erfüllung dieser Bedingungen? Mit der dritten industriellen Revolution sieht er einen Produktivitätsfortschritt eingetreten, der sich als *Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses* bezeichnen ließe. Dadurch, dass sich mit der Erfindung und Optimierung des Computerchips die Produktion noch einmal viel weitgehender automatisieren lässt als dies noch durch Fließbandarbeit der Fall war, wird von den einzelnen lohnarbeitenden Individuen ein ganz anderer „generell intellect“ (Marx) verlangt. Die Automaten bedürfen der Überwachung, Wartung und Entwicklung – das sei nach der dritten

industriellen Revolution die Hauptaufgabe der Angestellten. Dadurch aber mache sich ein „Vorrang des Wissens“ (163) geltend, der seinem Wesen nach jeglichen Eigentumsanspruch transzendiere, insofern Wissen nicht wie materielle Dinge besessen, sondern im denkenden Nachvollzug an sich von jedem vernunftbegabten Wesen angeeignet werden könnte. Hier müsste eine Linke eingreifen, indem sie das Patentrecht „schleift“, um so das Wissen als das Common, das es ist, verfügbar zu machen. Wir sehen derzeit die vierte industrielle Revolution im Gange als die bewusste digitale Vernetzung der gesamten Produktion und Konsumtion. Dies ließe eine intelligente globale Vergesellschaftung der Produktion zu. Nicht nur hiermit, sondern bereits im Kapitalismus selbst kollidiert dieser Versuch der Vernetzung mit der sozialen Form des Gesamtkapitals, welche die Einzelkapitale miteinander konkurrieren lässt. Ginge aus dieser Konkurrenz ein Akteur als Sieger hervor oder käme es zu einer Einigung unter den IT-Konzernen, entstünde eine zentrale digitale Verwaltungsstruktur in privater Hand – eine Dystopie würde Wirklichkeit.

In dieser Gegenwart sollte eine Linke sich auf ihre „internationalistische Tradition besinnen und sich zusammentun, um eine [...] freie Assoziation von Softwareentwicklern nach dem Modell der Open-Source-Community zu unterhalten, die ihnen das technische Instrument ihrer transnationalen Organisation einrichtet und pflegt.“ (166) Was Oswald hier als Aufgaben einer wirklich progressiven Linken präsentiert – die Etablierung einer globalen Gegenöffentlichkeit sowie das Verfügbarmachen der Potentiale der Industrie 4.0 – ist nicht neu, zeigt aber hellsichtig gegenwärtige Entwicklungen auf, die linke Theorie und Praxis auf der Höhe

ihrer Zeit aufnehmen müssen. Nicht durch ihren über Jahrzehnte kultivierten Reformismus könne sie ihre eigene Schwäche bewältigen, sondern nur, wenn sie sich das Programm einer Abschaffung des Arbeitszwangs auf die Fahnen schreibe. Unbedingt sind die längst erfüllten materiellen Bedingungen sowie die soziale, humane und ökologische Notwendigkeit, den Irrsinn einer selbstzweckmäßigen Produktion abzuschaffen, in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rufen. In der Klarheit, in der er die Ausweglosigkeit jeglichen Reformismus belegt, der Anschaulichkeit der materiellen Potentiale in der Gegenwart sowie in der Kompromisslosigkeit seiner Argumentation liegen die Stärken von Oswalds Thesen.

Gleichwohl möchten wir abschließend die Diskussionseinladung, als welche er seine Thesen versteht, annehmen und die Diskussion um die Möglichkeit einer anderen Gesellschaft heute um einige Aspekte erweitern:

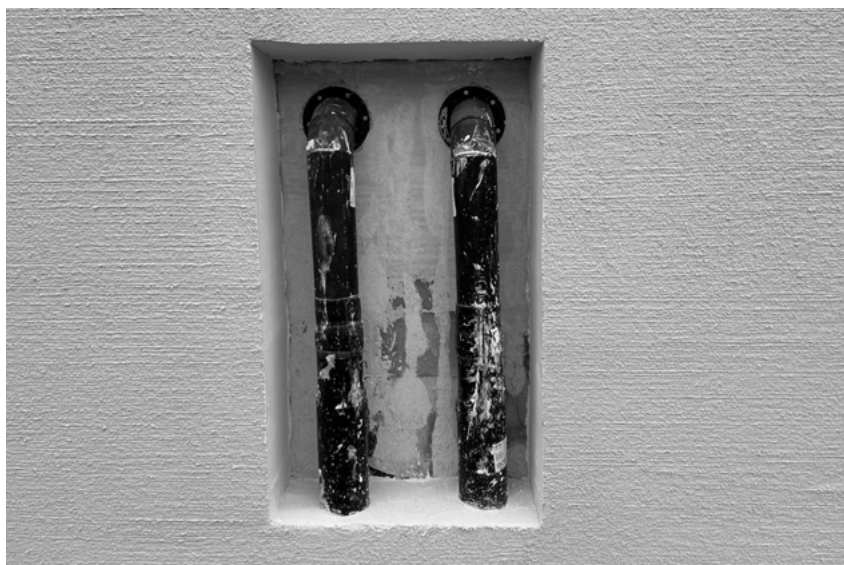
- Das bedingungslose Grundeinkommen könnte genauso gut wie die Rolle des Wissens in der Industrie 4.0 einen revolutionären Hebel darstellen, insofern sie nicht bloße freie, sondern *disponible* Zeit schafft. Die – wenn auch nationalstaatlich partikuläre – Befreiung vom Arbeitszwang könnte in viel weitgehender Weise, als dies derzeit möglich ist, zu Bildungsinitiativen, Projekten alternativen Wirtschaftens und überhaupt mehr Engagement für eine andere Gesellschaft führen. Gerade der Aufbau einer globalen Weltöffentlichkeit etwa bedürfte der Menschen, die hierzu genug Zeit und Wissen haben. Wenn Oswald am Ende seines Buches einen gleichen Lohn für alle und eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit fordert, dann verfolgt er damit

doch genau die Absichten, wie wir sie hier als mögliche Potentiale eines bedingungslosen Grundeinkommens skizzieren.

- Wir betonen dessen Freiheitspotential deswegen so stark, weil das eingangs erwähnte Ideologieproblem vor allem ein *Bildungsproblem* ist. Damit die anonyme Herrschaft des Kapitals abgeschafft werden kann, muss sie verstanden werden – sonst besteht die Gefahr ihrer Wiederholung oder des Rückfalls. Für diese Erkenntnis und ihre Vermittlung bedarf es aber der Muße, damit sich überhaupt aufgeklärt werden kann.
- Das Ideologieproblem ist auch ein Bedürfnisproblem. Alle Menschen begehren weitgehend innerhalb des Möglichen der sie umgebenden Verhältnisse; ihre Bedürfnisse sind durch sie konstituiert. Ein utopisches Begehren zu wecken, ist eine zentrale Aufgabe emanzipatorischer Praxis, in der gesellschaftstheoretische Aufklärung mit ästhetischer Bildung kulminiert. Das Bedürfnis nach einem ganz Anderen wäre überhaupt erst hervorzu-rufen, damit die Transzendenz der ästhetischen Erfahrung und des individuellen Glücks nicht auf ihre peripheren Sphären beschränkt bliebe.

Für die so notwendige Diskussion um utopische Potentiale der Gegenwart ist Oswalds *Jenseits des Arbeitszwangs* sicher ein wertvoller Beitrag. Denn Oswald liefert schlagende Belege dafür, dass die Utopie schon lange kein phantastischer Nicht-Ort, kein Wolkenkuckucksheim mehr ist, sondern eine reale Möglichkeit – und führt damit gleichsam die ganze Brutalität des kapitalistischen Status Quo vor Augen.

Agathe Polcik & Thassilo Polcik
E-Mail: polcik@uni-wuppertal.de



Barbara Rose

Zum Gedenken an Thea Kimmich – 5.6.1949 bis 25.3.2022

Thea Kimmich gehörte zur Gründungsredaktion der „Widersprüche“, die mit dem ambitionierten Ziel angetreten war, den zunehmend kleinteiligen und selbstbezüglichen Arbeitsfeldansatz des Sozialistischen Büros politisch weiterzuentwickeln. Die drei bis dahin existierenden „Informationsdienste“ zu den Arbeitsfeldern Schule, Gesundheitswesen und Sozialarbeit“ fusionierten zur „Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich“.

Unvergesslich das Gründungstreffen im Sommer 1981, das in der Kimmich-Laux-Wohnung in der Hamburger Dorotheenstraße stattfand und bei dem wir stundenlang über den passenden Namen des neuen Projekts brainstormten. Und dann fanden wir ihn...

Bei allen von den Redaktionsmitgliedern mit- und eingebrachten unterschiedlichen Schwerpunkten und Debatten einte uns die Auseinandersetzung mit dem dominanten Hilfe-Herrschafts-Paradigma, das auch Thema des ersten Heftes und – hoch aktuell – vor dem Hintergrund der zu Beginn der 80er prosperierenden Alternativbewegung bearbeitet wurde.

Hierzu hatten sich die Gesundheitsarbeiter*innen bereits in Publikationen und auf Gesundheitstagen deutlich positioniert: In ihrem (für die heutige Redaktionsarbeit unvorstellbar langen) Beitrag für die Widersprüche Nr.1 mit dem provokanten Titel „Die Aneignung der Gesundheit“ S. 15-48) arbeiteten sich die Ärzt*innen Thea Kimmich, Reinhard Laux, Dorothee Hail an Ivan Illichs populären Thesen zur „Enteignung der Gesundheit“ ab. Statt wie Illich die Übel des Gesundheitssystems durch Entprofessionalisierung und Enttechnisierung zu bekämpfen, auf Eigenverantwortung und Selbsthilfe zu setzen, darauf, dass autonome Menschen mit Krankheit und Tod alleine fertig werden würden, bestanden sie auf Expertentum und einer grundsätzlich anderen Arbeitsorganisation: „Bei der bestmöglichen Versorgung von Kranken jedoch ist die Menge des gesellschaftlich erworbenen Könnens und Wissens riesig groß und vom einzelnen nicht mehr überschaubar. Dafür also brauchen wir Experten.“ (S. 35) Diese seien

streng abzugrenzen von Professionellen, welche qua Definition und Status stets gesellschaftliche Machtausübung praktizieren und legitimieren!

Und weiter: „Horizontale Arbeitsteilung wird tatsächlich kontraproduktiv, wo für jedes Organsystem, für die Psyche, das Soziale und schließlich noch die praktische Befriedigung körperlicher Bedürfnisse ... ein besonderer Experte die Verantwortung übernimmt. Wir werden viele Experten bei der Behandlung einzelner Patienten benötigen, die Integration und verantwortliche Vermittlung dieses Expertenwissens an den einzelnen wird aber ein einzelner Experte von Anfang bis Ende zu übernehmen haben, da es hier um menschliche Beziehung geht, die nicht arbeitsteilig organisierbar ist“ (ebd.). Am Beispiel der Geburtshilfe verdeutlichen die Autor*innen ihre Vorstellungen vom Expertentum als Kooperation und Ko-Produktion breit und lang ausgebildeter Gesundheitsarbeiter. Vertikale Arbeitsteilung gehört abgeschafft!

Diese zwei Gedankenstränge: Kooperation und Expertenwissen vertiefte Thea Kimmich einige Zeit später eigenwillig im Heft 6 mit dem Titel: „Mütter-Fallen. Krise und Weiblichkeit“, S.43-50). Sie überschrieb ihren Text mit: „Trennungen“ und artikulierte zunächst ihr Unbehagen darüber, dass sich zur Konzipierung des Heftes die Frauen der Redaktionsgruppe separiert hatten: „Ich habe sie (die Separierung, B.R.) nicht verstanden, sie zum jetzigen Zeitpunkt mit diesen Männern und diesen Frauen nicht für sinnvoll gehalten ... Der „Männlichkeitswahn meiner Genossen in der Redaktionskonferenz ist gebrochen ... andererseits meine Genossinnen und ich: ‚gleichgestellt‘ im Beruf, aber nicht nur da; wir haben Fähigkeiten und Möglichkeiten, uns durchzusetzen in unseren Beziehungen, unseren politischen Zusammenhängen“ (S.43f). Eine Aneinanderreihung von Beiträgen zu Status, Funktion und Befindlichkeiten von Frauen-Tätigkeiten in den Reproduktionsbereichen Schule, Gesundheit und Sozialarbeit, ohne jedoch „einen Zusammenhang herzustellen zu den wichtigen allgemeinen Themen, nämlich zur geschlechterspezifischen Arbeitsteilung und ihrem Hintergrund im Besonderen und Anderen der Arbeitsvermögen der Frau einerseits, und zur Entwicklung einer immer repressiveren Familien- und Arbeitsmarktpolitik andererseits“ lehnte Thea energisch ab.

Am Beispiel des Stillens skizzierte Thea, Frauenärztin und Mutter, diesen Zusammenhang und endete, fast schon sarkastisch, beim Tausch- und Gebrauchswert des Stillens und dessen umweltverschmutzenden Folgen: „Stillen ist sicher praktischer und schöner, genauso sicher in manchen Gegenden Deutschlands giftiger als richtig dosierte „Milch“ der heute gängigen Marken“ (S. 45).

Überhaupt: Gegen die Idealisierung von Weiblichkeit, gegen eine essentielle weibliche Identität und die Nähe „der Frau“ zu „Natur“ usw. polemisierte Thea

geradezu genüsslich und absolut gegen den damals feministischen Zeitgeist, beispielhaft an ihrer Einlassung auf Beck-Gernsheims „Mitmenschlichkeit als Beruf“ nachzulesen: „Wenn Natur schlechthin etwas Gutes ist, wird ein negativer Gegenbegriff nötig ... Die Diskussion um Naturbeherrschung und die Entwicklung der Produktivkräfte ... wird auf ein moralisierendes, oberflächliches Schlagwort reduziert. Damit einher geht die völlige Ablehnung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Methoden“ (S.47f). Und weiter: „Im Buch ‚Mitmenschlichkeit als Beruf‘ wird die Möglichkeit, positive, d.h. herrschaftsfreie (?) Beziehungsarbeit als Krankenschwester ausüben zu können, weit überschätzt. Die Medizin hingegen wird als viel zu homogener Block betrachtet, als Wissenschaft oder Methode der Handlanger des Prinzips der Naturbeherrschung. Die Trennung zwischen beiden Feldern ist eine künstliche, bzw. das Grundproblem – Anteile von Hilfe und Herrschaft – liegt quer zu dieser Trennung“ (S.48).

Mit ihrer Kritik an der Verzahnung von „Weiblichkeit“ und „Natur“ negierte Thea jedoch keineswegs die Besonderheiten in den Existenzweisen von Frauen und deren Kampf um Rechte und Anerkennung: „Es ist nicht nur unser Ziel, Gleichheit zu erreichen, die Emanzipation und darüber hinaus auch die Freiheit, es ist mehr als das. Wir haben etwas Spezifisches beizutragen zur Lösung unserer aller Probleme. Aber was ist es?“ (S.49). Eine mögliche Antwort fand sie bei Rossana Rossanda: „Die Kultur des Feminismus ist *authentische Kritik* und somit unilateral, antagonistisch, Negation der anderen, der herrschenden Kultur. Sie vervollständigt und ergänzt diese Kultur nicht, sie stellt sie in Frage.“ (S. 50, zit. nach Rossanda: *Einmischungen* 1980, S. 227).

Thea und ihre Gesundheitsarbeiter-Kolleg*innen verließen die Redaktion am Ende der 80er Jahre. Und damit war – leider – der produktive, manches Mal hitzige Disput um Hilfe und Herrschaft und die Auseinandersetzung um dieses Phänomen in den jeweils natur- und sozialwissenschaftlichen Kontexten beendet.

Gerne würde ich Theas heutige Gedanken zum Expert*innentum und zur Arbeitsteilung, dazu, wie sich diese in einem Umbau des Gesundheitsbereiches zeigen sollten, hören. Und sehr gerne würde ich sie, 40 Jahre nach ihrem Text, dazu befragen, wie sie den Fortgang der feministischen Theorie und die aktuellen Formen von „Einmischungen“ wahrnimmt.

Barbara Rose

E-Mail: b.rose@posteo.de

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, sodass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind hier nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

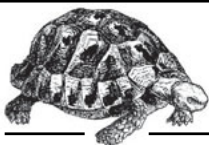
Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: timmkunstreich@t-online.de

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen: 10.10.2022 (Heft 166), 10.01.2023 (Heft 167) und 10.04.2023 (Heft 168).

Die Redaktion

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT

www.express-afp.info

express-afp@online.de

Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 7-8/22 u.a.:

- Alix Arnold: »Personalmangel tötet« – Streikende der Uni-Kliniken in NRW veröffentlichen Schwarzbuch
- André Kaufmann: »Was hat unsere Rente bei Investoren verloren?« – Diskussion um »Aktienrente«
- Streiksoliabündnis Leipzig und Vertrauensleute: »Mit List(en) und Tücke« – Betriebsratswahlen bei Amazon
- Lars Hirsekorn: »Wenn die Inflation den niedrigen Lohn auffrisst und die Arbeitsbedingungen die Kraft des Körpers aufzehren«
- Bernd Riexinger: »Die LINKE in der Krise« – Linke wählt auf Parteitag ihr Führungspersonal und klärt wichtige Richtungsfragen
- BASTA Berlin: »... sonst ändert sich nix« – Hartz IV heißt bald Bürgergeld

Probieren Sie? Kostenfreies
Exemplar per eMail oder Telefon bestellen

Die erste Lehrbuchreihe zum Fach Kindheitspädagogik und Familienbildung



Rita Braches-Chyrek
Theorien, Konzepte und Ansätze der Kindheitspädagogik
176 S.
ISBN 978-3-8252-5617-3
€ 16,90

In diesem Band werden Theorien, Konzepte und Ansätze vorgestellt, die die Herausbildung und Fundierung der Kindheitspädagogik begleitet haben. Zentrale theoretische Denk- und Handlungsfiguren sind in ihren Wirkungen für die Kindheitspädagogik übersichtlich und nachvollziehbar dargestellt.



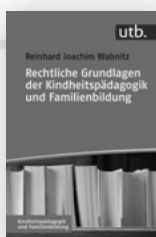
Veronika Fischer,
Katja Gramelt (Hg.)
Diversity in der Kindheitspädagogik und Familienbildung
240 S.
ISBN 978-3-8252-5618-0
€ 21,90

Eine Darstellung der Diversitätskategorien soziale Herkunft, Gender, Migration und Behinderung sowohl einzeln als auch intersektional betrachtet. Ihre Wirkmechanismen werden im Hinblick auf Benachteiligungen im Zugang zu Bildungsinstitutionen und in der Bildungsteilnahme aufgezeigt.



Veronika Fischer
Familienbildung
248 S.
ISBN 978-3-8252-5619-7
€ 21,90

Der mehrperspektivische Zugang ermöglicht es, die Familienbildung im Zusammenhang mit ökonomischen, politischen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Entwicklungen und Strukturen zu sehen sowie Kontroversen nachzuvollziehen und Problemstellungen aufzuwerfen.



Reinhard Joachim
Wabnitz
Rechtliche Grundlagen der Kindheitspädagogik und Familienbildung
192 S.
ISBN 978-3-8385-5710-6
€ 18,90

In diesem Band werden die für die Kindheitspädagogik, Familienbildung, Jugendbildung und Soziale Arbeit wichtigsten Rechtsgrundlagen dargestellt. Die Inhalte sind sowohl für Studierende und Lehrende als auch für Praktiker*innen nachvollziehbar und verständlich aufbereitet.



utb-shop.de | utb. Lesen. Lernen. Verstehen

Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Gesellschaft als „Diskurs der Wünsche“ meint das Verfertigen
des Sozialen im Prozess des sozialen Diskurses,
nicht Unterwerfung unter vorgefertigte Normierungen.
Niko Diemer (1952 – 1992)

Wir über uns

1981/82 gründeten Mitglieder der Arbeitsfelder Gesundheit, Sozialarbeit und Schule des Sozialistischen Büros die Zeitschrift Widersprüche. In dieser Zeit des grünen Aufbruchs und der radikalisierten konservativen Wende versuchten wir eine erste Standortbestimmung als Redaktionskollektiv: „Verteidigen, kritisieren, überwinden zugleich“. Unter dieser Programmatik wollten wir als Opposition dazu beitragen, die materiellen Errungenschaften des Bildungs- und Sozialbereichs zu verteidigen, dessen hegemoniale Funktion zu kritisieren und Konzepte zu ihrer Überwindung zu konkretisieren. Zur Überzeugung gelangt, dass eine alternative Sozialpolitik weder politisch noch theoretisch ausreichend für eine sozialistische Perspektive im Bildungs- und Sozialbereich ist, formulierten wir unseren ersten Versuch einer Alternative zur Sozialpolitik als Überlegungen zu einer „Politik des Sozialen“. An der Präzisierung dieses Begriffes, an seiner theoretischen und politischen Vertiefung arbeiteten wir, als die Frage nach der „Zukunft des Sozialismus nach dem Verschwinden des realen“ 1989 auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Kenntlichmachen der „sozialen Marktwirtschaft“ als modernisiertem Kapitalismus im Westen und Kapitalismus „pur“ im Osten erleichtert uns zwar die Analyse, gibt aber immer noch keine Antwort auf die Frage nach den Subjekten und Akteuren einer Politik des Sozialen, nach Kooperationen und Assoziationen, in denen „die Bedingung der Freiheit des einzelnen die Bedingung der Freiheit aller ist“ (Kommunistisches Manifest).

Wer in diesem Diskurs der Redaktion mitstreiten will, ist herzlich eingeladen.

Gute Buchläden, in denen die WIDERSPRÜCHE zu haben sind:

Augsburg	Probuch	Gögginger Str. 34
Berlin	Buchladen zur schwankenden Weltkugel	Kastanienallee 85
Berlin	Karl-Marx	Karl-Marx-Allee 78
Berlin	Motzbuch	Motzstr. 32
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaust. 2a
Bielefeld	Eulenspiegel	Hagenbruchstr. 7
Bonn	Buchladen 46	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Guten Morgen	Bültenweg 87
Bremen	Albatros Buchversand	Fedelhören 91
Bremen	Buchladen in der Neustadt	Lahnstr. 65b
Bremen	Buchladen im Ostertor	Fehrfeld 60
Darmstadt	Georg-Büchner	Lauteschlägerstr. 18
Dortmund	Litfass	Münsterstr. 107
Dortmund	Taranta Babu	Humboldtstr. 44
Düsseldorf	BiBaBuze	Aachener Str. 1
Essen	Heinrich-Heine	Viehofer Platz 8
Fernwald	germinal	Siemensstr. 16
Frankfurt/M.	Karl-Marx	Jordanstr. 11
Frankfurt/M.	Ypsilon	Bergerstr. 18
Freiburg	Jos Fritz	Wilhelmstr. 15
Göttingen	Rote Straße	Nikolaikirchhof 7
Hamburg	Buchladen in der Osterstraße	Osterstr. 171
Hamburg	Massmann, Internat. Buchhandlung	Luruper Chaussee 125
Hamburg	Heinrich-Heine	Grindelallee 26
Hannover	Annabee	Gerberstr. 6
Heidelberg	Schöbel-Buch	Plöck 56a
Hildesheim	Amei's Buchecke	Goschenstr. 31
Kassel	ABC-Buchladen	Goethestr. 77
Köln	Der andere Buchladen	Zülpcher Str. 197
Köln	Klaus Bittner-Buchhandlung	Albertusstr. 6
Konstanz	Zur Schwarzen Geiß	Obermarkt 12
Mainz	Cardabela	Frauenlobstr. 40
Marburg	Roter Stern	Am Grün 28
M'gladbach	Prolibri	Schillerstr. 22-24
München	Buch in der Au	Humboldtstr. 12
Münster	Rosta	Aegidiistr. 12
Osnabrück	Dieter zur Heide	Osterberger Reihe 2-8
Saarbrücken	Der Buchladen	Försterstr. 14
Siegen	Bücherkiste	Bismarckstr. 3
Wiesbaden	Harrassowitz	Taunusstr. 5
Würzburg	Neuer Weg	Sanderstr 23/25
A-Innsbruck	Liber Wiederin GmbH	Erlersstr. 6
A-Salzburg	Rupertus-Tyrolia GmbH	Dreifaltigkeitsg. 12
A-Wien	a.Punkt	Fischerstiege 1-7
A-Wien	Der Buchfreund	Sonnenfelsgasse 4
A-Wien	Kuppitsch Buchhandelsgesell.	Schottengasse 4
A-Wien	Chicklit	Kleeblattgasse 7 / 1
A-Wien	Facultas	Universitätsstr. 7
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Taborstr. 28
A-Wien	Frauenzimmer	Zieglergasse 28
A-Wien	Littrade Literaturservice	Währingerstr. 3/7
CH-Basel	Bider & Tanner	Aeschenvorstadt 2
CH-Basel	Buchhandlung Labyrinth GmbH	Nadelberg 17
CH-Bern	Buchhandlung Münsterberg	Münstergasse 33
CH-Bern	LibRomania	Länggass-Str. 12
CH-Solothurn	Bücher Lüthy	Gurzelnegasse 17
CH-Zürich	Klio	Zähringerstr. 41/45
CH-Zürich	Buchhandlung im Volkshaus	Stauffacherstr. 60